

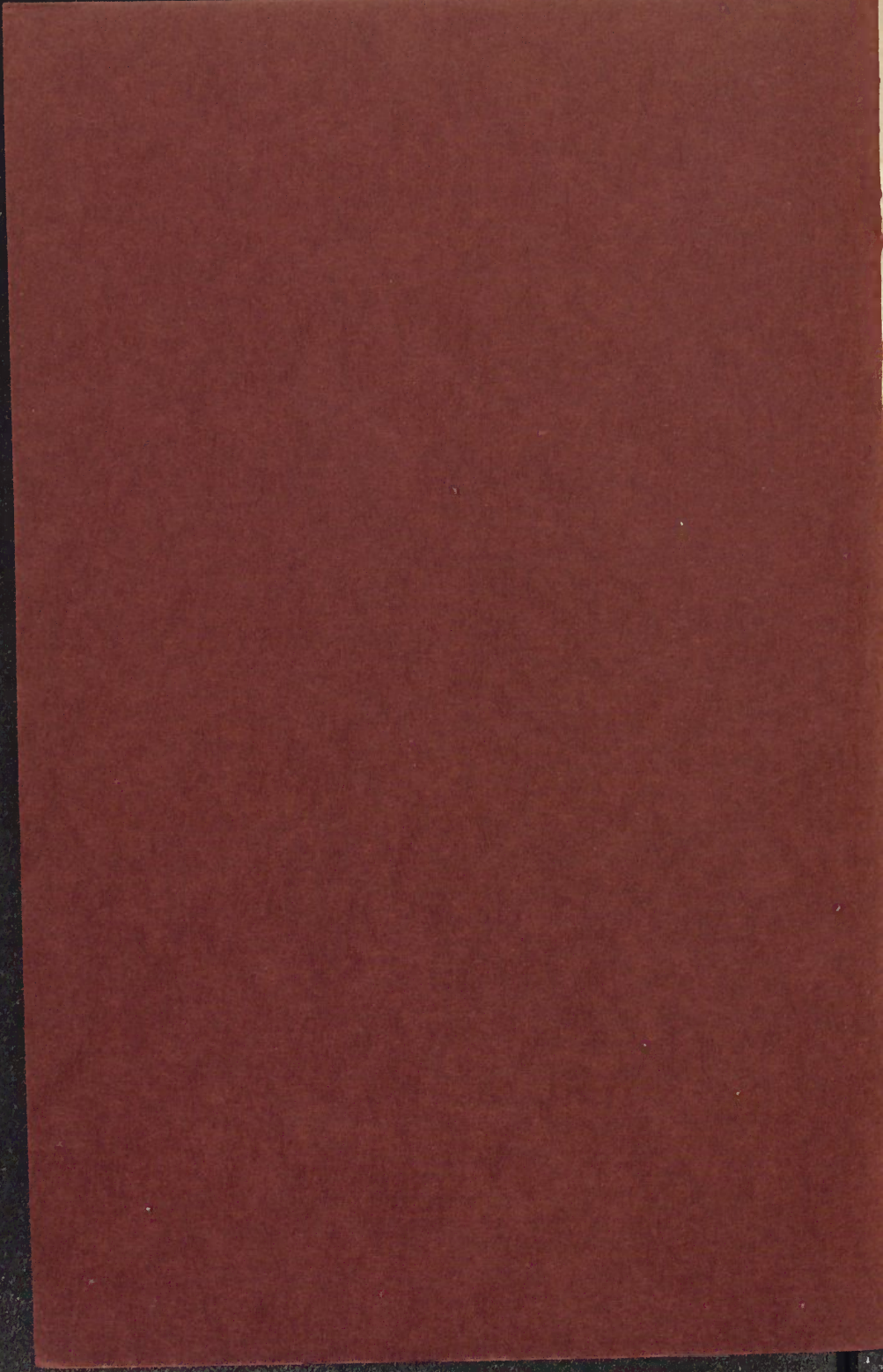


Signatur

A 3248

Bibliothek des Instituts für Weltwirtschaft  
an der Universität Kiel







Das  
**B a u g e w e r b e**

mit besonderer Rücksicht

auf

**Leipzig.**

Eine volkswirtschaftlich-statistische Untersuchung.

---

**Inaugural = Dissertation**

zur

Erlangung der philosophischen Doktorwürde

der

hohen philosophischen Fakultät

der

**Universität Leipzig**

vorgelegt von

**Theodor Kreuzkam**

aus Niesl.

---

Leipzig 1897, Duncker & Humblot.







### Das Baugewerbe im allgemeinen.

Als Baugewerbe im weitesten Sinne bezeichnet man alle diejenigen Handwerke, deren Angehörige bei der Herstellung von Gebäuden verschiedenster Art thätig sind, als Maurer, Zimmerleute, Steinmetzen, Glaser, Schlosser, Maler, Dachdecker, Tischler, Tapezierer, Klempner, Stuckateure, Installateure u. a. m.; insgesamt zählt man 14 bis 15 Handwerke in größerenteils früher prüfungspflichtigen Gewerbszweigen. Zu den Althandwerken<sup>1</sup> oder alten Handwerken, die sich schon vor der Reformation in den Städten niederließen und Innungsrechte erwarben, gehörten unter den Bauhandwerken namentlich Maurer, Zimmerleute, Schmiede, Schlosser und Tischler. Gewöhnlich<sup>2</sup> beschränkt man indes diese Bezeichnung auf die drei erstgenannten Gewerbe, als die bei weitem wichtigsten, insofern sie die eigentliche Konstruktion des Baues ausführen, während die anderen nur einzelne konstruktive Teile liefern oder beim inneren Ausbau und der Ausschmückung des Baues mehr oder weniger beteiligt sind.

Der Maurer und nächst ihm der Zimmermann spielen ebenso nach der Zahl der Arbeiter wie nach der Dauer ihrer Arbeit auf der Baustelle die erste Rolle, wenngleich letzterer in neuerer Zeit an Bedeutung erhebliche Einbuße erlitten hat. Maurer und Zimmermann bauen zwar gleichzeitig und in gegenseitiger Abhängigkeit, aber doch örtlich getrennt. Während die Zimmerleute auf dem Zimmerplatze die Balken für das nächstfolgende Stockwerk zu richten, sind inzwischen die Maurer auf der Baustelle allein thätig; sobald jene

<sup>1</sup> Mothes, Illustriertes Bau-Lexikon S. 87.

<sup>2</sup> So auch Neuburg, Handw. d. Staatsw. Bd. II S. 301; Sinzheimer, Münch. volkswirtschaftl. Studien III S. 89.



auf dem Bau erscheinen, ziehen sich die Maurer auf einen Flügel zurück, der im Rückstande geblieben ist. Dieser Turnus wiederholt sich bei jedem Stockwerk. Eine Verzögerung auf seiten der Maurer bei Frostwetter oder im Streikfalle zieht daher nicht sofort, aber sehr bald den Fortgang der Zimmermannsarbeit in Mitleidenschaft und umgekehrt. Die Zimmerleute sind nur insofern etwas besser daran, als sie auf dem Zimmerplatze eine Zeit lang auf Vorrat arbeiten können.

Das Ineinandergreifen der beiden Handwerke nötigt den Zimmermeister, eine relativ hohe Gefellenzahl gleichzeitig zu beschäftigen, denn seine Arbeit muß früher fertig sein, als die der Maurer. Die Maurerarbeit muß länger dauern, als die der Zimmerleute; sie endigt erst mit dem Putzen des schon gedeckten Rohbaues, das in Sachsen in der Regel durch Maurer, anderenorts seit den 80er Jahren durch die eigene Berufsclassen der Putzer ausgeführt wird. In manchen Gegenden Deutschlands, vorwiegend wohl in kleineren Städten und auf dem Lande, fallen auch das Eindecken des Daches sowie die ordinären Steinmetz- und Malerarbeiten noch heute den Maurern zu. Aus allen diesen Gründen giebt es im ganzen soviel weniger Zimmerleute als Maurer, daß im Sommer 1882 die deutsche Berufsstatistik mehr als eine doppelt hohe Zahl der letzteren feststellte, während früher die Zimmerleute mindestens ebenso zahlreich gewesen sind.

Den Anteil der einzelnen Handwerker am Hausbau mag das folgende Schema<sup>1</sup> veranschaulichen, das zwar in der Hauptsache den konkreten Verhältnissen eines mehrstöckigen villenartigen Vorstadthauses im Werte von 150 000 Mk. entnommen ist, aber auf allgemeine Gültigkeit selbstverständlich keinen Anspruch erhebt, da einzelne, besonders der in Kolumne 5 enthaltene Posten, ziemlich willkürlich angesetzt und mehrere Bauhandwerker überhaupt nicht berücksichtigt sind.

Weil das Baugewerbe nicht sowohl für den augenblicklichen Bedarf, als für die Dauer produziert, pflegt sein wirtschaftliches Gedeihen durch die Volkszunahme in viel höherem Maße bedingt zu sein, als das der meisten anderen Gewerbe: es sinkt auf die Stufe bescheidener Flickarbeit in Zeiten stagnieren=

<sup>1</sup> Vgl. Oldenberg, Das deutsche Bauhandwerk der Gegenwart, Inaug.-Dissert., Berlin 1888. S. 30. Abweichend davon rechnet Schwatlo (Baupreise), der speciell die Berliner Verhältnisse berücksichtigt, nur 5 Handlanger auf 8—12 Maurergesellen. In einem älteren Artikel der Baugewerks-Zeitung (1872, S. 116 f.) werden andererseits sogar 12 Steinträger, 1 Wasserträger, 1 Kalklöcher, 1 Sandschipper auf 15 Maurergesellen, also ebensoviele Handlanger wie Maurer gezählt.



Bauhändler	Zahl der auf dem Bau beschäftigten Arbeiter.	Dauer der von jedem geleisteten Arbeit in Wochenzahl	Wiso Summa der geleisteten Arbeitswochen	Zahl der außerhalb der Bau- stelle tätigen Arbeiter	Dauer der von jedem geleisteten Arbeit	Wiso Summa der geleisteten Arbeitswochen
Erdbauer . . . . .	10	2	20	—	—	—
Steinmeger . . . . .	0-3	4	0-12	3-40	2-25	6-1000
Maurer . . . . .	20-25	8	160-200	—	—	—
Putzer . . . . .	9	8	72	—	—	—
Handlanger . . . . .	15-20	8	120-160	—	—	—
Zimmerleute . . . . .	10	5	50	10	5	50
Dachbauer . . . . .	3-4	2 1/2	7 1/2-10	—	—	—
Klempner . . . . .	3-4	2 1/2	7 1/2-10	10	7 1/2	75
Tischler . . . . .	3	5	15	5	15	75
Schlosser . . . . .	4	3	12	—	—	—
Maler, Anstreicher . . . . .	10	4	40	—	—	—
Stuckarbeiter . . . . .	3-4	3	9-12	—	—	—
Tapezierer . . . . .	4-5	3	12-15	—	—	—
Glasler . . . . .	1-2	3	3-6	—	—	—
Ofenbauer . . . . .	4-6	3 1/2	14-21	—	—	—
Gas- und Wasserleitungs- arbeiter . . . . .	2	3	6	—	—	—
Schmiede . . . . .	—	—	—	1-2	2	2-4
Zusammen . . . . .	101-124	—	548-676	29-67	—	208-1234
Davon entfallen auf Maurer und Zimmerleute	67-77	—	437-517	14-16	—	50-80



der Bevölkerung und eilt bei volkswirtschaftlichem Fortschritt der großen Menge anderer Handwerkszweige weit voraus, um ebenso rasch in seine früheren Dimensionen zurückzufallen. Die Erwartungen der Zukunft thun viel früher und die Wechselfälle der Gegenwart viel intensiver ihre Wirkung, und so hat sich das Baugewerbe zum feinfühligsten Gradmesser der gesamten Wirtschaftslage entwickelt und mit der gewaltigen wirtschaftlichen Entwicklung unseres Jahrhunderts besonders große Fortschritte gemacht.

Die ursprüngliche Entwicklungsstufe, auf der auch der Hausbau in das Gebiet des Hausfleißes fiel und die Wohnung ein wesentliches Produkt ihrer Bewohner bildete, wobei der Mann es in der Regel verstand, die Arbeiten des Zimmermanns, Dachdeckers u. dgl. zu versehen, während das Weib das Bemörteln der geflochtenen und gestockten Wände oder das Dichten der Blockwandfugen mit Moos, das Stampfen des Fußbodens und viele andere einschlägige Arbeiten übernehmen mußte<sup>1</sup>, erstreckt wohl auch auf deutschem Boden ihre Ausläufer bis auf unsere Tage. „Noch soll in Oberbayern in manchen Dörfern, wenn ein Haus gebaut wird, die ganze Gemeinde zusammenhelfen; am mittleren Inn, heißt es in der Bavaria<sup>2</sup>, besteht noch die Sitte, daß die Bauern mit ihren Leuten unter Beihilfe weniger Handwerker die Häuser selbst bauen, sogar die Ziegel zu den Mauern werden nicht selten von den Landleuten selbst bereitet; alle Arbeiten der Handwerker, selbst die der Maler und Tischler, werden auf der sog. Stör besorgt, der Bauherr liefert die Rohstoffe, beköstigt die Arbeiter und zahlt ihnen gewöhnlich noch einen Tagelohn.“

Die mit den Umwälzungen des Verkehrs stetig vordringende Arbeitsteilung hat aber schon vor Jahrzehnten das Terrain so vollständig gewonnen, daß sie selbst in ärmeren Gegenden für Neubauten und wichtigere Zustandsetzungen die Regel bildet.<sup>3</sup>

Während aber nach dieser Seite die Zunahme der gewerbmäßigen Arbeit mehr nur eine extensive Ausdehnung als um des elastischen Charakters ihrer Nachfrage willen einen wirtschaftlich intensiven Aufschwung bedeutet, übt der wirklich gesteigerte Wohnungsbedarf unseres Zeitalters, wie ihn die schnelle Volkszunahme, der nachhaltige Zug vom Lande in die Stadt, die hochgesteigerten Bedürfnisse der städtischen Wohlhabenheit, die wachsenden

<sup>1</sup> Vgl. Romstorfer bei Cyner, Die Hausindustrie Oesterreichs, S. 159 f.

<sup>2</sup> Citiert nach Schmoller, Kleingewerbe, S. 177.

<sup>3</sup> Diesem Übergangsprozeß ist nach Viebahn, Statistik des Zollvereins und nördlichen Deutschlands, Bd. III S. 627, das gewaltige Anwachsen des Hilfspersonal und der Flickarbeiter hauptsächlich beizumessen.



Erfordernisse des Verkehrswezens, der Fabrikengründung, des Geselligkeits- und Vereinslebens erzeugt haben, einen viel tiefer greifenden Einfluß aus. Der hierdurch hervorgerufene überschnelle Fortschritt des Baugewerbes drückt der ganzen Gestaltung des letzteren in der Gegenwart sein Gepräge auf; das Alte erwies sich unzulänglich, Neues fand nicht Zeit, in der allgemeinen Überstürzung sich ruhig zu entwickeln.

Eine zweite Besonderheit des Baugewerbes liegt in seiner Abhängigkeit vom Wetter und von der Jahreszeit: es gehört zur Gattung der Saison-gewerbe. Regen oder Schnee sind den wichtigsten Arbeiten auf der Baustelle hinderlich; schon ein geringer Frostgrad macht den Mörtel des Maurers nahezu unbrauchbar und gefährdet die Sicherheit des Gebäudes; erst wenn der Rohbau gedeckt ist, kann es im Dringlichkeitsfalle der Mühe wert sein, mit Kohlenbeden den Innenraum zu heizen. Die Baupolizeiordnungen setzen meistens die niedrigste Temperatur fest, bei der noch gemauert werden darf, — in Leipzig 2 Grad —, wenn sie nicht geradezu für den Winter alle Maurerarbeit verbieten und sie nur bis Ende September im Freien und bis Ende Oktober im Innern der Gebäude gestatten. Die temporäre Arbeitslosigkeit des Maurers zieht in gewissem Maße auch das übrige Baupersonal, zunächst den Zimmermann, in Mitleidenschaft. Dazu kommt die Kürze der Wintertage, die auch bei frostfreier Witterung den Bau verlangsamt und dadurch kostspieliger macht. Während in der guten Jahreszeit die Arbeit morgens um 5, 6 oder 7 Uhr beginnt und abends um 6, 7 oder 8 Uhr endigt, wird die normale Arbeitsdauer in den dunkelsten Wintermonaten höchstens von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr abends gerechnet. Die gleichzeitige Verkürzung der Ruhepausen bis auf eine halbe Stunde herab, an Stelle von gewöhnlich zwei Stunden im Sommer ( $\frac{1}{2}$  Stunde Frühstück-, 1 Stunde Mittags- und  $\frac{1}{2}$  Stunde Vesperpause), reicht nicht hin, die Differenz auszugleichen, während sie die Arbeit vielleicht noch anstrengender macht. Mit Ausschluß der Unterbrechungen beträgt der Arbeitstag neuerdings 10 Stunden im Sommer, im Winter 8 bis auf 7 Stunden herunter. Endlich ist die feuchte Witterung des Winters dem Bau unmittelbar schädlich, auch wenn sie die Arbeit nicht unterbricht.

Darum wird ein unverhältnismäßig großer Bruchteil der Bauarbeiten für die Sommermonate aufgespart, und neben der Arbeitsdauer schwankt auch die Zahl der beschäftigten Arbeiter nach der Jahreszeit sehr bedeutend. Die eigentliche Saison der Bauarbeit beschränkt sich so, wenn man die Grenzen weit zieht, auf 7—8 Monate, etwa von Mitte März bis Mitte November; auf einige arbeitslose Wochen hat der großstädtische Arbeiter



mit Bestimmtheit zu rechnen, und der Erwerb des Sommers müßte soviel Ueberschuß abwerfen, als zur Ergänzung des kärglichen Winterverdienstes erforderlich ist. Teils Wirkung, teils auch Ursache des unbeständigen Arbeitsbedarfs ist einerseits die außerordentliche Fluktuation, die in der Bauarbeiterbevölkerung namentlich zwischen Großstädten und ihrer Umgebung stattfindet und selbst periodische Einwanderungen vom Auslande her (Böhmen, Italien, Schlesien, Österreich)<sup>1</sup> veranlaßt, andererseits die häufige Verbindung des Baugewerbes mit anderen Erwerbszweigen.

Obwohl teilweise im großen betrieben und an Gehilfenzahl allein unter allen Handwerken den großstädtischen Fabrikgeschäften ebenbürtig, bewahrt das Baugewerbe seinen handwerksmäßigen Charakter sowohl infolge eines unverhältnismäßig beschränkten Gebrauches der Maschine, als der Unanwendbarkeit einer weitgehenden Arbeitsteilung und Arbeitsgemeinschaft, die in anderen Erwerbszweigen den Großbetrieb fordert. Nicht die Natur der Arbeit, sondern die Art des Produkts nötigt hier die isolierten Arbeitskräfte, wenigstens in kleinen Gruppen temporäre Vereinigungen zu bilden, die doch immerhin nach ihrer technischen Seite relativ mechanische Verbindungen bleiben, und nicht die fortschreitende Technik, sondern die von fremdartigen Momenten bestimmte Gestaltung des Bedarfes, die zufällige Größe des einzelnen Bauwerks, reguliert den stets variablen Umfang dieser Vereinigungen.

Der Bau eines Wohnhauses, einer Fabrik, eines Stalles, eines Speichers u. s. f. bildet den sachlichen Mittelpunkt, um den sich die Arbeitsvereinigung der Bauhandwerker gruppiert. Diese zeitweilige Vereinigung berufsverschiedener Personen findet sich vollständig ausgebildet nur bei größeren Bauten, verkümmert aber doch in ihren charakteristischen Ansätzen erkennbar auch bei kleineren. Urheber der Vereinigung und persönlicher Mittelpunkt derselben ist der Bauherr, in dessen Eigentum der unternommene Bau übergeht, und der regelmäßig außerhalb des baugewerblichen Berufes steht; in einer wichtigen Gattung von Fällen ist es der Staat oder die Kommune. Seine Angestellten sind einerseits der Architekt (Baumeister), andererseits die verschiedenen Bauhandwerksmeister, auch Meister schlechthin genannt, die ihrerseits die Gesellen, Lehrlinge und die übrigen Bauarbeiter beschäftigen.

Heutzutage wird der Häuserbau vielfach ganz kapitalistisch betrieben:

---

<sup>1</sup> Speziell die tschechischen Arbeiter stellen in einigen sächsischen Gegenden, z. B. Chemnitz, dem Baugewerbe ein überraschend großes Kontingent. Vgl. Göhre, Drei Monate Fabrikarbeiter S. 13.



der alte Maurer- und Zimmermeister ist in den großen Städten dem Bauunternehmer gewichen. Dies hängt, wie bereits bemerkt, mit der Maschine gar nicht, mit dem Kapitalismus mittelbar, unmittelbar aber mit dem Zusammendrängen der Menschen in Großstädten und mit dem Schwinden des Sinnes für das Eigenhaus zusammen. Nur dadurch, daß sich die Mehrzahl der Städter dazu bequemt hat, in Mietkasernen zu wohnen, das Haus also gar nicht mehr von dem Geschmack und den Bedürfnissen der Personen abhängt, für die es bestimmt ist, hat der Häuserbau ein von Kapitalisten mit oder ohne Fachbildung betriebenes Spekulationsgewerbe, eine eigentliche Unternehmung, werden können, die für den Markt produziert und von Angebot und Nachfrage abhängig ist.

### A. Das Baugewerbe in früherer Zeit.

#### 1. Geschichtlicher Überblick über die Verfassung der Baugewerbe.

Die Entwicklung der Zünfte der Baugewerbe in Blüte und Verfall gleicht im ganzen derjenigen anderer Gewerbe.

Das gilt zunächst von ihrer Organisation. Auch ihre Angehörigen haben sich in Innungen zusammengefunden. Die ältesten uns erhaltenen Innungsartikel der Leipziger Maurerinnung<sup>1</sup> datieren aus dem Jahre 1580; im Jahre 1439 hatten die Maurer und Stellmacher in Leipzig eine Bruderschaft in der Gemeinschaft der guten Werke des heiligen Franziskus<sup>2</sup>. Die älteste Ordnung des Zimmerhandwerks<sup>3</sup> stammt aus dem Jahre 1555, während das älteste Quartalsbuch<sup>4</sup> des Zimmerhandwerks, das sich im Archiv des Vereins für die Geschichte Leipzigs findet, bereits mit dem Jahre 1491 beginnt. Die Verfassung der Innungen der Baugewerbe war die gleiche wie bei anderen: wir finden auch bei ihnen die Gliederung der Mitglieder in Meister, Gesellen und Lehrlinge, zu denen noch die Helfer hin-

<sup>1</sup> Leipziger Rats-Akten Tit. LXIV, 97.

<sup>2</sup> Pfalz, „Ein Wort über den Urkundenschatz der Handwerkskassen“ (enthalten im Bericht über die Realschule I. Ordnung zu Leipzig im Schuljahr 1871/2), S. 32, Anm.

<sup>3</sup> R.-M. T. LXIV, 202a.

<sup>4</sup> Pfalz, a. a. O., S. 11 Anm. 2.



zukommen. Nur die Meister waren vollberechtigte Mitglieder der Innung und konnten erst aufgenommen werden, nachdem sie sich über eine gewisse Lehr-, Gesellen- und Wanderzeit ausgewiesen und die vorgeschriebene Meisterprüfung bestanden hatten.

Auch der materielle Inhalt der Zunftstatuten deckt sich mit dem anderer Innungen: wir finden ähnliche Aufnahmebedingungen, den Befähigungsnachweis in den verschiedenen Gestalten vorgeschrieben, das Arbeitsgebiet gegen andere Zünfte abgegrenzt, eine Maximalzahl von Gehilfen festgesetzt, die allerdings der Natur des Gewerbes entsprechend erheblich höher bemessen war, als bei anderen Zunfthandwerken.

Nur die Entwicklung des Steinmehgewerbes weicht hiervon ab, was sich wohl genügend daraus erklärt, daß der kunstvollere Bau mit behauenen Steinen in früherer Zeit verhältnismäßig selten vorkam und hauptsächlich auf kirchliche Bauten beschränkt war. Auf die Entstehung und die ältere Geschichte der Bauhütten<sup>1</sup> kann hier nicht eingegangen werden; genug, wenn wir daran erinnern, daß die höhere Baukunst in den Klöstern ihre erste Entwicklung nahm, daß wahrscheinlich von geistlichen Baubrüdern die erste Organisation der Steinmehen ins Leben gerufen wurde, und daß später in dem Maße, als Steinmeharbeit bei Profanbauten Verwendung fand, das Gewerbe sich ausbreitete und verselbständigte. Aber auch noch lange Zeit nach seiner Verweltlichung behielt das Steinmehgewerbe wenigstens an Orten, wo es besonders blühte, seine eigene Organisation bei und stand in seinen Bauhütten den Zünften abgesondert gegenüber. An und für sich wich aber die Verfassung dieser Bauhütten nicht sehr von derjenigen der Zünfte ab; die Statuten beider sind im wesentlichen gleichartig, höchstens tritt der religiöse Charakter der Gemeinschaft etwas schärfer hervor; auch haben sie nicht nur eine lokale Bedeutung, sondern ihre Geltung erstreckt sich über das ganze Gewerbe in Deutschland, was sich durch den engen Zusammenschluß der großen Bauhütten erklärt. Von Anfang an waren die Brüder in den Bauhütten unter sich gleich und auch, als sich mit der umfassenden Anwendung der Steinarchitektur später eine etwas schärfere Differenzierung der Bauleute geltend machte, war sie nicht stark genug, um das bisherige Verhältnis der Gleichheit ganz umzustürzen; vielmehr blieben

---

<sup>1</sup> Über diese vergl. Seideloff, Die Bauhütte des Mittelalters, Nürnberg 1844. J. Janner, Die Bauhütten des deutschen Mittelalters, Leipzig 1876. J. Neuwirth, Die Satzungen des Regensburgs Steinmehentages im Jahre 1459, Wien 1888.



Gefellen, Poliere und Meister in einer Bruderschaft vereinigt. Dieser Einigkeit ist es zum großen Teil zu verdanken, daß jener große Verband sämtlicher deutschen Steinmetzen mit den Haupthütten in Wien, Köln, Straßburg und Zürich im Jahre 1459 zustande kam.

Die sächsischen Bauhütten hatten sich mittels der Torgauer oder Rochlitzer Steinmetzordnung von 1462<sup>1</sup> abgesondert organisiert. In dieser Ordnung war ihnen Erlaubnis gegeben, einige Artikel zu „myltern, myren oder zu meren“; deshalb kamen die Werkmeister von Magdeburg, das an der Spitze der sächsischen Hütten stand, Halberstadt, Hildesheim, Müllburg, Merseburg, Meißen, sowie aus dem Voigtlande, Thüringen und dem Harz, die also zu dem sächsischen Verbands gehörig zu haben scheinen, in Torgau zusammen, um eine auf ältere Satzungen gegründete und ihren Verhältnissen angepasste Ordnung festzustellen. Fast 60 Jahre stand die sächsische Bruderschaft mit der Straßburger Haupthütte in gutem Einvernehmen, bis im Jahre 1518 Streitigkeiten wegen des fünften Lehrjahres entstanden, das entweder durchgemacht oder nach der Milde rung von 1498 wenigstens mit zwei Gulden gesühnt werden sollte. Nach und nach aber beruhigten sich die Gemüter, und die Sachsen unterwarfen sich, und als im Jahre 1563 das Straßburger Hüttenbuch wieder durchgesehen und erneuert werden sollte, wurden auch die Sachsen eingeladen und unter den Vororten, die Bücher erhielten, nimmt Dresden eine Stelle ein, ebenso findet sich bei den Meistern, welche die benannte Ordnung unterzeichneten, ein Werkmeister von Leipzig, Conrad Herrmann, dem die Landesregierung ausdrücklich die Erlaubnis hierzu erteilt hatte. Daß Dresden seinen Charakter als Vorort bewahrte, und Sachsen überhaupt an Straßburg festhielt, zeigt die Bitte der Rochlitzer Hütte vom Jahre 1661: die Dresdner Hütte möge ihr eine vidimierte Abschrift der vom Kaiser Mathias 1613 konfirmierten Steinmetzordnung, die der Dresdner Hütte früher schon zugesandt war, mitteilen.

Die Rochlitzer empfingen 1735 das Bruderbuch von 1553 und die Konfirmation Ferdinands II. von 1621 nebst einem Begleitschreiben von Straßburg, weil sie ihre Ordnung neuerdings befestigen wollten, unterzeichnet vom Werkmeister des Hohen Münster Stift zu Straßburg und dabei einen offenen Brief desselben Meisters an die Hütte. In beiden Schriftstücken

<sup>1</sup> Sicher ist, daß sie schon 1459 bestand, wahrscheinlich, daß sie 1417 mit dem Bau der Kunigundenkirche in Rochlitz gegründet wurde, möglich, daß der reiche Steinbruch jener Gegenden sie schon früher hervorgerufen hatte. Vgl. Janner, a. a. D., S. 92.



ist außer dem jährlichen Kanon eines „Böhmisch“<sup>1</sup> zum Zeichen des Gehorsams auch noch geboten, „keinen einigen Steinhauer bey Vermeidung großer Straff in ihre Gemein- oder Brüderschaft als Steinmetz auf- oder anzunehmen“. Dies wegen der großen Steinbrüche zu Rochlitz. Diese Rochlitzer Steinmetzen sind es gewesen, die an der Leipziger Renaissancearchitektur das Beste gethan haben; ihre Werkstücke sind aus dem schönen roten Stein<sup>2</sup> gehauen, der schon seit dem 10. Jahrhundert bei Rochlitz gebrochen und weit und breit auch in Leipzig seit alter<sup>3</sup> Zeit zu Bauzwecken verwendet wurde.

Im Jahre 1823 wurde die Hütte zu Rochlitz von der sächsischen Regierung mit neuen Spezialartikeln versehen. Die Hütte von Zwickau ging in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts ein, weil die Mitglieder nach Planitz zogen. Ihre Lade kam 1797 nach Chemnitz.

Das Projekt, im Jahre 1842 in Leipzig eine deutsche Baugenossenschaft zu konstituieren, die mit zeitgemäßen Abänderungen der alten Bauhütte nachgebildet sein sollte, ist nicht zur Ausführung gelangt<sup>4</sup>.

## 2. Das Produktionsgebiet.

Der Ausdruck „Maurer“, sagt Berlepsch<sup>5</sup>, weist klar und bestimmt auf den Teil der Arbeit hin, der beim Bau dem Maurer zugeteilt ist, denn Maurer . . . bezeichnet denjenigen, der eine Mauer aufführt, d. h. Steine oder Ziegel mit oder ohne Mörtel oder auch nur Erdenarten, wie Lehm und Thon, mit Sand vermischt und zu einer Mauer verbindet.

<sup>1</sup> Die nämliche Forderung eines jährlichen böhmischen Groschens wurde noch in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts von der Straßburger Hütte aufrecht erhalten.

<sup>2</sup> „Stehet wohl im Wetter, hält im Brande und wähet im Wasser“, rühmt eine alte Bergchronik von ihm. — Aber auch von anderen Orten, so von Zeitz, von Weissenfels, ja selbst aus dem Elbthale hat man schon in früherer Zeit Sandstein nach Leipzig kommen lassen; der Elbsandstein wurde auf dem Wasser bis nach Torgau gebracht und von dort zu Wagen nach Leipzig geholt. Vgl. Wustmann, *Aus Leipzigs Vergangenheit*, Leipzig 1885, S. 8.

<sup>3</sup> In den Stadtrechnungen aus der Mitte des 16. Jahrhunderts kommt z. B. oft ein Steinmetz Paul Wiedemann vor, der nach Rochlitz gesandt wird und von dort Steinmetzarbeit herschickt, als: Stufen, Schims (Simse), Kaptal (Kapitäl), Pofamentstücken, Archentrager (Architrave).

<sup>4</sup> Vgl. Heideloff, a. a. O., S. IX.

<sup>5</sup> *Chronik der Gewerke*, Bb. VIII (Maurer und Steinmetzen) S. 125.



Schon die Innungsartifel (die Maurerinnung betreffend) vom Jahre 1580<sup>1</sup> zeigen, daß in Leipzig die Maurer ihrem Berufe eine weitere Ausdehnung gegeben hatten; er sollte nämlich bestehen in „Mauern, berappen, Dünchen, Dachdecken, die Gebäude innen und außen mit Öl- und Wasserfarbe anstreichen und anzumeißen.“

Daß das Mauern und Berappen<sup>2</sup> in das Arbeitsgebiet der Maurer gehört, ist selbstverständlich. Auch das Weissen mit Kalk ist als Accessorium der Maurerarbeit<sup>3</sup> anzusehen, da ja Material und Werkzeug der Maurer dabei verwandt und nicht eine besondere Verzierung, sondern nur ein erhellendes und reinliches Ansehen dadurch erreicht wird; es ist daher auch gleich dem einfachen Abfärben der Wände stets nur von den Mauern ausgeführt, wenigstens überall da, wo nicht die Weißtüncher als ein besonderes Gewerbe bestanden, während sich die sog. Zimmermaler erst in späterer Zeit ausgebildet haben<sup>4</sup>.

Die Kelle ist im allgemeinen nicht den Mauern allein eigen, denn auch die Ziegelbedäcker bedienen sich einer Art von Kelle; ihnen kommt jedoch nur der Gebrauch von Kellen mit schlangenförmig gebogenem Stiel zur Herstellung und zum Verputz der Mauern mit Kalk ausschließlich zu, und es haben sich die Maler diese um so weniger anzumassen, als sie zum Malen und zu den Vorbereitungen dafür einer Kelle gar nicht bedürfen<sup>5</sup>.

Das Einsprenken, Anstreichen und Marmorieren der Häuser von außen, desgleichen in den Höfen und Hintergebäuden mit Öl und bunten Farben, bleibt nach einer Ratsverordnung vom 2. Januar und 20. März 1725 — auf eine diesbezügliche Beschwerde der Maler hin — den Mauern und Malern kumulativ, das Marmorieren innerhalb der Gebäude aber den Malern allein überlassen. Dagegen wurde das Vergolden und Landschaftmalen den Mauern durch Verordnung vom 20. Oktober 1746 bei 5 Thlr.

<sup>1</sup> Leipziger Ratsakten, Tit. LXIV, Nr. 97, Art. 9; vgl. Art. 9 der confirmierten Innungsartifel vom 28. Juni 1667.

<sup>2</sup> Darunter versteht man das Bewerfen der Mauer- und Wandflächen mit grobem Sandmörtel, wenn die Flächen danach nicht überrieben werden.

<sup>3</sup> Funke, Polizeigesetze, Bd. IV S. 194.

<sup>4</sup> Im Jahre 1458 hatten die Maler, Sattler und Riemer in Leipzig zusammen eine Vereinigung aufgerichtet. Diese sonderbare Verbindung bestand bis in die neuere Zeit fast in allen größeren Städten. Im 17. Jahrhundert trennten sich die Maler von den Sattlern und Riemern und im 18. Jahrhundert wurde die Malerinnung aufgehoben, weil die Künstler nicht mit den handwerksmäßigen Malern zusammen zünftig sein wollten. Vgl. Pfalz, a. a. O., S. 31.

<sup>5</sup> Min.-Entsch. an d. Kreisdirektion zu Leipzig vom 4. Januar 1847, bei Funke, a. a. O.



Strafe für jede Turbation untersagt. Erneute Differenzen zwischen den Maurern und Malern gaben dem Räte Veranlassung, die vorgeordneten Bestimmungen zu erläutern, bis endlich ein kurfürstliches Reskript vom 25. August 1753 dem Streite ein Ziel setzte: „Es soll beyden Innungen das Anstreichen, Einsprennen und Marmorieren der Häuser von außen an Vorder-, Seiten- und Hintergebäuden, nicht weniger inwendig in den Gebäuden alles Anstreichen der Stuben, Geländer, Fenster und Thüren mit Wasser- und Ölfarben, wo nur ein glatter Anstrich mit geraden dergleichen Abschaltungsstrichen gebraucht wird, cumulative nachgelassen, hingegen den Malern inwendig in den Gebäuden alles Anstreichen und Marmorieren mit Wasser- und Ölfarbe, wo so wohl bey Blumen und Schnerkel-Werk als bey anderer Malerei nach Licht und Schatten gearbeitet wird, privative vorbehalten sein.“ Es ist also in Ansehung des Malens ein Unterschied zu machen zwischen dem bloßen Anstreichen mit Farbe und eigentlicher Malerei, bei der Figuren nach den Regeln der Zeichenkunst angebracht werden. Die Anstreicharbeit kann der Maurer mit seinem groben Pinsel ausführen und, sofern sie bei einem Bau vorkommt, als Accessorium der eigentlichen Maurerarbeit sich mit Recht aneignen.

Auch das Ziegeldecken gehört zum Handwerk der Maurer; ist es doch eine rein mechanische Thätigkeit, zu der kaum irgendwelche Vorbildung und Übung erforderlich ist, so daß es hie und da auf dem Lande der Bauer selbst übernimmt, dem das Haus gehört.

Nach den Akta die hiesige Maurerinnung betreffend<sup>1</sup> sollen „mit Rücksicht darauf, daß im Dachdecken großer Mangel ist, . . . im Handwerk zum wenigsten zwei Meister geordnet werden, die neben ihren Gesellen vornehmlich das Decken bei der Stadt abwarten, damit gemeine Bürgerschaft desto mehr versorget und soll ein jeder gesell, der do decket, die Woche 20 Gr. zu Lohn haben.“ Es „soll aber kein Meister Einem Helfer verbinden lassen, wenn man ausflucht mit Ziegeln und darnach Mauerlon auf Ihnen fordern“<sup>2</sup>. Indes war es den Bürgern unbenommen, außerhalb dieser zwei jeden anderen Meister zum Eindecken des Daches zu gebrauchen, wie sich überhaupt das Verbotungsrecht der Maurer auf die Ziegeldeckerei nicht erstreckte, daher durften selbst Ziegeldeckergesellen auf eigene Hand arbeiten<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> Aus dem 16. Jahrh. LXIV, 99 Vol. I.

<sup>2</sup> Ordnung der Meurer ao. 1554, Art. 3. Vgl. auch Vergius, Neues Policy und Cameral-Magazin, Bd. I S. 97: „Das Ziegeldecken gehört zum Handwerk der Maurer.“

<sup>3</sup> Funke, a. a. O., Bd. IV S. 194. — Den Deckern in Lübeck war es erlaubt, beim Mauerlegen Ausbesserungen am Mauerwerk vorzunehmen, doch nur,



Das Ofensegen<sup>1</sup> kam dem Maurerhandwerk mit dem Töpferhandwerk kumulativ zu; zu dem Segen der sog. Maschinenkochhöfen<sup>2</sup>, das an sich zum gemeinsamen Arbeitsgebiet der Maurer und Töpfer gehörte, waren aber auch andere Handwerke zugelassen, wenn sie dazu von der Kreisdirektion die Erlaubnis erhalten hatten, und auch die Maurer- und Töpfergesellen unter der Aufsicht und Autorität ihrer Meister.

Schließlich wird in den revidierten Maurerhandwerksartikeln vom 29. Dezember 1733 noch Steinmetzarbeit als zum Produktionsgebiet der Maurer gehörig erwähnt. Natürlich war es den Maurern verboten, mit Klippel und Eisen Steinwerk zu fertigen, wie dies auch aus einem Generalreskript der Stiftskanzlei zu Naumburg und Zeitz hervorgeht, sondern nur der Gebrauch der gröberen Werkzeuge, der Spitz- und Steinart, war ihnen erlaubt zur Bearbeitung solcher Steine, die übertüncht wurden: der Kellerstufen, Kragsteine, harten Tafeln und Orthsteine. Die Steine sollten von dem Maurer eben nur aus dem Groben heraus gearbeitet, von ihm verhaupet werden dürfen, wie man es nannte. Im übrigen „soll kein Maurer Steinmetzen- und kein Steinmetz Bildhauerarbeit machen und da etwan eine Arbeit mit Bildwerk gezieret, sollen die Maurer ihr Mauerwerk, die Bildhauer ihr Bildwerk und die Steinmetzen ihr Steinwerk sonderlich dinge und keiner, was er nicht redlich gelernt, auf sich nehmen.“

Anderenorts gerieten die Maurer sogar in ein Abhängigkeitsverhältnis zu den Steinmetzen: diese wurden ihre Aufseher, überwachten ihre Ordnung, schrieben ihnen vor, wie die Steine gebrochen, wie hoch in Geld ein jedes Gesicht und andere Arbeiten gegeben werden sollten und verboten ihnen sogar, ohne ihr Wissen Bauarbeit zu übernehmen.

Noch heute bildet das Maurer- und Steinhauergewerbe vielfach einen Begriff, z. B. in Württemberg und einem großen Teile von Mitteldeutschland und in manchen Gegenden, vorwiegend allerdings in kleineren Städten und auf dem Lande, fallen auch die gewöhnlichen Steinmetz- und Malerarbeiten sowie das Eindecken des Daches noch jetzt den Maurern zu.

Der Zimmermann ist die zweite Hauptperson beim Bau; er führt die zu seiner Standfestigkeit und zur inneren Gliederung erforderlichen Holz-

soweit sie ohne Anwendung von Gerüsten geschehen konnten und nicht in Brandmauern, ohne von den Maurern bez. Steinhauern zur Rechenschaft gezogen zu werden. Vgl. Neuburg, Zunftgerichtsbarkeit und Zunftverfassung, S. 122.

<sup>1</sup> Reskr. der Landesreg. vom 13. Juni 1822.

<sup>2</sup> Min.-Verordn. an d. Kröb. zu Leipzig vom 1. März 1838, bei Junke, a. a. O. Bd. IV S. 234.



arbeiten aus, als: Treppen, Dachverbände, Fußböden, Balkenlagen, Vertäfelungen, Thüren, Fenster u. s. w.; endlich stellt er die Gerüste her.

Die notwendige Verbindung, in der der Bauherr von vornherein mit dem Zimmermann steht, die größere Billigkeit der Zimmermannsarbeit, schließlich die teilweise Gleichartigkeit der Werkzeuge und Materialien der Zimmerleute und Tischler brachten es mit sich, daß viele der Regel nach dem Tischler zustehenden Bauarbeiten dem Zimmermann übertragen wurden, daß man aber andererseits auch vieles, was ehemals Zimmermannsarbeit war, dem Tischler zuwies, um es feiner und kunstvoller herstellen zu lassen.

Pfalz<sup>1</sup> behauptet irrtümlich, im Mittelalter seien die Tischler nirgends als selbständige Innung erwähnt, weder in den Leipziger Urkunden, noch in denen anderer Städte, sie hätten sich vielmehr auf mehrere Handwerke verteilt: auf die Zimmerleute, Stellmacher und Bilbschnitzer, wie es z. B. in Ulm<sup>2</sup> der Fall war, wo die Schreiner zu den Zimmerleuten gehörten. In Frankfurt a. M.<sup>3</sup> gab es eine eigne Ristner (Tischler-) Zunft sicher 1473, vielleicht schon 1439; das Gewerbe<sup>4</sup> findet sich bereits im 14. Jahrhundert.

Die Urkunden der Leipziger Tischlerinnung reichen nur bis zum Jahre 1595 zurück; doch wird in ihnen zugleich auf einen Innungsbrief von 1504 hingewiesen. Die Innung mag 1504 errichtet sein; erst 1565 erhielt sie ihre volle Selbständigkeit durch das Innungsiegel.

In Leipzig war es, wie es in einem Gesuche<sup>5</sup> der Tischler an den Rat um Abstellung der Übergriffe der Zimmerer vom Jahre 1533 heißt, „dahin kumen, daß kein Unterschied ist zwischen Tischlern und Zimmerleuten, dy haben sich in unser Hanthweg geflochten, daß dy Leute sprechen, sy habens nicht gewußt, daß solchs die Tischler machen und schenden uns also unser Hanthweg, do kein Tischler keinen pfennig miten am Bau verdient hat, den so halt sy einen horn, der bauen will, dingen sy dy Tischlerarbeit mit im . . ., was sy im Sommer nicht verfertigen, machen sie im Winter do heim, ob wir uns von pauern Arbeit gern behulffen, ist keine vorhanden“.

Erst 1595 riß sich das Tischlerhandwerk innerlich und wesentlich vom Zimmerhandwerk los.

<sup>1</sup> a. a. O., S. 42, Anm.

<sup>2</sup> Jäger, Ulms Verfassung 2c., S. 580.

<sup>3</sup> Bücher, Bevölkerung von Frankfurt a. M. im 13. und 14. Jahrhundert, S. 115, 128.

<sup>4</sup> Ebenda, S. 144, 401.

<sup>5</sup> H. M. LXIV, 182, S. 1 f.



Diese Loslösung geschah nicht auf eine sanfte und schmerzlose Weise, sondern sie vollzog sich in einem schweren und langwierigen Prozesse, der ohne wesentliche Unterbrechung von 1595 bis 1612 dauerte und vollständig erst mit einem Vergleich im Jahre 1655 endete. Der dreißigjährige Krieg scheint eine Pause in dem hüzigen Kampfe der Parteien gemacht zu haben.

Wir besitzen ziemlich umfangreiche Akten über diesen Prozeß, der ein deutliches Beispiel dafür ist, wie gewaltsam im ausgebildeten Innungswesen die Teilung der Arbeit bisweilen vor sich ging. Der Gegenstand des Streites war folgender: die Tischler hatten sich darüber beklagt, daß die Zimmerleute geleimte Arbeit machten, als Thore und Thüren, Stubengetäfel, Decken, gefütterte Fensterrahmen u. s. w., ja nicht einmal den Treppenbau mochten sie ihnen zugestehen. Sie bezogen sich dabei auf einen Innungsbrief, der im Jahre 1504 gegeben und 1534 von neuem bestätigt war, in dem es heißt: „Niemand soll sich unterstehen, geleimte Arbeit zu machen, was Tischlerhandwerk belangt, als Thoren, Thüren, Stubengetäfel, Decken, Fensterrahmen u. dergl.“ Das Tischlerhandwerk, als Bautischlerei, stand demnach gleich anfangs dem Zimmerhandwerk vollwichtig gegenüber und griff tief in dasselbe ein. Daß die Tischler über die Zimmerleute Klage erhoben, zeigt, wie sehr sie alle feineren Arbeiten beim Bau an sich zu ziehen entschlossen waren. Sie hatten ihre Beschwerde der Ordnung gemäß bei ihrer nächsten Behörde, dem Räte, angebracht, der am 21. Juli 1595 einen sog. Abschied erließ, in dem den Zimmerleuten, soweit es die Bauherren begehren würden, zugestanden wurde, drei Bretter zusammen zu leimen und davon Fußböden, Decken, Wendeltreppen, Bänke und Tafelwerk zu machen.

Dieser Ratsbescheid rief, wie sich denken läßt, unter den Tischlern einen Sturm des Unwillens hervor; sie protestierten gegen den Abschied, appellierten an den Kurfürsten, spornten den Scharfsinn ihres Advokaten zu den höchsten Anstrengungen an und zwangen damit die Zimmerleute, ein Gleiches zu thun. Im Jahre 1612 erlangten die Tischler einen ihnen günstigen Entscheid, aber nun entwickelten die Zimmerleute ihrerseits eine außerordentliche Thätigkeit und so spann sich, wie gesagt, der Streit so lange fort, bis beide Parteien ermüdeten und im Jahre 1655 einen Vergleich schlossen, durch den festgestellt wurde, daß die Zimmerleute zwar täfeln dürften, daß sie sich dabei jedoch der Vertiefungen und Füllungen enthalten mußten; auch die Leisten nur mit eisernen Nägeln annageln dürften. Unbenommen sollte ihnen sein, eine Leiste mit einem Stabe auf platte Tafeln zu befestigen. Fußböden zu legen und Treppen zu machen, hatten ihnen die Tischler schon im Anfange des Prozesses zugestanden.

Reuzsam.



Ein so gewaltiger Streit mußte in seinem Verlaufe ganz von selbst zu Untersuchungen und Erklärungen führen, die kulturhistorisch wichtig sind. Zunächst handelte es sich um die Frage, ob das Leimen<sup>1</sup> ein Hauptunterschied zwischen Tischlern und Zimmerleuten sei oder nicht. Merkwürdig ist es ferner, daß sich die Tischler in diesem Prozesse vorzugsweise als Bautischler hinstellen: im Täfeln der Stuben und Anfertigen der Thüren und Fußböden bestiehe ihr Hauptverdienst, weil Kasten, Betten und Tische zu machen selten vorkäme und auch nicht eines jeden Thun sei.

Die Parteien begnügten sich nicht damit, die hiesigen Verhältnisse zu ihren Gunsten auszulegen, sondern sie holten auch Gutachten auswärtiger Innungen ein, und wir ersehen daraus, daß bereits in anderen bedeutenden Städten wie Nürnberg, Augsburg, Frankfurt ähnliche Auseinandersetzungen zwischen Tischlern und Zimmerleuten stattgefunden hatten, deren Ausgang in der Hauptsache mit dem angeführten Vergleiche übereinstimmte.

Der Kampf der Tischler und Zimmerleute wiederholte sich in der Folgezeit noch mehrmals, doch war er minder heftig. Die in späterer Zeit geschlossenen Vergleiche enthielten durchweg „den Zimmerleuten günstige Momente und Präjudicien“<sup>2</sup>. Eine Ministerialentscheidung an die Kreisdirektion zu Leipzig vom 23. Februar 1838<sup>3</sup> bestimmte, daß die Merkmale der Tischlerarbeit darin beständen, daß sie gestemmt, geschlitzt, geschoben oder gezückt sei.

Das Auf- und Abbuden, d. i. die Aufstellung und Abtragung von Buden zur Zeit der Messe, wurde durch eine Bekanntmachung vom 20. Januar 1807 den Zimmerleuten ausschließlich zugestanden; Eingriffe in diese Gerechtsame gingen aber nicht sowohl von den Tischlern, als von Handelsleuten aus,

<sup>1</sup> Man wußte nichts Bestimmtes über die Erfindung des Leimes zu sagen, ja man konnte überhaupt nicht angeben, wie und wann das Tischlerhandwerk entstanden sei. Nur beiläufig sei erwähnt, daß nach Pfallz, a. a. D., S. 44 Anm., das Pech früher die Stelle des Leimes vertreten haben soll. Die erste Anwendung des Leimes dürfte kaum vor die Mitte des 15. Jahrh. zu setzen sein.

<sup>2</sup> Die neuere Entwicklung scheint dem gegenseitigen Drängen des Tischler- und Zimmerhandwerks dadurch ein Ziel setzen zu wollen, daß sie zu einer Vereinigung der Zimmerei und Bautischlerei führt, wie sie in England und Amerika bereits vollzogen ist. Dort sind Zimmerleute (carpenters) und Bautischler (joiners) in gemeinsamen Gewerksvereinen organisiert, während die Möbeltischler (cabinet-makers) besondere Vereine bilden. In kapitalistischer Form tritt diese Verbindung als eine Kombination von Brettschneidmühlen, Zimmerei, Bautischlerei und Holzhandlung auf. Vgl. unten.

<sup>3</sup> Bei Funke, a. a. D., Bd. V S. 232.



- welche die Buden auswärts anfertigen und nach Leipzig schicken ließen<sup>1</sup>
- sowie von fremden Gefellen, Handlangern und Wächtern, welche damit wohl 30—50 Thaler nach der Messe aus der Stadt trugen.

Zimmerarbeiten, die zugleich in das Arbeitsgebiet der Mühlen- und Brunnenarbeiter gehörten, wurden bald von diesen, bald von den Zimmerleuten ausgeführt; die Verordnung vom 14. Januar 1842 § 14 (die Meisterprüfung bei den Baugewerken und die Errichtung von Prüfungsbehörden für solche betreffend) gewährte denen, die sich ihr mit Erfolg unterworfen hatten, den Vorteil, sich geprüfte Mühlenbauer, Brunnen- und Rührmeister u. s. w. benehmen zu dürfen. Der Bau der Wehre<sup>2</sup> endlich war Sache der Mühlenbauer und Zeugarbeiter, nicht der Zimmerleute.

### 3. Die Betriebsweise.

Das mittelalterliche Baugewerbe war Lohnwerk, der Maurer- und Zimmermeister nichts anderes, als ein Handwerker, der sein eigenes Werkzeug besaß und dem Bauherrn seine Arbeitskraft und Arbeitsgeschicklichkeit zeitweilig gegen Entschädigung zur Verfügung stellte. Den Gefellen gegenüber war er nur der ältere Arbeiter, der durch ein Meisterstück seine Geschicklichkeit bewiesen und durch seine Zugehörigkeit zur Zunft das Recht erworben hatte, selbständig Arbeiten zu übernehmen und Gefellen, Lehrlinge und Helfer zu halten.

Aber ganz kapitallos konnten auch im Mittelalter die Meister des Baugewerbes nicht sein. Der Maurermeister stellte seinen Gefellen folgendes Geschirr: „Wannen, Bäßlein, Fleschen, Spitzen, Schuppen, Ralk-Siebe und den Ralk“, insgesamt auf etwa 10 Gulden<sup>3</sup> bewertet. Freilich mußte auch der Geselle noch einen Teil des Anlagekapitals besitzen; als zur notwendigen Ausrüstung eines Maurergefellen gehörig sind noch: Kelle, Hammer, Bleiwage, Pinsel, Schnure und Nichtsheit anzusehen<sup>4</sup>. Der Zimmermeister lieferte seinen Gefellen: „segen, Clammern, Börer, Dübel und anderes Zeug“ z. B. Seile, insgesamt auf 12 Gulden bewertet<sup>5</sup>.

<sup>1</sup> Es wurde deshalb unter dem 3. April 1818, auf eine diesbezügliche Anzeige des Obermeisters hin, den Thorschreibern der Befehl in Erinnerung gebracht, keine gefertigte Zimmerarbeit einpassieren zu lassen.

<sup>2</sup> Min.-Entsch. an d. Kröb. zu Leipzig vom 18. Oktober 1844 bei Funke, a. a. D., Bd. IV S. 246.

<sup>3</sup> Zunftbuch I S. 131.

<sup>4</sup> Funke, a. a. D., Bd. IV S. 194.

<sup>5</sup> Zunftbuch I a. a. D.



Aber auch jeder Zimmergesell mußte „vor sich seinen richtigen Werkzeug, so einem Zimmergesellen gebühret, nemlichen ein Dünne Beil, zwey Zimmer-Nytte, einen Durchschlag, ein Hammer, Beil und Winkel-Eisen haben und halten, inmaßen den und bey anderen Städten und Orten in ihrem Zimmerhandtwerk also herkommen und bräuchlich ist“<sup>1</sup>. „Es mus ein Jeder ungewerlich vor drithalb Gulden Zeug haben“<sup>2</sup>.

Dagegen kannte das Handwerk ein eigenes Betriebskapital nicht. Die Lieferung der Baumaterialien, der Steine, des Holzes, der Ziegel war Sache des Bauherrn; Materiallieferung durch die Meister scheint nirgends stattgefunden zu haben; die urkundlichen Nachrichten geben für derartige Nachweise nicht nur nicht den geringsten Anhalt, sondern lassen das Gegenteil positiv erkennen. So heißt es beispielsweise im Zunftbuch I S. 140: „Es soll auch kein bürger oder bürgerin fürthin wieder meister noch gesellen einig Holz brett oder Spen vom Bau volgen lassen“; es soll also das Verschnitt- oder Abfallholz dem Bauherrn verbleiben: ein Beweis, daß dem Meister nur die Verarbeitung des ihm gelieferten Holzes oblag, wie auch sonst in den Zunftrollen nur immer die Arbeit des Meisters und nichts weiter verlangt wird. Zur Materiallieferung reichte der Kapitalbesitz des Meisters nicht hin; Sitte und Vorschrift wollte es auch nicht, um die Betriebe nicht groß und den Verdienst nicht ungleich werden zu lassen. Nur die lebendige Arbeit, nicht das tote Material sollte den Gegenstand des Erwerbes bilden. Der Bezug von Mauer- und Garten sand, Kies, Ufersand, Tüch sand, Lehm war überdies Allmendrecht; für diese Materialien wurde von Zeit zu Zeit vom Rat der Stadt ein Tarif aufgestellt und bekannt gegeben. Der Verkauf von dergleichen Material (in der Sandgrube vor der Hospitalstraße) vollzog sich anfangs in der Weise, daß die Käufer den Betrag an den Sandwerfer-Aufseher zu entrichten hatten und von diesem Marken darüber erhielten, die im Hospital- oder Sandthore abzugeben waren. Diese Einrichtung wurde später dahin geändert, daß jede Vereinnahmung von Geld für verkauftes Material auf den Schlagwärter im Sandthore überging. Es war ausdrücklich bestimmt, daß das Material nur an hiesige Einwohner und bloß zur Befriedigung des eigenen Bedürfnisses, mithin in kleinen Quantitäten, abgegeben werden solle<sup>3</sup>.

Auch die Feststellung der Preise für Dach- und Mauerziegel, Bruch-

<sup>1</sup> Ordnung des Zimmerhandwerks, 1555, LXIV 202a, Art. 14.

<sup>2</sup> Zunftbuch II S. 128.

<sup>3</sup> Vgl. Sammlung der für die Stadt Leipzig gültigen wohlfahrtspolizeilichen Anordnungen u. s. w. S. 402 f.



und Ziegelfeine<sup>1</sup> erfolgte durch den Rat, da auch die Herstellung dieser Halbfabrikate der privaten Erwerbsthätigkeit entzogen war.

Einem Gesellen, wenn er gleich hiesiger Bürger und Hausbesitzer wäre, ist die „Führung . . . eines Mandel, halbschock oder gar schockweise einkaufen und als Bedarf für sein eigenes Grundstück nicht sofort nachzuweisenden Holzvorrats verboten“. Ebenso wenig ist ihm unter obiger Voraussetzung der Handel mit Holz, unbearbeitetem oder bereits bearbeitetem, gestattet. Wer wider diese Vorschrift handelt, wird mit 2 Neuschock oder verhältnismäßiger Gefängnisstrafe belegt.

Nur ausnahmsweise bestellte<sup>2</sup> der Bauhandwerker im Auftrage die Werkstücke für den Bauherrn, wird aber hierbei bloß als Handelsvermittler angesehen; kapitalistischer Betrieb mit eigentlichem Handelsgewinn soll ausgeschlossen sein. Den Straßburger Zimmerleuten z. B. ist in der Ordnung vom 2. März 1478 vorgeschrieben, wie viel Verdienst sie nehmen sollen, wenn sie für andere Holzeinkäufe besorgen<sup>3</sup>. Für die Zimmerleute und Steinmetzen zu Regensburg wird das in dem Stadtbuche von 1366<sup>4</sup> ausdrücklich gesagt; auch für die Steinmetzen zu Frankfurt a. M. wird es direkt erwiesen und in deren Ordnung von 1355<sup>5</sup> überdies als Grund dieser Beschränkung „das gemeine Beste“ angeführt.

Die Baugewerbe, soweit sie sich nicht mit Reparaturen bestehender Gebäude, sondern mit Neubauten befassen, konnten zur Herstellung ihrer Produkte der wenigstens temporären Vereinigung einer größeren Zahl von Arbeitskräften kaum entbehren. Als Leiter dieser Vereinigung hatte der Meister im Baugewerbe eine Stellung, die von der anderer Handwerksmeister wesentlich verschieden ist: er war im Grunde nur der Arbeitsvermittler, der Mittelsmann zwischen Bauherrn und Arbeiter, er besorgte dem Bauherrn die Arbeitskräfte, sich und den Gesellen die Arbeitsgelegenheit. Zu den Gesellen stand er nur in einem losen Verhältnis: Maurer und Zimmerleute hatten keine

<sup>1</sup> Leipziger Urkundenbuch I S. 260 u. S. 399.

<sup>2</sup> Zunftbuch III S. 244 b, Art 5 und ebenda IV S. 136, Art. 27.

<sup>3</sup> „Wer es, das einer zymmerlüt antwerdets yemans buholz kauft hette oder ime heym geschaffet, darumb sol derselbe dem zymberman von sollichs gekouften, heym geschafften holzes wegen nit me verbunden sin dann sinen gewonlichen tagelone für so viel zites, als er domitte vergangen hette, und mag das holz lassen verarbeiten, wen er wil.“ Vgl. Neuburg, a. a. O., S. 106.

<sup>4</sup> Vgl. Gmeiner, Chronik von Regensburg, Bd. II S. 143 Anm.

<sup>5</sup> Bei Boehmer, Cod. Moenofr. I S. 647: „Nuch han wir funden durch des besten willen, daß kein meystir under uns nymanne enfal gebin in syne gedingeten werke kalt adir nur steyne, uff das yman bedrogen werde.“



festen Dienstzeit, sondern es stand ihnen jederzeit frei, unabhängig von dem Willen der Meister einseitig<sup>1</sup> den Dienst aufzugeben.

Dieser losen Bande zwischen Meister und Gesellen, die principiell den gleichen Anspruch auf die vorhandene Arbeit hatten, entspricht es ganz, wenn die Zahl der Gesellen ursprünglich unbeschränkt war, „ein jeder Meister fordere Gesellen, wie viel er wolle“ (1542). Erst später bricht sich, der Anschauungsweise der anderen Gewerbe entsprechend, die Ansicht Bahn, daß die Gesamtheit der Meister, nicht Meister und Gesellen gleichmäßig, ein Recht auf die vorhandene Arbeit haben. Daraus ergibt sich für jeden Meister zugleich aber auch die Pflicht, nicht durch eine Überzahl von Gesellen den anderen Meistern dieses Recht zu verkümmern oder sie doch für das, was er ihnen gewissermaßen wegnahm, zu entschädigen.

So wurde durch Vergleich der Maurer- und Zimmermeister vom 1. November 1672 die Zahl der Gesellen auf 10 festgesetzt, jedoch den Meistern nachgelassen, mehr und sovieler sie wollten, zu halten, wenn sie täglich dem Handwerke zu diesem Ende 6 Pf. erlegten, die zu gleichen Teilen unter die Meister zur Verteilung gelangten, die das Maximum nicht überschritten. Um bei dem Wechsel der Gesellen, der bei dem sehr lockeren Bande zwischen Meister und Gesellen häufig vorkam, eine wirksame Kontrolle dieser Vorschrift zu erreichen, war jeder Meister gehalten, dem Obermeister alle 14 Tage eine richtige Specification der bei ihm in Arbeit stehenden Gesellen zu übergeben; Zuwiderhandlung wurde streng geahndet<sup>2</sup>.

Am 7. Dezember 1686 wurde die zulässige Zahl der Gesellen allgemein auf 12 erhöht und erst deren Überschreitung von der Erlegung von je 6 Pf. abhängig gemacht. Die aus diesen Zahlungen sich ergebenden Beträge, die sich als eine Ablösung für die Verletzung des principiell gleichen Rechts aller Meister auf die vorhandene Arbeit darstellen, wurden unter die „armen“ Meister, (das sind solche, welche nicht über 4 Gesellen beschäftigten), nach Proportion<sup>3</sup> geteilt, während Meister mit mehr als 4 Gesellen von dem Genuße ausgeschlossen waren.

<sup>1</sup> Es beschwerten sich die Meister beim Rat öfters darüber, daß die Gesellen gerade dann, wenn sie Arbeit übernommen hätten, die Stadt verließen.

<sup>2</sup> So wird nach Zunftbuch III S. 320 f. ein Meister mit einer Strafe von 40 Thalern belegt und ihm gleichzeitig eröffnet, daß er bei Entrichtung von 12 Thalern in die Innungslade fernerhin 12 Gesellen halten dürfe — eine Vergünstigung, die sich keineswegs auf künftige Meister erstrecken sollte.

<sup>3</sup> Ein Meister ohne Gesellen erhielt sechsmal soviel, als der mit vier Gesellen, von jedem Thaler der Strafen also:



Ein kurfürstliches Dekret vom 10. Mai 1723 bestimmte endlich, daß es bei den Vergleichen zwischen dem Maurer- und Zimmerhandwerk vom 1. November 1672 und 7. Dezember 1686 sein Bewenden haben, und jeder Meister statt vordem von 10 bez. 12 nunmehr von 15 Gesellen den ganzen Meistergroßchen nehmen dürfe, von denjenigen aber, die er über 15 (ausgenommen bei Ratsbauten) bingen würde, nach Inhalt vorgedachter Vergleiche 6 Pf. in die Lade zu entrichten und dem Obermeister monatlich eine richtige Gesellenrolle einzureichen habe.

Erst seit dem Jahre 1826 ist die Zahl der Gesellen jedes Meisters unbeschränkt.

Der Meister durfte anfangs nur einen Lehrling auf einem Bau haben und, da er nur zwei Gebäude gleichzeitig übernehmen durfte, im ganzen nicht mehr als zwei Lehrlinge<sup>1</sup>. Im Jahre 1733 wurde aber den Meistern gestattet, einen zweiten Lehrling aufzubingen, nachdem der erste 1½ Jahre gelernt hatte; im Jahre 1822 führte man, mit Rücksicht darauf, daß die Landmeister eine große Menge Lehrlinge hielten, das sog. Aufbingen der Lehrlinge auf das Handwerk ein, um auf diese Weise zunächst wenigstens zwei Lehrlinge gleichzeitig bei einem Meister lehren zu können, und im Jahre 1834 einigten sich die Maurermeister dahin, die Zahl der Lehrlinge jedes Meisters auf 3 zu erhöhen; 1836 richteten sie sogar an den Rat das Gesuch um Erhöhung der Zahl der Lehrlinge auf 5 unter Hinweis auf die Vermehrung der Bauten und insbesondere die Überlegenheit der Landmeister<sup>2</sup>, die 16 ja 20 Jungen aufnahmen. Infolge der bisherigen Beschränkung auf 3 Lehrlinge mußten die städtischen Meister einen großen

ein Meister ohne Gesellen 8 Gr. 2 Pf.

" " mit 1 " 6 " 4 "

" " " 2 " 4 " 9 "

" " " 3 " 3 " 3 "

" " " 4 " 1 " 6 "

<sup>1</sup> Altk. die Maurerinnung betr. 1550—1836, Vol. I, LXIV, 99 Art. 2.

<sup>2</sup> Auch die Bauhandwerker fürchteten nichts mehr als die Konkurrenz der Dorfhandwerker. Dieser gewerbliche Kampf der Stadt mit dem Lande wurde immer hitziger und unerquicklicher. In den Läden der Zimmerleute speciell finden sich viele Akten hierauf bezüglicher Prozesse. Als man sah, daß man mit der größten Strenge nicht viel ausrichtete, suchte man die Dorfmeister von der Innung abhängig zu machen und ihnen gegen kleine Vergünstigungen große Beschränkungen aufzuerlegen — sog. Landmeisterverträge, wie sie alle Innungen schlossen, die für die nötigsten Lebensbedürfnisse sorgten. Wie mit den Dorfhandwerkern, so rangen die Innungen der Handelsstadt auch mit den Handwerkern in den benachbarten kleinen Städten. Weil die Dorfhandwerker weniger Abgaben hatten, billiger wohnten und lebten, so ersetzten sie durch Billigkeit, was ihrer Arbeit etwa an Güte abging.



Teil der sich zur Aufnahme meldenden zurückweisen, die sich dann an die Innungen der kleinen Städte als Taucha, Rötha, Brandis, Zwenkau, Pegau wandten, wo sie ohne weiteres Lehrmeister fanden. Der Rat genehmigte das Gesuch durch Festsetzung des gewünschten Maximums von 5 Lehrlingen.

Auch die Zahl der Helfer war beschränkt: auf je 2 Gesellen durfte der Maurermeister nur einen Helfer halten.

Durften so die Baugewerksmeister gleich beliebig viele oder doch ungleich mehr Arbeitskräfte vereinigen, als alle anderen Handwerksmeister, so war doch dem Produktionsquantum die feste Schranke und das begrenzte Maß, durch die, wie es scheint, allgemeine<sup>1</sup> Vorschrift gegeben, daß sie „nicht mehr als zwey Gebeude zu gewöhnlicher hand-Zeit verweisen“ sollen. Zudem stand ja der Meister wie der Geselle im gleichen direkten Lohnverhältnis zum Bauherrn, für das bestimmte durch Landes- und Tagordnungen bez. durch den Rat<sup>2</sup> festgesetzte Lohnsätze hergebracht waren. Es ist für das Bestreben, die Gleichheit des Arbeitsertrages herbeizuführen, sehr charakteristisch, daß die Meister des Baugewerbes den Preis des Produktes, d. i. der

<sup>1</sup> Schönb erg, Deutsches Zunftwesen, Hildebr. Jahrb. Bd. IX S. 106 f.

<sup>2</sup> So auch in anderen Ländern; in England z. B. setzte das Statut für Maurer, Zimmerleute und andere Bauhandwerker ebenfalls bestimmte Löhne fest. Im Anfang des 16. Jahrh. unter König Heinrich VIII. finden wir eine Parlamentsakte, die den Lohn und die sonstigen Arbeitsbedingungen bis ins kleinste regelt. Vgl. Lotichius, Über Einigungsämter und gewerbliche Schiedsgerichte, S. 2. — Im allgemeinen ist die sociale Stellung des Gesellen des Bauhandwerks mit der zünftigen Organisation aufs engste verwachsen. Das Baugewerbe ist dasjenige Gewerbe, bei dem in den einzelnen Städten die verschiedensten Verhältnisse obwalteten. In Nürnberg z. B. traf die Maßregeln im Baugewerbe nur die städtische Behörde, daher die geringe Verschiedenheit zwischen Meister und Gesellen, beide waren selbständig und standen unter unmittelbarer Herrschaft des Rates. Die Satzung, daß kein Meister ohne Erlaubnis des Rates im Sommer außerhalb der Stadt arbeiten soll, bei Strafe zweijähriger Verbannung, und die für Gesellen und Meister fast gleiche Löhnung zeigen eine solche Unterordnung selbst der Meister an, daß von einer Abscheidung der Gesellen keine Rede sein kann, um so weniger, als dem Zuzug fremder Gesellen ein Hemmschuh dadurch angelegt war, daß die Meister keinem fremden Gesellen über acht Tage Arbeit geben und stets den einheimischen dem fremden vorziehen sollten. Die Arbeitsvermittlung wird durch den Meister besorgt; eine dritte, unparteiische Behörde regelt alles. Etwas anders scheint das Verhältnis in Danzig gewesen zu sein, wo die Meister und Gesellen selbständiger und enger verbunden auftraten. Die Maurer (Meister und Gesellen) stifteten ein gemeinsames Seelgerät (1388) und vereinbarten eine genossenschaftliche Ordnung, die nur die religiösen Interessen berücksichtigte. Wieder anders war es in Wien, wo die Maurer und Zimmerleute regelrechte Zünfte bildeten. Vgl. Schanz, Zur Geschichte der Gesellenverbände, S. 67.



Spezifikation des ihnen gelieferten Stoffes, nicht mit den Konsumenten in freier Konkurrenz vertragsmäßig festsetzen, sondern die Arbeit aller, der Meister wie Gehilfen, nach der Zeit bezahlt und dieser Tagelohn durch bindende Bestimmungen für Meister, Gesellen, Lehrlinge und Helfer festgesetzt wurde. Der einzelne Meister konnte nicht mehr als seinen Tagelohn verdienen, und die Gesellen, Lehrlinge und Helfer empfangen voll und ganz<sup>1</sup> den für sie gesetzten und vom Bauherrn zu zahlenden Lohn. Bei Vermeidung ernstlichen obrigkeitlichen Einsehens war der Meister unnachsichtlich verbunden, dem Bauherrn keinen höheren Lohn anzurechnen und von ihm zu erheben, als er selbst den Gesellen nach Abzug des sog. Meistergroßschens<sup>2</sup>, des Tributs für Haltung der Geräte, Leitung und Beaufsichtigung des Baues, wirklich ausbezahlte. Soviel Gesellen der Meister beschäftigte, soviel Großschen hatte er täglich; die Möglichkeit eines unverhältnismäßigen Verdienstes war also ausgeschlossen; denn hätten die Gesellen einen aus ihrer Mitte als Leiter und Weiser angestellt, so würde dieser schwerlich mit einer geringeren Summe zufrieden gewesen sein. Der Bauherr bezahlte den Maurer- und Zimmermeister gegebenenfalls noch für den Entwurf und für die Bestellung der Materialien, falls er sie nicht selbst lieferte, und „wenn ein Meister ein schrotfegen und eßliche Klammern hält, bekommt der dafür seinen vollkommenen Lohn. Item so der Meister mit schrauben arbeit oder ein Riemen, darzu er Seil und kloven haben mus, aufzeichet, mus Ime der Bauherr sein Zeug wol verlönen; der Meister darff es von unserem (der Gesellen) lon nicht nehmen“<sup>3</sup>; für die Bauleitung aber bekamen sie vom Bauherrn unmittelbar gar nichts.

Die Annahme von Bedingungen ist den Meistern nur als Ausnahme gestattet; „doch sollen sie sich dabei nicht übereilen, sondern den Anschlag eines Baues, den ein Bürger zu verfertigen fürhabens, nicht obenhin und nicht in windt und kaum auf halben Teil der Unkosten sondern treulich, fleißig und mit gutem Bedacht machen, damit die Bürgerschaft und sonderlich diejenigen, die zuvor des Bauens nicht gepflogen, nicht verführet und Ihnen, wenn das alte Gebend eingerissen und sie also mit dem Bauen notwendig verfahren müssen, schaden verursacht werden möge“<sup>4</sup>. Die in den

<sup>1</sup> Zunftbuch IV Art. 14 S. 147b f.

<sup>2</sup> Zunftbuch I S. 139: „weil die Meister den Gesellen die gebende anweisen zulegen und dazu viel Zeugs . . . vorhalten müssen Sollen die Meister ein jeden gesellen Sommer und Winter Zeiten mer nicht denn jede wochen ein groschen von Irem lohn vor Abnutzung des Zeugs abrechnen und inne behalten.“

<sup>3</sup> Zunftbuch I S. 128.

<sup>4</sup> Ordnung vom 28. Februar 1631, Art. 13, auch Zunftbuch III S. 245.



Polizei-, Landes- und Tagordnungen festgestellten Lohnsätze sollen ihnen dabei als Norm dienen<sup>1</sup>. Doch kann die Accordarbeit nicht sehr verbreitet gewesen sein; so kennt die kursächsische Tagordnung von 1623 in ihrer unendlich breiten Ausführlichkeit nur Tagelohnsätze für Meister wie für Gesellen<sup>2</sup>, und Vergius<sup>3</sup> empfiehlt zwar unter Erwähnung preußischer Reglements die Accordarbeit bei Bauten, betrachtet aber doch die Bezahlung der Meister im Tagelohn als das Gewöhnliche. Im Gegensatz zu den Zimmerleuten, Maurern und Steinmetzen bemerkt er, pflegten die Glaser, Schlosser und Klempner bei den Bauten nicht auf Tagelohn, sondern nach dem Verdinge oder stückweise zu arbeiten.

Die ursprüngliche Gleichheit der Gesellen und Meister zeigt ihre Überbleibsel später noch in der Erscheinung, daß auch Gesellen wenigstens einige Teile der Meisterarbeit selbständig übernehmen durften. Dies war um so eher angängig, als der Meister, dessen Verdienst im Tagelohn bestand, wenn er selbst hinreichend beschäftigt war, kein Interesse hatte, den Gesellen nicht auch selbständig arbeiten zu lassen. Und da auch die Gesellen selbst einen Teil des Werkzeuges besaßen, gab es kaum ein sachliches<sup>4</sup> Hindernis für sie, solche Kundenarbeit anzunehmen, für die ihr Werkzeug ausreichte. „Es soll kein Meister seinen Gesellen auf Arbeit zu gehen erlauben, es habe denn der Bauherr den Meister selbst darum angesprochen, . . . damit nicht die Gesellen ursach nehmen zu stören und den armen Meistern das Brot von dem Munde abzuschneiden“; auch „soll kein Maurergeselle, er sei fremder oder einheimischer, keine Beyearbeit, sie betreffe viel oder wenig, für sich dinge doch dergestalt, daß den Meistern alsdann unbenommen sein soll, solche Arbeit durch ihre Gesellen, sie seien fremde oder einheimische zu verrichten“<sup>5</sup>. Aber, so heißt es weiter, „es haben die Meister gleichwohl aus gutwilligkeit bewilliget und nachgelassen, daß die Gesellen beyarbeit dinge und verfertigen mögen, jedoch daß das ganze Werk solcher

<sup>1</sup> Zu den ältesten Accordsätzen gehört die Bestimmung, daß die Zimmerleute von einer „gesehten schrauben“, sie stehe lang oder kurz, nicht mehr als drei Groschen nehmen sollen (1544).

<sup>2</sup> Münch-Mandat und Tagordnung nachdem sich männiglich in diesem Churfürstenthumb achten und richten soll. Leipzig 1623, S. 265–269.

<sup>3</sup> a. a. D., Bd. I S. 217 f.

<sup>4</sup> Bücher, Handw. d. Staatsw. Bd. III S. 934.

<sup>5</sup> Der Maurer neugesetzte Handwerks-Ordnung 1599, mit Zusätzen 1691, Art. 6.



bearbeitet sich über 12 Gr. nicht erstrecke und austrage und dann das die Gesellen die bearbeit zwischen den Arbeitsstunden gar nicht, sondern allererst, wenn sie ausn abent nach fünff Uhr abgangen, fürnehmen sollen". Diese Vergünstigung wird im Art. 14 ausdrücklich den einheimischen<sup>1</sup> Gesellen bewilligt, „weil sie in Kriegs-, Feuers und anderen schlechten Zeiten Gutes und böses zugleich bei unserer Stadt ausstehen müssen, dahingegen die fremden Gesellen alsdann weg wieder fortgehen.“ Jedoch „soll kein Maurergeselle irgend einen Bau oder eine Reparatur und Bauveränderung weder auf Alford noch für Tagelohn jemals annehmen dürfen, wobei Feuerstätten neu angelegt, verlegt oder verändert oder sonst etwas haupts verändert wird, weder in der Stadt noch Stadtweichbild noch in den Vorstädten.“

Ähnlich sind die Bestimmungen für die Zimmergesellen: „Es soll kein Geselle wer der auch sei, einig gebeude, es sei groß oder klein auch kein flickwerk dingen noch verfertigen, sondern solches allein dem Meister gebühren und zustehen“<sup>2</sup> und es „soll kein Meister seinem Gesellen wissentlich verstaten, nachsehen und vorhangen, daß Er bei ihme in seiner Werkstatt oder auch in anderen Häusern Puscherei treibe.“ In den Zimmerhandwerks-Innungsartikeln von 1680, Nr. 4 wurde jedoch auch den Zimmergesellen erlaubt, „einige Winkel-Werkstatt“ für sich „über einen halben Thaler“ anzunehmen und zu halten. In einem Zunftbuch endlich heißt es: „Insonderheit können wir unseren Gesellen die Storarbeit nicht verbieten, das oft einer eine halbe Stunde oder mer verseumet oder daß er desto eher von der Arbeit gehet und eilet oder auch darum einen guten montag macht, dadurch dan auch den Hern die Arbeit verseumet wird, das sie zur storarbeit warten“, und ebenda: „Item so ist zuvor hie auch anderswo die gewohnheit gewesen so ein armer Bürger etwas zu flickenn gehabt hat, es Ime ein gesel auf ein abent oder sonsten bey seiner weil machenn mügenn sonder wollen“.

So konnte das mittelalterliche Baugewerbe, entsprechend seiner Natur als temporäre Arbeitsvereinigung, nur künstlich dem sonst bei den Handwerken üblichen Arbeitsverhältnis angegliedert werden.

<sup>1</sup> Der Unterschied zwischen einheimischen und fremden Gesellen wurde aufgehoben durch die Special-Innungs-Artikel von 1832, Art. 36. Vgl. auch Zunftbuch IV S. 137.

<sup>2</sup> Zimmer-Handwerks-Ordnung vom 10. Juli 1598, Art. 4.



## B. Die neuere Entwicklung.

### 1. Der Architekt.

Dem mittelalterlichen Bauwesen war die Unterscheidung zwischen Baumeister und Bauhandwerksmeister fremd; sie hat erst im 15. und 16. Jahrhundert ihren Anfang genommen und ist auch heute noch nicht völlig durchgedrungen.

Am deutlichsten können wir die allmähliche Scheidung im Leipziger Bauwesen<sup>1</sup> verfolgen. Dieses bietet in der älteren Zeit nur ein mäßiges Interesse; hat doch die Stadt, fort und fort von Kriegsdrangsalen heimgesucht, jederzeit Ursache gehabt, mit ihren Mitteln möglichst hausälterisch umzugehen. Diese Lage spiegeln ihre ältesten öffentlichen Bauten wieder. Die Stadt trug in dieser Zeit noch ein durchaus landwirtschaftliches Gepräge: die meisten Einwohner waren Ackerbürger, und dem entsprechend bildeten die städtischen Grundstücke (am Markt und in den Hauptstraßen) stattliche Höfe mit Wohnhäusern, Ställen und Vorratsräumen. Auch die Bauten aus dem Ende des 15. und Anfang des 16. Jahrhunderts bieten kein großes architektonisches Interesse; es sind samt und sonders schlichte, handwerksmäßige, völlig schmucklose Fach- und Backsteinbauten<sup>2</sup>.

Die Pleißenburg und das Rathaus sind um die Mitte des 16. Jahrhunderts entstanden, und im Zusammenhange mit diesen wichtigsten Bauten tritt uns zum erstenmal die greifbare Persönlichkeit eines Baumeisters entgegen: Hieronymus Lotter<sup>3</sup>, der Schöpfer der Pleißenburg und des Rathauses, von Profession Kaufmann, daneben aber, wie der Leipziger Chronist Schneider schreibt, „ein in der Architektur und Baukunst wohlverfahrener und geübter Mann“. Über seine Thätigkeit besitzen wir einen von ihm selbst herrührenden Bericht, den er im Jahre 1575 gelegentlich einer Ausbesserung am Rathhausturme im Turmkopfe niederlegen ließ. Um die Aufzeichnung Lotters zu verstehen, bedarf es einiger Kenntnisse der Entwicklungsgeschichte des Leipziger Bauamts.

Das Amt des Leipziger Stadtbaumeisters (Baudirektors) hat sich im

<sup>1</sup> Vgl. Wustmann, a. a. O., S. 1 ff.; derselbe in „Leipzig und seine Bauten“, (herausgegeben von der Vereinigung Leipziger Architekten und Ingenieure) Leipzig 1892, S. 92 f.

<sup>2</sup> Was das Baumaterial betrifft, so kennt auch die Renaissance in Leipzig nur verputzte Backsteinbauten, Fenster- und Thüreinsassungen, Säulen und Pilaster: Simse und Frieße wurden in der Regel aus rothlicher Steine gearbeitet.

<sup>3</sup> Vgl. über ihn Wustmann, Der Leipziger Baumeister Hieronymus Lotter, Leipzig 1875.



Laufe von vier Jahrhunderten aus einer anfangs sehr untergeordneten, später immer wichtiger, umfangreicher und vielseitiger werdenden amtlichen Thätigkeit entwickelt, aus der des „Vogts“. Ein Baudirektor ist in Leipzig zuerst im Jahre 1781 angestellt worden. Seine Amtsvorgänger hatten den Titel „Obervoigt“ geführt. Neben dem Obervoigt gab es nicht etwa einen ständigen Untervoigt, sondern das „Ober“ wurde nur hinzugesetzt, wenn der Vogt einmal gelegentlich zur Bewältigung der Geschäfte einen Gehilfen bekam und war ihm dann geblieben, auch wenn der Gehilfe wieder wegfiel. Der Vogt läßt sich bis in den Anfang des 16. Jahrhunderts zurückverfolgen. In den Stadtrechnungen findet sich unter den Konten, in denen die Wochenlöhne für die beim Bauwesen beschäftigten Arbeiter und Handwerker (Maurer, Zimmerer, Ziegelstreicher u. a.) verzeichnet sind, von Anfang auch das regelmäßig wiederkehrende Konto „dem Sandwerfer und seinen Helfern“. Die Beschäftigung dieser Leute bestand, wie der Name sagt, vor allem darin, in der Sandgrube den Sand durch das Gitter zu werfen; aber sie wurden auch zu allerlei anderen Arbeiten verwendet<sup>1</sup>. Es waren also Tagelöhner, die zu allen möglichen Verrichtungen benutzt wurden, und der Sandwerfer stellte die Leute an und vermittelte die Auszahlung ihres Lohnes; er war sozusagen der Obertagelöhner.

Im Jahre 1504 erscheint nun neben dem Sandwerfer in demselben Konto zum erstenmal der „Voit“ als Aufseher und Ansteller der Tagelöhner, und aus diesem Voit entwickelte sich allmählich der Stadtbaumeister, indem er seinen Geschäftskreis immer mehr erweiterte und in immer engere Beziehungen zu den Ratsherren trat, die jeweilig das Bauwesen der Stadt zu leiten hatten.

Seit der Mitte des 14. Jahrhunderts schon gab es in Leipzig ein aus drei Abteilungen bestehendes Ratskollegium. Jedes Jahr war eine dieser drei Abteilungen im Amte; diese hieß der „sitzende Rat“, die beiden anderen der „ruhende Rat“. Jedes im Amt befindliche Ratsdrittel bestand, wenigstens im 16. Jahrhundert, in der Regel aus 12 Mitgliedern. Unter diesen war der regierende Bürgermeister, zwei hießen Baumeister, die übrigen waren bloße Ratsherren. Der Titel „Baumeister“ bezeichnete in der Staffel der Ratsmitglieder eine Zwischenstufe; beim Aufsteigen wurde man gewöhn-

<sup>1</sup> Sie mußten Holz legen, Pfähle stoßen, den Markt kehren, Heu abladen, den Damm füttern, am Graben bessern, im Zwinger aufräumen, Ziegel legen, Sand führen, Korn aufziehen, Korn messen, Leim hauen (Lehm abstechen), eine Mauer abtragen, den Teich eisen, Scheite schlagen (Holz hacken), in der Messe „aufbuden“ und „abbuden“, nach Erbauung des Gewandhauses auch Gewand aufziehen, nachts im Gewandhause wachen u. s. w.



lich erst Baumeister und dann Bürgermeister; manche übersprangen aber auch diese Stufe. Diese Ehrenstellen erklären die zunächst auffällige Tatsache, daß die Leipziger Adreßbücher aus dem vorigen Jahrhundert, wie sie seit 1701 unter dem Titel „Das jetzt lebende Leipzig“ bestehen, eine so große Zahl von Baumeistern der Stadt aufweisen.

Der Titel bezeichnete aber auch ein bestimmtes und zwar sehr vielseitiges Amt: die Baumeister hatten alles zu besorgen, was sich auf Erbauung, Pflege, Benutzung und Verwertung der im Gemeinbesitz befindlichen Gebäude und überhaupt auf die Verwaltung der liegenden Güter der Stadt bezog; aber an architektonische Aufgaben war dabei nicht zu denken<sup>1</sup>. Hingegen war der Vogt Leiter der Baubefichtigungs- und Bauabschätzungskommission; er hatte die Aufsicht über das Feuerlöschgerät, über die Wasserleitung („Röhrenfahrt“, wie man damals sagte), die Ziegelscheunen, die Mühlen und Wehre, die Teiche und den Stadtgraben; er verwaltete den Friedhof; er hatte sich um die wüstliegenden Brandstätten zu kümmern (unmittelbar nach dem 30jährigen Kriege keine geringe Aufgabe!); er hatte ferner für die Straßen und Brücken zu sorgen. Endlich lag auch die Baupolizei in seinen Händen: dem Vogte mußte Anzeige erstattet werden beim Abreißen alter Gebäude, beim Aufheben der Schwellen und Anlage von Waschfesseln, Branntwein- und anderen Brenn-, Blasen-, Feuer-, Herd-, Back- oder anderen Öfen, Essen und anderen Feuerstätten.

Daß er damals schon die Aufgaben eines Baumeisters im heutigen Sinne zu erfüllen hatte, ist zweifellos; wenn er zu notwendigen Bauten oder Umbauten die Anschläge zu machen hatte, so mußte er natürlich auch die Pläne entwerfen.

Daß ein so vielseitiges Amt je länger je weniger von einem einzigen Manne bewältigt werden konnte, liegt auf der Hand. Durch das ganze 18. Jahrhundert drängt es denn auch wie mit innerer Notwendigkeit nach einer Umgestaltung derart, daß die Aufgaben des Architekten mehr in den Vordergrund, die des Baumeisters mehr zurücktreten oder noch lieber ganz abgetrennt würden. So oft es erledigt ist, bewerben sich zwar Leute mit der verschiedenartigsten Bildung darum, aber es sind stets eigentliche Architekten darunter, denen es augenscheinlich vor allem um die künstlerischen Aufgaben des Amtes zu thun war. Aber erst in unserem Jahrhundert wurde mit dem Herkommen gebrochen und das Amt in dem angedeuteten Sinne umgestaltet;

<sup>1</sup> Über jene Titularbaumeister bemerkt die in Form eines Wörterbuches verfaßte Spottschrift „Leipzig im Profil“ (1799) mit einem unverkennbaren Seitenhieb auf die öffentlichen Gebäude der Stadt: „Baumeister, Eine obrigkeitliche Person, Von Bautunft oder Bauwesen ist die Rede gar nicht“.



selbst der erste Baudirektor von 1781 war im Grunde immer noch der alte Obervogt, nur unter neuem Titel.

In der Mitte des 16. Jahrhunderts, als das Rathaus gebaut wurde, kann noch keine Rede davon sein, daß der Vogt die Thätigkeit eines Baumeisters gehabt hätte; damals war er nur ein Bauaufseher. Der eigentliche Baumeister des Rathauses war, wie bemerkt, Hieronymus Lotter; in der angeführten Urkunde hebt er ausdrücklich hervor, daß er seine Bauten „ohn einigen Beistand außerhalb der Werkleut“ aufgeführt habe. Freilich darf man bei den Baumeistern der alten Zeit nicht an Architekten denken, wie sie heute aus Baugewerkschulen und Polytechniken hervorgehen; es waren Männer aus ganz anderen Berufskreisen, namentlich Geschäftsleute, die sich nebenbei der Baukunde gewidmet hatten, wohl imstande, einen Bauplan in allgemeinen Zügen zu entwerfen, vielleicht auch eine Skizze zu zeichnen, vor allem die Baukosten zu berechnen, schließlich, wenn es zur Ausführung kam, auch die oberste Leitung in der Hand zu behalten; aber die unmittelbare Leitung, die Anfertigung genauerer Zeichnungen, die Bestellung des Baumaterials, die Beaufsichtigung der Arbeiter blieb anderen Kräften überlassen, dem Vogt und den ausführenden Gewerken. Der Rat hatte einen fest angestellten Ratsmaurer und Ratszimmermann, die ihren bestimmten Wochenlohn erhielten (in der Mitte des 16. Jahrhunderts einen Gulden) und die, wenn auch nicht ausschließlich, so doch in erster Reihe an den Ratsbauten beschäftigt wurden.

Möglich, daß sich unter den Mathematici und Zeichenmeistern, oder, wie sie später gruppiert werden, den Mathematici und Mechanici, welche die Leipziger Adreßbücher jener Zeit nennen, auch einzelne Baumeister verstecken. Die Baukunst erscheint als ein Zweig der Mathematik<sup>1</sup>. Ohne Zweifel war auch Kenntnis der Architektur vielfach durch Reisen und Studium unter den Bornehmen als Liebhaberei verbreitet, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Bauherren oft selbst die Pläne entworfen und ausgezeichnet haben, welche die Baugewerken dann nur ausführten. Die öffentlichen Bauten entstanden vielfach auf diese Weise<sup>2</sup>.

Aber man zog auch auswärtige Kräfte herbei, z. B. aus Dresden; im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts tritt häufig ein Dresdener Maurermeister Fuchs auf.

<sup>1</sup> 1717 z. B. steht unter den Mathematici ein Friedrich Häffner mit dem Zusatz verzeichnet, „ist besonders in architectura civili berühmte“.

<sup>2</sup> Disettierende Architekten waren z. B. die Gebrüder Bode: Georg Bode entwarf als Ratsherr um das Jahr 1700 eigenhändig die Pläne zu dem neu zu erbauenden Georgenhaufe.



Noch zu Anfang unseres Jahrhunderts gehörte die Zuziehung eines Architekten bei Privatbauten zu den seltenen Ausnahmen, und erst allmählich mit der Ausbreitung des mehr Sachkunde erfordernden Stodwerkbaues, mit dem Steigen des Wohlstandes und der allgemeinen Lebensansprüche gewann seine Zuziehung immer mehr Eingang. Um die Mitte dieses Jahrhunderts wurde er dagegen ein regelmäßiger Faktor im Baugewerbe, das durch ihn eine gewaltige Umgestaltung erlitt. Seine Aufgabe<sup>1</sup> wurde die Erfindung des Bauplanes, die Leitung, Kontrolle und schließliche Revision seiner Ausführung durch die Bauhandwerksmeister, die Aufstellung des Kostenanschlages, ferner in der Regel auch die Vermittlung der Vertragschlüsse zwischen dem Bauherrn einerseits und den Handwerksmeistern und Lieferanten andererseits, die gelegentliche Kassenverwaltung eingeschlossen. Bei großen, namentlich öffentlichen Bauten, teilt sich diese Arbeit zwischen der Oberleitung (dem Baudirigenten) und dem ihr untergeordneten Bauleiter: dem ersteren fällt die Erfindung des allgemeinen Bauplanes ausschließlich der Detailzeichnungen, die Aufstellung des Kostenanschlages, die alleinige Zuständigkeit für wichtigere Entscheidungen und Revision der vom Bauleiter getroffenen minder wichtigen Entschlüssen, diesem das übrige zu. Beide Organe haben möglicherweise ein zahlreiches Bureaupersonal zur Verfügung. Der Bauleiter (Baumeister) pflegt sich überdies durch einen jüngeren Architekten (Bauführer) sowie durch subalterne Bauaufseher auf dem Bauplatze vertreten zu lassen. Mitunter bedient sich der Bauherr für den Verkehr mit der Oberleitung eines sachverständigen Beirates. Diese Vielheit von Personen wird bei mittelgroßen Bauten durch die eine Person des Architekten ersetzt.

Als Werttaxe für architektonische Leistungen haben die deutschen Architektenvereine nach mehrjährigen Vorbereitungen auf Grund der vom Berliner Verein gemachten Vorschläge im Jahre 1868 einen Normaltarif in Prozenten der Bausumme ausgearbeitet, dessen usancemäßige Gültigkeit nach anfänglichem Sträuben seitens der Gerichte zuerst im Jahre 1872 vom Berliner Kammergericht und seitdem häufiger anerkannt wurde. Dieser prozentuale Berechnungsmodus involviert, ähnlich wie bei ärztlichem Honorar, eine schwere Belastung der vermögenderen Kunden und könnte selbst die rein sachlichen Motive des den Bauanschlag aufstellenden Architekten trüben, böte nicht die Standesehre des Architektenstandes und die eingewurzelte Tradition, des Bauherrn Partei gegen die Ansprüche der Handwerker zu verteidigen, hier-

---

<sup>1</sup> Vgl. darüber Didenberg, a. a. O., S. 8.



gegen einige Garantie<sup>1</sup>. Überdies ist der Mißstand einigermaßen gemildert durch die Abstufung der Prozentsätze in 9 Klassen nach der Höhe der Bau-  
summe und zwar:

Klasse	Bausumme	Klasse	Bausumme
I.	2 400— 6 000 Mk.	VI.	72 000—120 000 Mk.
II.	6 000—12 000 =	VII.	120 000—300 000 =
III.	12 000—24 000 =	VIII.	300 000—600 000 =
IV.	24 000—48 000 =	IX.	über 600 000 =
V.	48 000—72 000 =		

Daneben findet eine Abstufung nach dem architektonischen Charakter des Bauwerkes in 5 Klassen statt: „Gebäude in ländlicher Ausstattung“, in „bürgerlicher“, in „herrschaftlicher oder monumentaler“, in „fürstlicher Ausstattung“ und „Dekorationen“, so daß 45 Stufensätze gebildet werden und zwar in den genannten 5 Klassen nach der Reihe in der I. Bauklasse, wie folgt:

Bezeichnung der Leistung	K l a s s e								
	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX
Skizze . . . . .	0,7	0,6	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3	0,25	0,2
Entwurf . . . . .	1,0	1,0	0,9	0,8	0,7	0,6	0,5	0,4	0,4
Arbeitsrisse und Details . . . . .	1,0	1,0	0,9	0,8	0,7	0,6	0,55	0,5	0,4
Kostenanschlag . . . . .	0,6	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,3	0,25	0,2
Ausführung . . . . .	1,2	1,1	1,0	1,0	0,9	0,8	0,7	0,6	0,6
Revision . . . . .	0,5	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3	0,25	0,2	0,2
Zusammen	5,0	4,6	4,2	3,8	3,4	3,0	2,6	2,2	2,0

Dies ergibt für die I. Bauklasse 2—5 0/0; in der II. Bauklasse sind an-  
gesetzt 3—6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> 0/0, in der III. Bauklasse 4—8 0/0, in der IV. Bauklasse  
5—9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> 0/0, in der V. Bauklasse 6—11 0/0: jeder einzelne der 45 Stufen-  
sätze ist durch Summierung von 6 Posten gewonnen.

Für einzelne Arbeiten in oder außer dem Hause, wie Gutachten,  
Taxationen, Lokalbesichtigungen, Abnahmen u. dgl. werden Tagegelde ver-  
rechnet und zwar für <sup>1</sup>/<sub>2</sub> Tag zu 4 Arbeitsstunden mindestens 12 Mk., für  
1 Tag zu 7 Arbeitsstunden mindestens 21 Mk., für 2 und 3 Tage und  
darüber zu je 7 Arbeitsstunden mindestens 18 Mk. Für den Zeitaufwand  
bei Reisen im Interesse von Arbeiten, die dem Architekten nach der Tabelle

<sup>1</sup> Freilich sollen einige Baumeister und Architekten ihre Pflichten weniger streng  
ansetzen und sich seitens der Meister, die sie ihren Bauherren empfehlen, recht lukra-  
tive Anerbietungen machen lassen.



vergütet werden, hat er die Hälfte vorstehender Tagegelber zu verrechnen. Für Reisekosten sind die baren Auslagen zu ersetzen, wobei die Zehrungskosten pro Tag mit  $7\frac{1}{2}$  Mk., pro Nacht mit  $4\frac{1}{2}$  Mk. angesetzt werden dürfen. Abschlagszahlungen sind während des Baues nach Verhältnis seiner Fortschritte und der obigen Sätze jederzeit an den Architekten auf Verlangen zu zahlen, der Rest nach Abschluß sämtlicher übernommenen Leistungen<sup>1</sup>.

Der nur handwerksmäßig gebildete Bauhandwerksmeister, Maurer-, Zimmermeister u. s. f., praktisch ausgebildet als Handwerkslehrling und Geselle, theoretisch in der Baugewerkschule oder an deren Stelle im Bureau des Architekten, liefert auf eigene Rechnung die erforderlichen Gerüste und Gerätschaften, sowie etwa noch die der Ausführung unmittelbar dienenden Zeichnungskopien und Detaillierungen, beaufsichtigt die Arbeit mit primärer Verantwortlichkeit für die solide Ausführung des vom Architekten Angeordneten und übernimmt mindestens die Auszahlung des Arbeitslohnes; gewöhnlich ist jedoch sein Geschäftskreis weiter ausgedehnt. Während in früherer Zeit der Bauherr seine Baumaterialien immer selbst besorgte, fällt jetzt dieses Geschäft fast regelmäßig dem Bauhandwerksmeister zu. Viel wichtiger ist die analoge Entwicklung, daß, während ursprünglich Meister und Gesellen im gleichmäßigen direkten Lohnverhältnis zum Bauherrn standen, und letztere dem Meister für Benutzung der von ihm gestellten Gerätschaften den Meistergrotschen abgaben, zwar auch jetzt noch der Meister nur den Vorschuß oder die Auszahlung des Gesellenlohnes übernimmt, der Geselle aber sich in einen Lohnarbeiter des Aufsicht führenden Meisters verwandelt hat. Der Meister schließt so als Arbeitgeber mit dem Bauherrn unter Vermittlung des Architekten einen umfassenden schriftlichen und häufig sehr detaillierten Baukontrakt, mit jedem seiner Gesellen und sonstigen Arbeitern gewöhnlich unter Vermittlung eines Poliers einen mündlichen Arbeitskontrakt. Nur für kleinere und einfachere Bauten übernimmt der Maurer- oder Zimmermeister zugleich die Rolle des Architekten, auch wenn er nicht auf den Rang eines Baumeisters Anspruch erhebt.

Je mehr aber der Meister hinter den Kapitalisten zurücktritt, je mehr seine handwerksmäßige Tätigkeit auf Untergebene abgewälzt wird, um so näher liegt es dem Architekten oder Baumeister, eine mehr oder weniger entbehrlich gewordene Mittelsperson von ihrem Plage zu verdrängen und

---

<sup>1</sup> Vgl. Mothes, a. a. O., Bd. III S. 55 ff. — Die deutschen Architektenvereine arbeiten übrigens schon seit längerer Zeit an der Abänderung des Tarifes, mit der Tendenz, ihn zu erhöhen.



ihren Verdienst an sich zu ziehen, um so greifbarer tritt ein Interesses-  
gegensatz beider Stände ans Licht.

Die Zahl der Architekten hat denn auch stärker, als die der Bau-  
gewerksmeister zugenommen; sie betrug nämlich nach Ausweis der Leipziger  
Adreßbücher

1825: 2	1845: 8	1865: 31	1885: 96
1830: 3	1850: 9	1870: 44	1890: 142
1835: 1 (?)	1855: 18	1875: 65	1895: 185
1840: 4	1860: 22	1880: 81	

Diese Ziffern dürfen zwar nur als annähernd zutreffend angesehen  
werden, weil sich hinter den Architekten vielfach Bauunternehmer verstecken, —  
so sind z. B. von den 142 angeblichen Architekten im Jahre 1890 22 Bau-  
unternehmer —, aber schon ihre ununterbrochene Vermehrung läßt ihre zu-  
nehmende Bedeutung und ihren wachsenden Einfluß auf das Baugewerbe  
deutlich erkennen.

## 2. Der Scharwerker.

Wie durch den Architekten von oben her, so erwuchs dem Meisterstande  
eine zweite Konkurrenz durch den ungeprüften Scharwerker<sup>1</sup> von unten her.  
Wenn jener mehr für die größere Bauausführung in Frage kommt, so ist  
der Scharwerker mehr in der Kleinarbeit zu Hause.

Im Anschluß an die den Gesellen gestattete „Beiarbeit“<sup>2</sup> wurde  
in den meisten deutschen Staaten ein fest abgegrenzter Kreis von Verrich-  
tungen an Bauten als Flickarbeit zusammengefaßt, und zu ihrer Ausführung  
eine dem Bedürfnis entsprechende Zahl Ungeprüfter autorisiert, die natürlich  
den Meistern nicht gleich standen und namentlich des Rechtes, Lehrlinge zu  
halten, entbehrten. In der Regel handelte es sich um Gesellen, die ohne  
die regelrechte Vorbildung zum Meistertum zu besitzen, entweder nur gelegent-  
lich selbständig arbeiteten oder auf dem beschränkten Gebiete, dessen Fertig-  
keiten sie sich zutrauten, gewerbsmäßig die Konkurrenz ihrer besser qualifizierten  
Kollegen unterboten.

Daß die vom technischen oder baupolizeilichen Standpunkte mehr oder  
weniger gleichgültigen Arbeiten von minder geschickter Hand ausgeführt

<sup>1</sup> Scharwerker, abgeleitet von „Schar“, nennt man bekanntlich in der Landwirtschaft  
die vom Gutstagelöhner zu stellenden Hilfsarbeiter; wie aus dieser vermutlich älteren  
Bedeutung des Wortes die im Handwerk übliche Bezeichnung sich entwickelt hat, ist  
schwer zu kombinieren. Vgl. Krafft, Illustriertes landwirtschaftliches Lexikon, S. 846.

<sup>2</sup> Vgl. oben S. 26 f.



werden, ist in wirtschaftlicher und socialer Hinsicht so zweckmäßig, daß auch die der Gewerbefreiheit vorausgehende Gesetzgebung keinen Anstand genommen hat, solche „Puscherei“ in bestimmten Grenzen zu legalisieren. In Preußen regelt schon das Gewerbegesetz vom 7. September 1811 die Berechtigung der Maurerflücker<sup>1</sup>; Zimmerflücker<sup>2</sup> sind dagegen erst seit dem Jahre 1837 als besondere Rubrik bei den statistischen Aufnahmen gezählt.

In Leipzig wurde durch Ratspatent vom 20. Dezember 1820 den Maurergesellen und durch Verordnung vom 10. August 1825 den Zimmerleuten erlaubt, die sog. Beiarbeit auf eigene Rechnung vorzunehmen, die im ganzen Betrage einen Lohn von 12 Gr. nicht übersteigen und mit einer Feuerung und Absteifung innerhalb und außerhalb des Gebäudes nichts zu thun haben durfte, sowie verdorbene Handwerksarbeiten auszubessern und wiederherzustellen. Von den Grundstückseigentümern wurde erwartet, daß sie mit möglichster Bereitwilligkeit diesen obrigkeitlichen Bestimmungen nachkommen würden. „Nur ungern,“ so heißt es, „werden wir diejenigen, welche ihnen dennoch entgegenhandeln, mit 20 Thalern in Strafe nehmen, Gesellen werden als Störer in gleicher Weise mit 5 Thalern oder verhältnismäßiger Gefängnisstrafe belegt.“ Dieselbe Bestimmung fand auch auf die sog. Hausmaurer und Hauszimmerleute ihre volle Anwendung, welche von den Hausbesitzern in ihren Häusern angestellt, die vorfallenden Maurer- und Zimmerarbeiten zu verrichten haben, sowie auf diejenigen, welche zugleich als Hausmänner in Diensten standen, aber noch zum Handwerk hielten. In der Regel werden alternde Gesellen oder kleine Stellenbesitzer, die eines Nebenerwerbes bedurften, von der Ortsobrigkeit mit dieser Vergünstigung bedacht worden sein; sie genossen damit eine Art Invalidenversorgung, wobei jedoch den beteiligten Innungen ein Widerspruchsrecht hinsichtlich der etwa zu großen Vermehrung solcher Altflicker nicht versagt werden konnte<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> Sie durften folgende Arbeiten ausführen: Mauern ausbessern, ausgefallene Dachziegel erneuern, Fußboden mit Steinen, Platten, Ziegeln, Fliesen oder Estrich belegen, innere und äußere Gebäudeteile bewerkeln, abputzen und färben (tünchen). Vgl. Wiebahn, a. a. D., Bd. III S. 632 und Schmoller, a. a. D., S. 378.

<sup>2</sup> Sie durften Stakete, Bretter und Lattenzäune, Presspfähle, Tröge, Krippen und Ähnliches fertigen und aufstellen, Brückenbeschläge und Geländer ausbessern, Verschläge, kleine Ställe, wirtschaftliche Behälter herstellen, äußere und innere Brettverkleidungen, Dielungen, Thüren und Fensterladen, hölzerne Treppen vor den Häusern anfertigen und befestigen, auch Dachbelattungen reparieren. Vgl. Wiebahn, a. a. D., S. 634.

<sup>3</sup> Vgl. Gerold, Die Rechte der Handwerker und ihrer Innungen, S. 43 f.



Es konnte nun aber nicht nur der Flickarbeiter, sondern jede beliebige Geselle oder Handlanger die gesetzliche Schranke sehr einfach umgehen, sobald er einen Meister fand, der sich aus Gefälligkeit oder gegen Vergütung — gegen Entrichtung eines „Gesellengroschens“ oder sonstigen „Douceurs“ — als fiktiver Arbeitgeber zwischen ihn und das Gesetz schob, unter dessen Schutz er den „Scharwerker“ machte. Es soll Meister gegeben haben, die durch eine derartige Praxis geradezu ihre Existenz fristeten, Hausbesitzer wurden u. s. w., und es hat sich gezeigt, daß solche unter dem Ausdruck Namen- oder Firmenleiheung bekannte Machinationen nicht immer zu verhindern waren, andererseits aber dem gewerbepolizeilichen Interesse auch da nicht so sehr zuwiderlaufen, wo eine Qualitätsgarantie geboten scheint. Denn es liegt doch im eigenen Interesse des angeblichen Arbeitgebers, über den von ihm legitimierten Pfluscher ein gewisses Maß von Kontrolle auszuüben. Andererseits hält auch der Gesetzgeber für manche Arbeiten, die nicht Flickarbeiten sind, eine mäßige Kontrolle um so eher für ausreichend, als es erfahrungsgemäß vielfach die Tüchtigsten sind, die sich zur selbständigen Arbeit drängen. In dieser Erwägung ist man zur gesetzlichen Regelung dieser ungesetzlichen Praxis geschritten, ohne indes mißbräuchlicher Handhabung ganz vorzubeugen oder gar die Entrüstung des geprüften Meister zu beschwichtigen.

Einen gewissen Anhaltspunkt für ihre Scharwerkerei glaubten in Leipzig die sogenannten Putzmaurer in ihrer höheren Veranlagung zur Gewerbesteuer zu finden, wie der Umstand beweist, daß ein solcher Putzmaurer auf Grund seiner vermeintlichen Berechtigung (21. September 1848) gegen einen als Putzmaurer nicht besteuerten Gesellen wegen Beeinträchtigung in seiner Gerechtsame Beschwerde erhob. Einen nicht unerheblichen Anteil an der Scharwerkerei scheinen insbesondere die Ratsmaurerpoliere genommen zu haben, wie aus einer Beschwerde der Maurermeister an den Rat (8. Februar 1830) hervorgeht. Sie, die unter dem Befehle des Baudirektors und der Aufsicht des Ratsmaurermeisters die Ratsbauten täglich mehreremal zu besichtigen, während ihrer Abwesenheit die notwendigen Anordnungen zu treffen und überhaupt für die möglichst vorteilhafte Vollendung der Bauten Sorge zu tragen hatten, unternahmen es in Überschreitung dieser ihrer Funktionen, den Bürgern der Stadt und Vorstadt Privatbauten auf eigene Rechnung auszuführen, ohne besonderen vom Rat erteilten Auftrag Besichtigungen zu veranstalten und Gutachten abzugeben. Den Ratsmaurerpolieren war ja vor allem die Gelegenheit gegeben, durch die Vorspiegelung, als seien sie es, welche die notwendige Erlaubnis zu Bauveränderungen vornehmlich auszuwirken hätten, sich dem bauenden Publikum als unentbehrlich darzustellen. Die Bauherren er-



sparten auf diese Weise die Kosten der vor Erteilung der obrigkeitlichen Bauerlaubnis notwendigen Besichtigung; ihnen kam dabei noch die Lieferung der Baumaterialien aus dem Ratsmagazingebäude zu statten, das ihnen überlassen war.

In den Jahren 1847 und 1848, wo die Bauthätigkeit in Leipzig vollständig darniederlag, konnten die Meister, von den Gesellen mit Arbeitsgesuchen bestürmt, aber nicht imstande, sie zu erfüllen, allgemein den Gesellen nicht mehr versagen, Arbeiten für eigene Rechnung anzunehmen, ohne Rücksicht darauf, ob sie unter die sogenannte Beiarbeit fielen; insbesondere angesichts der immer zahlreicher und drohender hervortretenden Arbeiterverbrüderungen war die selbständige Gesellenarbeit nicht nur nicht verboten, sondern sogar gern gesehen.

Freilich folgte dann unterm 26. März 1851 eine Erneuerung und Verschärfung der Bestimmungen über die Beiarbeit, aber sie blieb gänzlich erfolglos. Das beweisen u. a. die von den Stadträten in Döbeln und Oschatz unter dem 27. Juli 1853 an die Kreisdirektion gerichteten Anträge der Maurer- und Zimmermeister, die, unter Bezugnahme auf das bei beiden Gewerben in immer ausgedehnterem Maße wahrzunehmende Pfuschertwesen und den Mißbrauch selbständiger Übernahme und Ausführung von Gesellenarbeit, vorzugsweise auf Einführung von sogenannten Arbeitskarten gerichtet waren, wie sie im preussischen Staate als Meisterscheine<sup>1</sup> bestanden, sowie auf eine mit Rücksicht hierauf zu bewirkende Kontrollierung der mit Maurer- und Zimmerarbeiten sich beschäftigenden Personen durch die Organe der Polizeibehörde und namentlich die Gensdarmmerie.

Auch durch solche Mittel konnten die Scharwerker nicht dauernd zurückgehalten werden, sondern sie haben sich bis heute erhalten, wie sie ja unter der despektierlichen Bezeichnung „Scharwerkmaurer“ und „Scharwerkzimmer“ noch in der deutschen Berufsstatistik von 1882 als Selbstbenennung ihren Platz finden. Die zumeist alleinhätigen Scharwerkmaurer (Putzmaurer), mehr oder weniger dürftig mit dem Geschirrbestande eines Maurergesellen ausgerüstet, übernehmen Maurer-Ausbesserungsarbeiten aller Art, Stubenweißen, Ofen-, Herd-, Kessel-, Maschinensetzen, Ofenfehren und ähnliche Flick- und Kleinarbeit und ergänzen ihren oft spärlichen Verdienst wohl durch Übernahme eines

<sup>1</sup> Eine im Frankfurter Regierungsbezirk (und ähnlich auch in anderen Bezirken) erlassene Polizeiverordnung vom 31. März 1843 verpflichtet jeden selbständig arbeitenden Gesellen bei Strafe, einen Meisterschein, der ihn legitimiert, bei sich zu führen und den Meister, der den Schein ausgestellt hat, wöchentlich wenigstens einmal die betreffende Baustelle zu revidieren, und daß dies geschehen, auf dem Scheine zu vermerken. Vgl. Oldenberg, a. a. O., S. 12.



Hausmannspostens. Die Zahl der Putzmaurer betrug nach den Adreßbüchern im Jahre 1865: 66; 1870: 67; 1875: 80; 1880: 40; 1885: 55 und wird gegenwärtig auf etwa 50 angegeben. Die teilweise alleinhätigen, gewöhnlich aber mit einigen Gesellen arbeitenden Scharwerkszimmerer besitzen eine kleine Hofwerkstatt und außer dem Werkzeuge eines Zimmergesellen mindestens eine Hobelbank, meistens aber vollkommeneres Arbeitsgerät, auch halten sie einen bescheidenen Vorrat leichter billiger Holzarten: Fichte, Tanne und Kiefer. Ihr Arbeitsgebiet besteht in der Herstellung von Kisten, worauf sich einige von ihnen fast ausschließlich beschränken, Ladeneinrichtungen, Pulken, Regalen, Tafeln, kleineren Wirtschaftsgegenständen, Gartenhäusern, Gartenmöbeln, Fußböden, Bettstellen u. dgl. m. Daß sich bei einer derartigen Vielseitigkeit der Produktion mannigfache Übergriffe in das Gebiet benachbarter Handwerke, wie der Tischler und Glaser, ergeben, liegt auf der Hand. Die Zahl der Zimmerer übertrifft die der Maurer um ein wenig.

Diese Kleinmeister sind zwar von größeren Neubauten fast ganz ausgeschlossen, dagegen sind sie bei kleineren Bauten, Umbauten und Reparaturen mit den größeren Betrieben völlig konkurrenzfähig, ja deren Leiter klagen sogar mehrfach über die Konkurrenz dieser selbständigen Kleinmeister, die nur so viel Arbeiter beschäftigten und nur so viel Gerüste und Gerätschaften u. dgl. hielten, als gerade zur Ausführung eines Baues notwendig sei. Freilich eine wesentliche Schädigung erleiden die Baugewerksmeister durch diese zwischen Lohnarbeit und selbständiger Unternehmung schwankenden Zwitterexistenzen erst dann, wenn sie als eigentliche Bauunternehmer auftreten. Seit Einführung der Gewerbefreiheit haben sie natürlich vielfach den Meister- und selbst den Baumeistertitel usurpiert, nur die Bezeichnung „geprüfter Meister“ blieb ihnen versagt. In Preußen scheint bereits in den 40er Jahren eine vergebliche Agitation des Meisterstandes gegen die Zulassung ungeprüfter Unternehmer, die doch auf eigene Hand nicht bauen konnten, zum Bewerb um fiskalische Bauaufträge gespielt zu haben; man erkennt daraus zugleich den begrifflichen Zusammenhang zwischen Scharwerker und Unternehmer. In Sachsen, dem klassischen Lande des Innungswesens, blieb die Unterscheidung zwischen dem ungeprüften Unternehmer und dem geprüften Meister länger gewahrt.

Gleichsam eine Vorstufe zu dem eigentlichen Bauunternehmer bildet der Zwischenunternehmer.

### 3. Der Zwischenunternehmer.

Bezeichnet im technischen Sinne „Unternehmer“ den unechten Meister, so stempelt ein allgemeiner, aber weniger scharf unterscheidender Sprach-



gebrauch denjenigen zum Unternehmer, der auf eigene Rechnung für fremden Bedarf Arbeitskräfte zu einer in sich abgerundeten Leistung vereinigt. Demnach kann zwar jeder beim Bau beteiligte Arbeitgeber Unternehmer heißen, obwohl er nur einen Teil des Bauwerkes ausführt, während Zwischenunternehmer im eminenten Sinne doch nur der genannt werden kann, der die Ausführung des ganzen Bauwerkes für den Bauherrn übernimmt.

Das Bedürfnis nach einem solchen Zwischengliede hat sich in der That erst während der letzten Menschenalter fühlbar gemacht und namentlich in den östlichen Gegenden Norddeutschlands einem neuen Berufstypus zu vielfachem Dasein verholfen; bei der großen Menge kleiner Privatbauten fand er am häufigsten seine Stelle. Je mehr es an eigentlichen Bauunternehmern fehlte, die das Bauen bloß als kaufmännisches Geschäft, als Spekulation, betrieben, je mehr die Accordarbeit Eingang fand, je höher die Anforderungen der Baupolizei stiegen, um so mehr begünstigte man den Unternehmer: die Rechnungslegung wurde einfacher, man hatte eine verantwortliche Person von größerer oder geringerer Zuverlässigkeit, mit mehr oder weniger Vermögen, an die man sich halten konnte. Der Unternehmer wird ebenso Arbeitgeber der Meister, wie diese Arbeitgeber der Gesellen geworden sind; er schließt mit dem Bauherrn einen Generalbaukontrakt und mit den einzelnen Meistern im eigenen Namen die Specialbaukontrakte, die sonst der Bauherr oder in seinem Namen der Architekt geschlossen haben würde; er ist in der Regel mit dem Architekten oder einem der wichtigeren Bauhandwerksmeister (gewöhnlich mit dem Bau- oder Maurermeister) eine Person und dann vom kapitalistischen Handwerks- oder Baumeister nur durch den Umfang seiner Leistung verschieden. Bei der nicht häufigen Generalentreprise großer Bauten ist der Unternehmer ausschließlich Geschäftsmann; für den Mangel eigener technischer Sachkunde und Verlässlichkeit gewinnt er einen Ersatz, wenn ein Stamm bewährter Handwerksmeister und Lieferanten ihm zur Seite tritt und mit ihm zu einer einheitlichen Firma verwächst; er greift in den Geschäftskreis des Architekten nicht nur durch den Abschluß der Einzelkontrakte ein, sondern auch, weil er die übrigen Obliegenheiten des Bauleiters mehr und mehr an sich zu ziehen pflegt: in jedem Falle ist seine Zwischenstellung geeignet, den Einfluß des Architekten abzuschwächen; den Bauherrn überhebt er durch einen Federstrich der ganzen Geschäftsforge.

Das regelmäßige Schema der drei dirigierenden Instanzen einer solchen Unternehmung stellt sich folgendermaßen dar: der Bauherr an der Spitze, unter ihm der Unternehmer, beiden untergeordnet der Einzelunternehmer. Die rein kapitalistische, der Ergänzung durch Handwerksmeister bedürftige Generalentreprise, wie sie sich insbesondere in den Großstädten, voran in Ham-



burg und Berlin, entwickelt hat, konnte in Städten wie Leipzig zu keiner nennenswerten Ausdehnung gelangen: Leipzig ist ein alter Platz des Handels, des Geldgeschäfts und der Großindustrie, und in den Händen einzelner, der großen Kauf- und Handelsherren, befanden sich stets große Reichtümer, aber auch das war althergebracht, daß man sich von seinem Reichtum nichts merken ließ, ihn wenigstens nicht nach außen durch Wohnungsluxus zu erkennen gab; eigentliche Patrizierfamilien hat es überdies in Leipzig nie gegeben. Charakteristisch für diese örtlichen Verhältnisse ist die verhältnismäßig geringe Zahl der eigentlichen Villen und der in anderen Städten (z. B. in Hamburg, Bremen und den rheinischen Städten) mitunter ganze Straßen und Stadtteile füllenden sog. Einfamilienhäuser, deren Bau bis in die letzten Jahrzehnte hier fast ganz zurücktrat und neuerdings vielfach Sache der Baupespekulanten wurde; die sog. Doppelvillen wenigstens sind zum großen Teil nicht Bestellungs-, sondern Spekulationsbauten. Zudem hatte sich dieses System, so einfach es in der Theorie erscheint, als sehr gefahrvoll in seiner praktischen Anwendung für die Bauherren erwiesen; es ist ja auch geradezu unmöglich, einen Bauauftrag so zu erteilen, daß alle Zweifel über Umfang und Qualität der Ausführung und über die Tragweite der übernommenen Verpflichtungen ausgeschlossen sind; jeder derartige Vertrag läßt Auslegungen zu, die besondere Rechnungen für allerlei Unvorhergesehenes begünstigen; Nachforderungen gegenüber dem im Vertrage festgesetzten Gesamtpreise sind deshalb die Regel und meist schwer zu bekämpfen, und in der Praxis gestatten im Falle unbefriedigender Ausführung des Baues die Umstände nur ganz ausnahmsweise, das fertige Bauwerk zurückzuweisen. Meistens braucht man es notwendig und drückt lieber ein Auge zu, als daß man sich unsicheren Prozessen und unabsehbaren Verschleppungen aussetzt. Die am wenigsten gewissenhaften Unternehmer haben deshalb die größten Chancen, aber auch bei sonst vertrauenswürdigen Unternehmern muß man sich zum mindesten auf Nachforderungen gefaßt machen. Kein Wunder also, daß sich das private Bauwesen nur in vereinzelt Fällen über die gewöhnliche Betriebsweise erhob.

Noch weniger hat sich aber das öffentliche Bauwesen in der Generalentreprise zu konzentrieren vermocht; es blieb vielmehr die Regel, den einzelnen Handwerksmeistern die verschiedenen in ihr Fach schlagenden Arbeiten zu übertragen und zwar gewöhnlich in Losen, nur ausnahmsweise ungeteilt. Der Bauplan für die öffentlichen Bauten liegt wohl selten im voraus so fertig vor, daß sich die Einzelheiten der Ausführung vollkommen übersehen und die Kostenanschläge so berechnen lassen, daß sie bei einer in der Regel längeren Bauzeit trotz des Schwankens der Materialpreise, der Löhne und



der unsicheren Verhältnisse des Arbeitsmarktes im Baugewerbe sich immer noch als zutreffend erweisen. Daher pflegt nur bei kleineren Bauten eine feste Bausumme ausgesetzt zu werden („Verdingung in Bausch und Bogen“), während es bei allen umfangreicheren Bauten üblich ist, die Accordsätze für die Einheit festzusetzen und deren Multiplikation dem Ablauf der Arbeiten zu überlassen („Verdingung nach Einheitspreisen“). Weniger häufig ist die „Verdingung gegen Verrechnung“, die namentlich für Bauausführungen von unbekannter Schwierigkeit oder mit dem Erfordernis außerordentlicher Sorgfalt und etwa noch da zur Anwendung kommt, wo eine liegen gelassene Arbeit auf Kosten des Säumigen einem Dritten übertragen wird. Die Gefahr einer unsoliden und unbedachten Unterbietung der Zwischenunternehmer liegt bei der allgemeinen Submission, in der die Arbeiten der Stadt ausgeschrieben werden, näher als bei der beschränkten, die für fiskalische, militärische und andere behördliche Bauten üblich ist, und ist in Leipzig, gleichwie in den meisten größeren Städten, vielfach zum Nachteil der soliden Geschäfte zu Tage getreten<sup>1</sup>.

Nur ausnahmsweise kontrahiert der Bauherr über den Kopf des Zwischenunternehmers hinweg unmittelbar mit den Arbeitern und läßt sie in Regie arbeiten. Diese Betriebsform ist im privaten Leipziger Bauwesen vereinzelt bei entlegenen größeren Bauten angewandt worden. So erfolgte beispielsweise die Bebauung des bekannten umfangreichen Häuserblocks — mehrgeschossiger aneinandergereihter Mietshäuser —, in Lindenau durch den Besitzer des bibliographischen Instituts unter Leitung eines Architekten im Regiebau.

<sup>1</sup> Charakteristisch ist in dieser Beziehung der der Gewerbekammer zu Leipzig hinsichtlich des Submissionswesens unterbreitete Vorschlag: dafür einzutreten, daß denjenigen, denen bei städtischen Neubauten infolge ihrer fortgesetzten Mindestgebote die Ausführung zugeschlagen wird, nicht auch die an anderen städtischen Gebäuden früher oder später vorkommenden Reparaturarbeiten übertragen werden möchten, da die Betreffenden sich bei diesen schwer zu kontrollierenden Arbeiten für ihre Mindestgebote leicht schadlos halten könnten. Ohne daß zu untersuchen wäre, ob und inwieweit derartige Manöver möglich sind, erscheint dieser Vorschlag nach der Seite hin beachtenswert, daß die Arbeiten unter eine größere Anzahl zuverlässiger Meister verteilt werden könnten. Vgl. Jahresbericht der Gewerbekammer zu Leipzig vom 1894, S. 21. Als das gemeinsame Moment, das gegenwärtig bei allen Besserungsversuchen hinsichtlich des Submissionswesens in den Vordergrund rückt, erscheint die Feststellung einer Art von Normalpreis für die zu vergebenden Arbeiten, zu der Vertrauensleute der betreffenden Gewerbe mitbestimmend gezogen werden. Diese Mitbestimmung ist unter anderen auch vom Verein der Handwerker und Gewerbetreibenden in Leipzig durch einen Beschluß vom 25. März 1895 als notwendig bezeichnet worden. Vgl. Socialpolitisches Centralblatt, Bd. IV S. 785.



Die Einführung städtischer Regie wurde dagegen von der Stadtverwaltung wiederholt als mittelalterlich und unpraktisch bezeichnet, während sie sich doch in vielen anderen deutschen Städten als durchaus praktisch bewährt hat. Sie eignet sich für alle durch Einzelleistungen von Tagelöhnern und Handwerkern unter Aufsicht der Bauverwaltung und bei Zugabe des nötigen Baumaterials, der gewöhnlichen Werkzeuge und Gerätschaften erreichbaren Ausführungen und empfiehlt sich stets, wenn die Qualität der Arbeit in einer vorher nicht festzusetzenden Weise wechselt, überhaupt für Bauten, deren Kosten sich nicht im voraus bestimmt berechnen lassen, weil Zufälle ihre Ausführung erschweren oder erleichtern können, und die eine besonders solide und vorsichtige Ausführung und eine erst von Fall zu Fall bestimmbare Anordnung der Einzelheiten erfordern<sup>1</sup>. Im übrigen ist klar, daß bei solchem Bauvollzuge eine tüchtige Bauaufsicht erforderlich ist, die praktisch erfahren, jeden Arbeiter an die richtige Stelle setzt, für die rechtzeitige Anlieferung der Baumaterialien Fürsorge trifft und überhaupt alle jeweilig zu Gebote stehenden Mittel für die Ausführung richtig zu benutzen weiß. Treffen diese Voraussetzungen zu, so wird die Bauausführung in Regie billiger, als durch den Unternehmer, während sonst allerdings finanzielle Nachteile entstehen können, die den vom Unternehmer erzielten Gewinn weit überwiegen.

#### 4. Die Bauspekulation.

Es bedarf nur eines Schrittes, und der zum Architekten und Zwischenunternehmer gewordene Meister wird zum Bauunternehmer, zum spekulierenden Bauherrn, der auf eigene Rechnung für den späteren Verkauf baut, also für den Markt produziert. Dieser Übergang von der Kunden- zur Warenproduktion vollzog sich zwar überschnell, nicht aber vollständig in der Weise, daß die alten Betriebsformen durch die neue gänzlich verdrängt wären; vielmehr gab und giebt es neben den Spekulationsbauten immer noch eine weit größere Zahl von Bestellungsbauten.

In Leipzig trat die Bauspekulation, durch eine starke Bevölkerungszunahme veranlaßt und daneben durch andere besondere Umstände begünstigt, zuerst am Ende der sechziger Jahre hervor. Die Stadt Leipzig, von nicht großem Umfange, nach mehreren Richtungen in ihrer Ausdehnung durch die

<sup>1</sup> Vgl. Lueger, *Lexikon der gesamten Technik und ihrer Hilfswissenschaften*, Bd. II S. 152.



Überschwemmungsgebiete der Elster, Pleiße und Parthe lange Zeit beschränkt, umgeben von einem Kranze mächtig emporstrebender Vorstadtdörfer, hatte schon längst in ihrer baulichen Entwicklung mit der Bevölkerungszunahme nicht mehr Schritt zu halten vermocht. Leipzig trat in das 19. Jahrhundert mit 32 146 Einwohnern, es zählte 1830: 40 946. Die Vermehrung war bis zum Jahre 1820 ausschließlich das Ergebnis der Einwanderung, seitdem aber auch des Geburtenüberschusses, und in jüngster Zeit hat die vorgenommene Einverleibung der Vororte die Leipziger Bevölkerung anderweit vermehrt. Es betrug:

Jahr	Zahl der Einwohner	Zunahme	in Prozenten
1864	126 800	34 291	27,0
1871	161 091	39 058	24,24
1875	200 125	44 136	22,05
1880	244 246	46 765	19,06
1885	291 050	66 072	22,70
1890	357 122	41 326	11,57
1895	398 448		

Wie daraus ersichtlich ist, bilden die Jahre 1871—74 den Höhepunkt der Entwicklung der Bevölkerungszunahme und um diese Zeit entwickelte sich auch die Bauspekulation. Nachdem im Jahre 1873 neue Stadtteile (die Südvorstadt, Plagwitzer- und Nordvorstadt) in beschleunigtem Tempo bebaut waren, wurde es schon von 1876 an möglich, der Wohnungsnachfrage vollständig zu entsprechen, und bereits 1877 trat für Leipzig der normale Zustand großer Städte ein, daß eine Anzahl Wohnungen leer stand, die bis in die 90er Jahre fortgesetzt stieg und seitdem ununterbrochen zurückging, bis sie 1896 den normalen Stand wieder erreichte.

Es betrug nämlich die Zahl der leerstehenden

	Alt-Leipzig		Neu-Leipzig	
	Wohnungen	Geschäftslokale	Wohnungen	Geschäftslokale
Nov. 1878	335	?	?	?
Okt. 1880	498	?	?	?
Okt. 1881	671	?	?	?
Mai 1882	877	218	?	?
Nov. 1884	522	231	208	45
Okt. 1885	430	260	?	?
Nov. 1886	411	328	266	28
Nov. 1887	559	220	510	51



	Alt-Leipzig		Neu-Leipzig	
	Wohnungen	Geschäftslokale	Wohnungen	Geschäftslokale
Nov. 1888	847	256	916	93
Nov. 1889	1345	330	1419	141
Dez. 1890	2341	472	3055	242
Nov. 1891	2308	489	2860	284
Nov. 1892	2443	508	2911	276
Nov. 1893	2135	444	2533	221
Nov. 1894	1959	521	2033	256
Okt. 1895	1588	377	1333	218
Nov. 1896	860	346	514	182

Das waren

in den Jahren	Prozent der vorhandenen Wohnungen	
	in Alt-Leipzig	in Neu-Leipzig
1880	3,31	—
1885	1,37	—
1890	6,26	7,16
1892	6,35	6,29
1894	4,98	4,15
1896	2,19	0,99

In anderen deutschen Großstädten liegen die Verhältnisse für das Baugewerbe wesentlich ungünstiger als in Leipzig; so ergibt ein Vergleich mit den beiden größten Städten folgende instructive Parallele:

	Gesamtzahl der Wohnungen	davon 1894 leer	mithin in Prozenten
Hamburg	167 946	15 137	9,01
Berlin	449 873	33 262	7,5
Leipzig	88 227	3 992	4,52

Die Bauspekulation hat demnach zwar Ursache, mit der Lage des Wohnungsmarktes relativ zufrieden zu sein, aber der überschnelle Fortschritt des Baugewerbes hat auch in Leipzig vielfach eine völlige Umwälzung der hergebrachten ökonomischen Verhältnisse hervorgerufen. Früher waren es meist die im Handel oder Gewerbe wohlhabend gewordenen Bürger, die als Bauherren auftraten; sie waren selbst im Besitze des notwendigen Baukapitals, bezahlten die Handwerker aus eigenen Mitteln; Kredit wurde nicht in Anspruch genommen, wenigstens nicht der der Bauhandwerker, die vielmehr oft



schon bei Beginn des Baues Vorschüsse zur Anschaffung von Materialien und zur Ablöhnung der Arbeiter erhielten. Die heutigen Bauherren sind vielfach nicht wohlhabende Personen, oft kaum in der Lage, einige hundert Mark zur ersten Anzahlung aus eigenen Mitteln aufzubringen; sie erlangen den zum Grundstückserwerb und zur Bestreitung der Baukosten erforderlichen Kredit durch Hypothekenaufnahme mit Hilfe von Hintermännern, die diese Art des Baugeschäftes zu ihrem Specialberuf gemacht haben. Sie gehören nur zum geringen Teil dem Stande der Baugewerksmeister oder Architekten an, sondern sind vielfach Scharwerker, frühere Bauarbeiter, Maurergesellen, Poliere oder Leute ohne jede Erwerbsthätigkeit, die bis dahin zum Baufach kaum in Beziehung gestanden hatten.

Um in aller Deutlichkeit zu zeigen, wie es den bezeichneten Bauherren so leicht möglich ist, in den Besitz von Bauplätzen zu gelangen und darauf die großen vierstöckigen Häuser zu erbauen, wie man sie in den neuen Stadtteilen fast durchweg findet, sei der Gang, in dem sich Kauf und Bau vielfach vollziehen, des näheren beschrieben.

Sobald die Grundstückspekulanten die Zeit der Nugharmachung des Baugeländes gekommen glauben, beginnt die Ausschachtung desselben in Bauplätze. Hierbei sind Baufronten von 12 bis 16 m und Tiefen von 24 bis 32 m üblich; größere Höfe, Vor- und Hintergärten u. s. w. werden möglichst vermieden, weil sie lediglich das Objekt verteuern würden. Die Verkäufe der Parzellen werden nicht in öffentlichen Terminen, sondern meist unter der Hand bewirkt. In der Regel reicht die Bekanntschaft der Grundstücksbesitzer mit den Baulustigen aus, um die letzteren heranzuziehen, und im Notfall steht die Hilfe zahlreicher Kommissionäre und Agenten zur Verfügung; die einzelnen Verkaufsstipulationen sind ja auch nicht immer geeignet, an das Licht der Öffentlichkeit gebracht zu werden. Unabhängig von dem überhaupt möglichen Ertrage bestimmen sich die Grundstückspreise wie die eines Börsenpapiers lediglich nach der Meinung, wie sie hinsichtlich der Zukunftsaussichten einer Gegend oder Straße von den Grundstückspekulanten geschaffen und kolportiert wird.

Soweit Einzelpersonen und Privatinstiute (Grundstücks-, Immobilien-, Westend-Bau-Gesellschaft u. a.) als Grundstücksverkäufer in Betracht kommen, erscheint das Bestreben, die höchstmöglichen Bodenpreise zu erzielen, nicht befremdlich. Es versteht sich von selbst, daß bestimmte Angaben über die erzielten Bauplatzpreise nicht zu erlangen und Durchschnittspreise nur mit großer Vorsicht zu betrachten sind, weil fast jede einzelne Baustelle ihre Eigentümlichkeiten hat, die auf die Preisbildung von Einfluß sind. Immerhin



mag erwähnt werden, daß die Selbstkosten für den Quadratmeter Bauand im Südwesten (z. B. an der Carl Tauchnitz-Straße nach dem Promenadenringe) an bevorzugter Lage auf 100 Mk. und mehr angegeben werden. Die Preise des Baugrundes für Villenbauten betragen in dieser Gegend für den Quadratmeter 45 Mk., für offene Bauweise 60—100 Mk., für geschlossene Bauweise 45—168 Mk. In den einverleibten Vororten wird der Quadratmeter in den Ostvorstädten durchschnittlich mit 36 Mk., an hervorragenden Lagen bis zu 100 Mk. bezahlt, während im Westen die Preise zwischen 20—30 Mk. liegen. Die Einverleibung hat leider in diesen Gegenden die Preise sehr gesteigert und den Grundstücksspekulanten, von denen manche der städtischen Verwaltung nicht allzu ferne stehen, mühelose Gewinne in den Schoß geworfen. In neuester Zeit hat die durch zwei Privatgesellschaften um die Wette betriebene Erweiterung des Leipziger Straßenbahnnetzes jene Spekulationen mächtig gefördert, und es ist dabei die Konjunktur in einer Weise ausgebeutet worden, die auf die fernere bauliche Entwicklung der Stadt und auf das Baugewerbe kaum günstig zurückwirken kann.

Aber auch die Stadt Leipzig, die bekanntlich Besitzerin eines ganz beträchtlichen Grundeigentums<sup>1</sup> ist, hat bedauerlicherweise bis jetzt keinerlei Bedacht darauf genommen, durch die Art der Verwaltung und Verwendung der in ihrem Besitze befindlichen Bauflächen mäßigend auf die städtischen Bodenpreise einzuwirken. Im Gegenteile ließe sich eher sagen, daß der Rat der Stadt selbst die Grundstücksspekulation im größten Maßstabe betreibt, indem er fortgesetzt sowohl aus städtischem Vermögen wie aus dem des Johannisstiftes Grundstücke ankauft und Bauplätze um die höchsten erzielbaren Preise wieder verkauft. Es betrug

im Jahre	die angekaufte Fläche in qm	der Kaufpreis in M
1885	511 427 <sup>2</sup>	850 044
1886	6 673 <sup>3</sup>	2 289 506
1887	10 055	744 561
Übertrag 528 155		3884 111

<sup>1</sup> Vgl. Hesse, Die Finanzen der Stadt Leipzig, Verwaltungsbericht für 1866—75; Kunze, Zur Statistik und Kritik von Leipzig und zweiundvierzig Vororten, S. 10; insbesondere die Verwaltungsberichte der Stadt Leipzig von 1885—94.

<sup>2</sup> Hierunter 1264,32 qm zum Kaufpreis von 39 163,80 Mk. für die Thomas-schule.

<sup>3</sup> In sieben Fällen ist die Größe der Grundstücke nicht angegeben.



im Jahre	die angekaufte Fläche in qm	der Kaufpreis in M
	Übertrag	528 155
1889	452 386 <sup>1</sup>	3 884 111
1890	381 767	1 069 678
1891	1 140 114	1 017 694
1892	762 136 <sup>2</sup>	1 682 291
1893	629 050	667 494
1894	305 690 <sup>3</sup>	818 221
Zusammen	4 199 298	694 951

In vorstehender Tabelle sind nur die Erwerbungen von Grundbesitz durch Ankauf enthalten, einschließlich derjenigen zu Straßenanlagen, Straßen-erweiterungen und ähnlichen Zwecken, die Erwerbungen durch Tausch, Schenkung, Erbschaft, unentgeltliche Abtretungen und Vergleich sind dabei unberücksichtigt geblieben. Dagegen betrug

im Jahre	die verkaufte Fläche in qm	der Verkaufspreis in M
1885	21 624 <sup>4</sup>	1 045 906
1886	22 481	1 628 888
1887	182 031 <sup>5</sup>	5 107 912
1889	50 099	1 468 682
1890	13 430	645 532
1891	19 311	718 664
1892	27 533	1 487 220
1893	52 389	2 841 256
1894	34 621	2 395 161
Zusammen	423 519	17 339 171

<sup>1</sup> In zwei Fällen ist die Größe der Grundstücke nicht angegeben; darunter Grundstücke zu Straßenanlagen und -verbreiterungen.

<sup>2</sup> Hierunter 729,63 qm zu Straßenzwecken.

<sup>3</sup> Hierunter 84 171,67 qm für 38 130 Mk. zu Zwecken des Raunhofer Wasserwerkes und Feld und Wiese; ferner 846,30 qm für 34 344 Mk. zu Straßenzwecken.

<sup>4</sup> Hierunter 3873,70 qm zu 156 400 Mk. für die Thomaschule.

<sup>5</sup> Hierunter 149 240 qm zu 3 000 000 Mk. für das Baraden-Kasernement in Gohlis.



Übersicht der bei den Bauplatzverkäufen der Stadt Leipzig erzielten Preise.



Jahr	Es sind verkauft worden . . . qm zum Preise von											
	unter 20 M.	20—30 M.	30—40 M.	40—50 M.	50—60 M.	60—70 M.	70—80 M.	80—90 M.	90—100 M.	100—150 M.	über 150 M.	zusammen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1885	—	—	8 323	5 589	6 620	—	—	—	1 092	—	—	21 624
1886	8 753	—	1 596	—	10 530	—	—	—	—	—	1 602	22 481
1887	—	156 873	14 429	—	2 326	8 393	—	—	—	—	10	182 031
1889	—	4 648	25 237	19 829	—	374	—	—	—	—	11	50 099
1890	765	115	5 910	5 474	463	275	—	—	428	—	—	13 430
1891	1 681	5 888	1 511	9 606	—	—	—	615	—	10	—	19 311
1892	—	1 259	5 574	11 926	2 003	1 440	732	763	—	3 836	—	27 533
1893	5 820	—	7 926	9 180	17 422	—	12 036	—	—	5	—	52 389
1894	11 453	61	7 604	3 701	4 688	455	3 296	—	—	908	2 455	34 621
Ges.	28 472	168 844	78 110	65 305	44 052	10 937	16 064	1 378	1 520	4 759	4 078	423 519

Die höchsten Preise wurden im Jahre 1894 erzielt, nämlich 1015 Mk. auf den Quadratmeter für einen Bauplatz an der Ecke des Marktes und der Thomasgasse und 780 Mk. auf den Quadratmeter für einen Platz in der letztgenannten Straße — beide in bester Geschäftslage der Stadt. Nur in vereinzelt Fällen hat die Stadt darauf verzichtet, sich die Konjunkturen des Bauplatzmarktes zu Nutzen zu machen, wenn es sich um Bauten für kirchliche oder wohlthätige Zwecke handelte. Im übrigen vollziehen sich jene An- und Verkäufe nicht unter anderen Rücksichten als denen des Privat-Spekulanten und auch in der Stadtverordnetenversammlung, der das Genehmigungsrecht zusteht, pflegen höhere Gesichtspunkte der kommunalen Wohlfahrtspflege nur ganz vereinzelt einmal laut zu werden, und sie finden da fast niemals Widerhall. Wo hier einmal Widerspruch gegen eine geplante Bauplatzveräußerung erhoben wird, geht derselbe in der Regel von der Absicht aus, den Preis noch weiter in die Höhe zu treiben. Bei dieser unter andern Umständen vielleicht erfreulichen Übereinstimmung der beiden städtischen Kollegien darf man sich nicht wundern, daß bei Festsetzung der Bebauungspläne für neue Stadtteile die Rücksicht auf die günstige Bewertung des in Betracht kommenden städtischen Bauareals eine größere Rolle spielt als die Gesichtspunkte der Gesundheitspflege oder der socialen Wohnungspolitik. Bis tief die Vororte hinein ist unter diesen Umständen die geschlossene Bauweise mit vier- bis fünfstöckigen Mietskasernen vorgebrungen; wo einmal offene Bauweise angeordnet wird, da geschieht es für Villenbauten, also zu Gunsten der besitzenden Klassen.

Neuerdings scheint das sächsische Ministerium des Innern, von dem

Streußkam.



man nach früheren Erfahrungen dies kaum mehr erwartete, der eigentümlichen Baupolitik des Leipziger Rates entgetreten zu wollen. Aus Anlaß der Einreichung von Bauvorschriften für einen neuen Stadtteil hat nämlich das Ministerium unterm 13. Juli 1896 ausgesprochen, daß es die Erbauung von vier- und fünfstöckigen Häusern neuerdings grundsätzlich nicht mehr gestatte. Fortan sollen nur noch ein Erdgeschoß und zwei Obergeschoße unter einem Dache vereinigt werden dürfen, und der Ausbau des Dachstockes nur zugelassen werden, wenn es sich nicht um die Herstellung von Wohnräumen, sondern um wirtschaftliche Nebenräume handelt. Im Keller- und Obergeschoße sollen Wohnräume und Werkstätten nicht mehr untergebracht werden dürfen; Hintergebäude sollen zu Wohnungszwecken keine Verwendung finden, wo die Straßenfront eine geschlossene Baufluchtlinie darstellt; auch dürfen sie nur aus einem Erd- und einem Obergeschoß bestehen.

Es konnte nicht fehlen, daß diese Verfügung in den Kreisen der Bauplatzspekulanten die größte Entrüstung hervorrief, und nach einem in der Stadtverordnetenversammlung bald nach dem Bekanntwerden derselben stattgehabten Meinungsaustausche scheint dieses Gefühl in den beiden städtischen Kollegien geteilt zu werden. Ob und in welchem Umfange die vom Ministerium aufgestellten Grundsätze nunmehr zur Durchführung gelangen werden, steht zur Zeit noch dahin. Allem Anscheine nach sind die städtischen Behörden nicht geneigt, das einträgliche Bauplatzgeschäft so bald aufzugeben. Haben sie doch jüngst erst den Plan erwogen, einen in der Mitte der Stadt gelegenen, von der Stadtgemeinde mit großen Kosten für den Bau eines Rathhauses erworbenen Häuserblock an die Immobiliengesellschaft wieder zu veräußern — ein Hand-in-Hand-Gehen der großen Privatspekulation mit der öffentlichen Verwaltung, das leider nicht vereinzelt dasteht. Jedenfalls ist in Leipzig genügend dafür gesorgt, daß eine „Entwertung“ des Bauareals so bald nicht eintreten wird.

Natürlich können die hohen Bauplatzpreise den Bauunternehmer nicht abschrecken, denn sie werden in vielen Fällen nicht wirklich gezahlt, sondern ihm als Darlehn hinter dem später aufzunehmenden sog. Bankgelde ver-schrieben und zudem durch möglichst billige Herstellung des Hausbaues und weitestgehende Ausnutzung des Grundstückes einzubringen gesucht. Unbe-kümmert um die Solidität des Baues, versucht man sogar, die Grund-pfeiler aus alten brüchigen Steinen und schlechtem Kalkmörtel herzustellen und richtet sein Hauptaugenmerk darauf, möglichst zahlreiche kleine Wohnungen herauszubringen und daneben auf einige Zweckmäßigkeit des Grundrisses<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Als typisch für neugebaute Mietshäuser tritt in Leipzig die Grundrißform mit schlechtbeleuchtetem Korridor auf. Die Geschosse enthalten 2—3 Wohnungen, das



sowie äußere dekorative Ausstattung: die Anbringung einiger bunt bemalter Deckenrosetten, schöner Öfen, Tapeten, etwas Stuck u. dgl. — alles Dinge, die dem Unternehmer nicht viel kosten.

Der Hilfe eines selbständigen Architekten bedarf der letztere in der Regel nicht, da jede Eigenart des Baues im Grundriß und Aufbau vom Standpunkt der Spekulanten durchaus vermeidenswert ist. Die von der Baupolizei geforderten Zeichnungen werden oft von den Grundstücksspekulanten gleich mit dem Grundstücke geliefert oder von dem Personal der Architekturbureaus und älteren Baugewerkschülern zu billigen Preisen hergestellt; in einigen Straßen werden auch wohl ganze Häuserreihen nach den Abzügen derselben Entwurfschablone gebaut.

Ist das Baugesuch eingereicht, so sind die Steine u. s. w. zu bestellen, die Baugrubenausschachtungen vorzunehmen und entweder Maurergesellen anzuerwerben, wenn der Bauherr selbst Maurer oder Zimmermann ist, oder die Bauarbeiten an die Handwerker zu übertragen. Die Lieferanten und Handwerker wünschen aber über die Zahlungsfähigkeit des Bauherrn alsbald etwas zu erfahren, und es handelt sich nunmehr um möglichst hohe hypothekarische Beleihung des Grundstückes. Dabei wirken mit: der Bauherr als Darlehnsnehmer, die vermittelnden Agenten, die Grundstücksverkäufer, die Bank etc. als Darlehnsgeber und endlich Bauachverständige als Schätzer.

Das Interesse des Darlehnsnehmers und seiner Agenten geht ausschließlich dahin, die Darlehnssumme möglichst hoch zu treiben; auch der Grundstücksverkäufer hat das gleiche Interesse, da die hohen Schätzungen des Grundwertes ihm bei späteren Grundstücksverkäufen zugute kommen. Der Darlehnsgeber endlich (Einzelpersonen, Banken, Hypotheken-, Versicherungsbanken, Sparkassen, Rentenanstalten u. s. f.) sieht zwar in Zeiten knappen Geldstandes darauf, daß das Darlehn das Maß der durch das Grundstück gewährleisteten Sicherheit nicht übersteigt, ist aber das Geldangebot so groß wie in den letzten Jahren, so steht dieser Rücksicht das Interesse gegenüber, die flüssigen Gelder unterzubringen. Vielleicht mit alleiniger Ausnahme von Hamburg treten wohl kaum in einer anderen deutschen Stadt die Kapitalien in solcher Überfülle auf dem Hypothekenmarkte auf, wie gerade in Leipzig, und so ist hier seit einigen Jahren der Zinsfuß für erste Hypotheken in der besten Stadt- und Verkehrslage auf  $3\frac{3}{4}\%$  gesunken. Über die mittleren Sicherheiten läßt sich nichts Be-

Treppenhäus liegt in der Mitte der Hoffront, von dieser mehr oder weniger vorspringend. Um den Mittelkorridor gruppieren sich dann die einzelnen Räume zum Teil von sehr geringen Größen.



stimmtes fagen; im allgemeinen neigt man jedenfalls heute einer freieren Auffassung im Hypothekewesen zu als früher und bemißt die Beleihungsgrenze eines Grundstückes überhaupt nicht nach einem einzelnen Gesichtspunkt, sondern macht sie von mehreren Faktoren abhängig, vor allem natürlich von dem Bodenwert und dem Mietertrage, wobei Zukunftshoffnungen leicht schon für die Gegenwart eskomptiert werden.

Der Schätzer nimmt unter den bezeichneten Personen den verantwortlichsten Platz ein, weil er den Wert des Grundstückes nach bestem Wissen und Gewissen zu ermitteln hat und schließlich bei Bemessung der Darlehenssumme den Ausschlag giebt. Es ist aber nicht zu verkennen, daß eine strenge Auffassung der Pflicht dazu gehört, um dem Andrängen auf höchste Bewertung zu widerstehen, dem er bei den vorbezeichneten gleichgerichteten Interessen vielfach ausgesetzt ist.

Nachdem der Bauherr auf dem bezeichneten Wege die möglichst hohe Schätzung und die Zusage hoher Beleihung des demnächstigen Neubaus erlangt hat — häufig wandern die Bauzeichnungen zu diesem Zwecke von einem Sachverständigen zum andern —, wird die Ausführung des Baues in Angriff genommen. Wenige Wochen genügen, um das Haus im Rohbau fertigzustellen und, was die Hauptsache ist, beleihungsfähig zu machen. Zu diesem Zeitpunkt erfolgt gewöhnlich die erste Ratenzahlung des inzwischen im Grundbuche eingetragenen Darlehns; sie übersteigt meist die bis dahin fällig gewordenen Abschlagsforderungen der Bauhandwerker, und der Rest verbleibt dem Bauherrn.

In derselben Weise geht die Sache weiter, es erfolgen neue Ratenzahlungen. Wie hoch die inzwischen durch den Bau angewachsenen Schulden eigentlich sind, weiß der Bauherr oft genug überhaupt nicht, da Kostenanschläge, geordnete Buchführung u. dgl. m. in der Regel fehlen oder von Hintermännern besorgt werden, während der Bauherr nur den nicht mehr übersehbaren Wechselverbindlichkeiten seine Unterschrift zu geben hat.

Ist das Haus schließlich fertiggestellt, wozu meist fünf bis sechs Monate gehören, so erfolgt die letzte Zahlung, die unter Umständen auch zur Befriedigung der dringendsten Forderungen der Lieferanten und Handwerker ausreicht. Oft genug bleiben aber Restforderungen zurück, die nicht anders als mit Schulbverschreibungen und Hypothekeneintragungen gedeckt werden können und bei einer eventuellen Subhastation des Grundstückes um so wertloser sind, je höher die vordem eingetragenen Darlehne reichen.

Vom Amtsgericht zu Leipzig wurden in den Jahren 1880—94 folgende zwangsweise Versteigerungen von Grundstücken angeordnet:



Stadtbezirk	Jahr	Fälle	Hypotheken= belastung der Grund= stücke M	Versteige= rungserlös M	Ausfall, den die Hypotheken= gläubiger erlitten M	Ausfall % der Forderungen
1	2	3	4	5	6	7
Alt-Leipzig . . . .	1880	91	5 019 843	2 747 255	2 272 588	45,27
" . . . .	1881	90	5 030 252	3 511 450	1 518 802	30,19
" . . . .	1882	86	4 166 834	2 959 965	1 216 869	28,96
" . . . .	1883	116	6 665 964	4 949 925	1 716 039	25,74
" . . . .	1884	40	3 283 905	2 113 150	1 170 755	35,65
" . . . .	1885	18	1 276 284	1 762 250	514 034	22,58
" . . . .	1886	11	1 129 776	797 600	332 176	29,40
" . . . .	1887	7	473 908	367 900	106 008	22,36
" . . . .	1888	14	1 266 869	999 700	267 169	21,08
" . . . .	1889	5	419 138	357 650	61 488	14,66
" . . . .	"	2	176 523	151 000	25 523	14,46
Neu-Leipzig . . . .	"	"	"	"	"	"
Gesamt-Leipzig . . .	1890	52	4 749 645	3 391 814	1 357 831	28,58
Alt-Leipzig . . . .	1891	29	20 678 149	4 002 209	16 675 940	86,45
Gesamt-Leipzig . . .	"	134	28 374 971	8 621 152	19 753 819	69,61
Alt-Leipzig . . . .	1892	56	7 156 844	5 201 039	1 955 805	27,25
Neu-Leipzig . . . .	"	103	5 880 163	4 073 435	1 806 728	30,72
Gesamt-Leipzig . . .	"	159	13 037 007	9 274 474	3 762 533	28,87
Alt-Leipzig . . . .	1893	38	4 829 501,34	3 067 090,00	1 762 411,34	36,49
Neu-Leipzig . . . .	"	96	6 142 745,18	4 460 741,62	1 682 003,56	27,38
Gesamt-Leipzig . . .	"	134	10 972 246,52	7 527 831,62	3 444 414,90	31,39
Alt-Leipzig . . . .	1894	34	4 355 702	2 802 280	1 553 422	35,67
Neu-Leipzig . . . .	"	176	8 312 356	5 606 205	2 706 151	32,56
Gesamt-Leipzig . . .	"	210	12 668 058	8 408 485	4 259 573	33,62

Die Möglichkeit, die Höhe der dabei von den Bauhandwerkern erlittenen Verluste genauer zu ermitteln, muß leider als ausgeschlossen angesehen werden. Auch behördliche Untersuchungen werden diese ebensowenig ergeben, wie etwa die Gewinne der Grundstücksspekulanten, Hypothekenbanken u. s. w., die den Verlusten der Bauhandwerker gegenüberstehen. Das sächsische Ministerium des Innern hatte unter dem 6. Juli 1895 eine Verordnung erlassen, in der die Bauhandwerker ersucht wurden, ihre in den letzten fünf Jahren erlittenen Verluste anzugeben. Daraufhin haben einige Leipziger Innungen ihre Verluste mitgeteilt und zwar die

Dachdeckerinnung . . . . .	110 000 Mk.,
Glaserrinnung . . . . .	145 000 =
Klempnerinnung . . . . .	37 555 =
Maler- und Lackiererinnung . . .	142 764 =
Tischlerinnung . . . . .	81 594 =
zwei Schlossermeister . . . . .	3 203 =
zusammen	520 116 Mk.



Dem Anschein nach treffen demnach die Verluste durch Bauschwindel am häufigsten die kleinen Baugewerksmeister, welche die späteren Arbeiten auszuführen haben. Die Maurer- und Zimmermeister befinden sich dem Unternehmer gegenüber in einer weit günstigeren Position und werden viel seltener und auch dann gewöhnlich nur mit einem Teile ihrer Forderungen geschädigt, denn haben sie ihre bestimmten Ratenzahlungen nicht erhalten, so stellen sie ihre Arbeit ein und bringen dadurch den ganzen Bau ins Stocken. Aber trotzdem werden auch Maurer- und Zimmermeister, namentlich Anfänger, die noch nicht genug Routine besitzen, häufig genug geschädigt. — Bei notorischer Zahlungsunfähigkeit des Bauherrn hat natürlich keiner der Geschädigten ein Interesse daran, die Subhastation des Grundstückes zu erwirken, da auf die Möglichkeit der Heranziehung von Kaufliedhabern für das Haus bei seiner hohen Belastung kaum zu rechnen ist, und die Herbeiführung des Konkurses nur noch Kosten verursacht. In vielen Fällen wird die Sache im Wege der stillen Besitzübertragung auf einen der letzten Hypothekengläubiger oder Handwerker abgethan.

Außer den geschilderten Vorgängen beim Bauplatzkaufen, Hypothekengeben und Häuserbauen, die nicht etwa seltene Ausnahmen, sondern zum Teil typisch sind, kommen natürlich die verschiedensten, mehr oder weniger undurchsichtigen, Variationen und „Schiebungen“ vor. So haben neuerdings einige übelberühmte Bauspekulanten (im Südviertel der Stadt) die Bauhandwerker wegen ihrer Forderungen mit Bauplätzen befriedigt und zwar zumeist solchen, die in entfernteren Vororten belegen sind, für die sie gewöhnlich erst nach langer Zeit des Zuwartens Käufer fanden und jedenfalls einen niedrigeren als den angerechneten Preis erzielten, zumal dann, wenn die Verkäufer als Rückkäufer austraten.

Auch das Bauen der Handwerker auf Gegenrechnung ist ein Geschäftsbetrieb mit unzureichenden Mitteln. Dabei wird bekanntlich die Bauarbeit mit Arbeit statt mit Geld bezahlt, indem der bauende Handwerker einem anderen für ihn arbeitenden Handwerker das Versprechen abnimmt, ihm bei seinem nächsten Bau die Arbeit zu übertragen; diese verpflichten sich bei ihren Bauten wiederum andere Handwerker und so entstehen Verkettungen und Verwicklungen gegenseitiger Kreditverpflichtungen, die ohne regelrechte Abrechnung oft Jahre lang weiter gesponnen werden. Die inzwischen notwendig werdenden Zahlungsmittel müssen durch gegenseitige Wechsel beschafft werden, wodurch dann die Kreditbeziehungen in noch höherem Maße verwirrt werden. Tritt an einer Stelle schließlich eine Zahlungsstockung ein, so pflanzt sie sich durch die ganze zusammenhängende Gruppe fort.



Im übrigen ist natürlich auch nicht annähernd exakt zu beurteilen, welche Ausdehnung die verschiedenen Systeme genommen haben.

Die im vorstehenden erörterte „ungefunde Entwicklung der Verhältnisse im Baugewerbe“ findet im wesentlichen ihren Ausdruck in den vom Ausschusse der Gewerbekammer zu Leipzig zur Annahme vorgeschlagenen Anträgen, nämlich:

- 1) „den Bauhandwerkern möge unentgeltliche Einsichtnahme in die Grund- und Hypothekenbücher gestattet werden;
- 2) den Bauunternehmern ist bei Strafandrohung die Verpflichtung zu kaufmännischer Buchführung aufzuerlegen;
- 3) die Verwendung von Baugelbern zu anderen als Bauzwecken ist strafbar;
- 4) die Vereinfachung der Konkursordnung ist herbeizuführen;
- 5) die Erteilung der Baukonzession ist von der Hinterlegung einer Baukaution, welche die voraussichtlichen Forderungen der Handwerker deckt, abhängig zu machen.“

Ein weit kräftigeres Hindernis könnte dagegen die Baupolizei einer allzuweiten Verbreitung der Baulust und Bauspekulation entgegenstellen. Sie kann sich bei Prüfung der Bauentwürfe zum Zweck der Erteilung der Bauerlaubnis nur auf die bestehenden baupolizeilichen Vorschriften stützen, die in sog. Bauordnungen gesammelt sind. Je schlaffer ihre Bestimmungen sind, umsoweniger kann die Bauspekulation von dieser Seite eingeeengt werden, je unmäßiger und gefährdender die Spekulation aber wird, um so mehr liegt für die Lokalbehörden Anlaß vor, die Bauordnung zu verschärfen. Das Allergefährlichste ist aber, wenn in Zeiten erhöhter Bauspekulation die Notwendigkeit einer Verschärfung der Bauordnung erkannt, auch geplant und vorbereitet, aber dennoch verzögert wird.

In Sachsen ist das wegen polizeilicher Beaufsichtigung der Bauten zu beobachtende Verfahren durch Gesetz vom 6. Juli 1863 geregelt. Die allgemeinen baupolizeilichen Bestimmungen sind in einer Baupolizeiordnung für Städte und in einer solchen für Dörfer enthalten, die dem gedachten Gesetz beigelegt waren und im Jahre 1869 in revidierter Form erneuert wurden. Aus den alten Feuerordnungen hervorgangen, enthalten diese Baupolizeiverordnungen insbesondere Vorschriften über Festigkeit der Gebäude sowie Verhütung von Feuergefahr und berücksichtigen die gesundheitspolizeilichen Interessen. Sie geben überhaupt, wie bei ihrem Erlass hervorgehoben wurde, nur das im allgemeinen erforderliche geringste Maß von Vorschriften und empfehlen den einzelnen Städten die Einrichtung von Lokalbauordnungen, um die allgemeinen baupolizeilichen Bestimmungen nach den örtlichen Verhältnissen zu ergänzen und zu ändern. Die einzelnen Gemeinden haben sich dann nach ihrem vermeintlichen Interesse ihre Bauordnung zurecht-



gemodelt, die allenfalls von der vorgesetzten Behörde etwas rektifiziert wurde. Der Entwurf einer Leipziger Bauordnung datiert vom Jahre 1883. Er wurde durch eine Kommission eingehender Beratung unterzogen, 1886 vom Rat unverändert, von den Stadtverordneten mit nur unerheblichen Änderungen angenommen und der Regierung zur Genehmigung vorgelegt. Diese Genehmigung ist nicht erfolgt. Als hauptsächlichste Gründe hierfür wurden einestheils hervorgehoben, daß der Entwurf die örtlichen Verhältnisse der damals in der Einverleibung begriffenen Vororte nicht ausreichend berücksichtige, andernteils wurden bezüglich der Anforderungen, welche die Bestimmungen des Entwurfes von den Grundbesitzern bei Neuanlegung von Straßen verlangten, über Dispenisations-, Entschädigungs- und ähnliche Fragen formaljuristischer Natur Änderungen für erforderlich erklärt.

Es scheint notwendig zu sein, bauplatzspekulativen Gemeinden überhaupt nicht das Recht zuzugestehen, sich ihre Bauordnung oder Bauvorschriften selbst zu geben, sondern sie in allen Baukonzessionsfachen, bei Straßenanlagen u. s. w. von der nächsthöheren Behörde abhängig zu machen.

### C. Statistisches.

Das im vorstehenden gezeichnete Bild der Vergangenheit und Gegenwart des Baugewerbes würde sich bedeutend eindrucksvoller gestalten, wenn seine Belebung durch zuverlässige vergleichbare statistische Daten möglich wäre. Die vorhandenen Zahlen können dazu indes nur in unvollkommener Weise dienen.

Für die früheste Zeit liegen nicht einmal über die Zahl der im Baugewerbe beschäftigten Meister zuverlässige Angaben vor. Die folgende Tabelle, die mangels besserer Quellen durch Auszählung der Adreßbücher der Stadt Leipzig gewonnen wurde, mag wenigstens zunächst den äußeren Stand des Baugewerbes veranschaulichen.

(Siehe Tabelle auf S. 57.)

Daß das auf dem angegebenen Wege gewonnene Material keinen Anspruch auf Genauigkeit erheben kann, ergibt eine Vergleichung dieser Ziffern mit denen Leonhardis<sup>1</sup>:

(Siehe Tabelle auf S. 58 oben.)

Soviel läßt sich jedoch mit Bestimmtheit daraus erkennen: während des 18. und bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts überwog die Zahl der

<sup>1</sup> Geschichte und Beschreibung der Kreis- und Handelsstadt Leipzig, 1799, S. 273.



Jahr	Maurer- meister	Zimmer- meister	zusammen	Einwohner	Einwohner auf 1 Meister
1713	8	8	16	ca. 25 000	1 562
1715	6	11	17	.	.
1721	6	11	17	ca. 28 500	1 676
1732	8	10	18	.	.
1752	7	11	18	32 824 <sup>1</sup>	1 825
1757	7	10	17	.	.
1764	5	7	12	28 352 <sup>2</sup>	2 362
1768	6	6	12	.	.
1775	7	8	15	.	.
1780	5	6	11	.	.
1785	6	7	13	.	.
1790	4	8	12	.	.
1795	5	7	12	31 152	2 596
1800	5	7	12	32 146	2 679
1805	7	9	16	32 492	2 031
1810	9	8	17	34 342	2 020
1815	6	6	12	33 773	2 814
1820	6	4	10	37 375	3 737
1825	9	5	14	41 506	2 965
1830	8	9	17	40 946	2 408
1835	12	10	22	46 294	2 104
1840	14	12	26	51 712	1 989
1845	15	19	34	60 205 <sup>3</sup>	1 765
1850	11	20	31	.	.
1855	10	21	31	69 746	2 250
1860	22	25	47	78 495 <sup>4</sup>	1 670
1865	32	29	61	83 093	1 362
1870	35	32	67	106 925	1 596
1880	58	32	90	149 081	1 655
1885	78	50	128	170 342	1 331
1890	112	79	191	295 025	1 532
1895	145	102	247	399 969 <sup>5</sup>	1 619
1896	157	110	267	?	?

Zimmermeister; vom Jahre 1810 an blieb sie mehrere Jahrzehnte hinter der Zahl der Maurermeister zurück; von 1830 an nimmt der Meisterbestand bei beiden Gewerben zu, nur in den 50er Jahren tritt eine Unterbrechung ein, wo die Zahl der Zimmermeister die der Maurermeister um das Doppelte übersteigt. Seit den 60er Jahren vermehrt sich wiederum die Zahl der Meister beider Handwerke ununterbrochen, aber beim Zimmerhandwerk nur

<sup>1</sup> Im Jahre 1753

<sup>2</sup> Im Jahre 1763.

<sup>3</sup> Im Jahre 1846.

<sup>4</sup> Im Jahre 1861.

<sup>5</sup> In der Zeit von 1889—92 sind die früheren Landgemeinden der Stadt Leipzig einverleibt, wodurch sich die Einwohnerzahl vom 1. Januar 1891 an auf 354 899 und vom 1. Januar 1892 an auf 357 122 erhöht.



Jahr	Maurer- meister	Zimmer- meister	zusammen
1716	11	11	22
1746	20	9	29
1770	15	6	21
1786	10	7	17
1789	10	8	18
1798	6	7	13

allmählich, dagegen beim Maurerhandwerk so sprunghaft, daß das letztere im Jahre 1880 mit 58, das erstere aber mit nur 32 Meistern besetzt ist. Das hängt gewiß damit zusammen, daß mit wachsendem Wohlstande und steigenden Holzpreisen der Fachbau und die Holzkonstruktion gegenüber dem Steinbau zurücktraten, wie dieser neuerdings auch gegenüber der Anwendung von Eisenkonstruktionen. Im übrigen lassen sich natürlich die verschiedenen Ursachen der bald größeren bald geringeren Bewegung im Meisterbestande im einzelnen nicht nachweisen.

Um einen Einblick in die Betriebsgrößen des Baugewerbes zu gewinnen, ist es erforderlich, die Zahl der von den Maurer- und Zimmermeistern beschäftigten Personen in Betracht zu ziehen. Während sich in der Zunftperiode auch im Baugewerbe das Bestreben geltend machte, die wirtschaftliche Lage aller Zunftangehörigen möglichst gleichartig zu gestalten, und man dies insbesondere durch Festsetzung einer nicht zu hoch gegriffenen Zahl von Gehilfen zu erreichen suchte, haben sich später immer mehr größere Betriebe herausgebildet, freilich nicht auf einmal, wie Schmoller dies z. B. für Preußen nachweist, sondern allmählich.

Erst die Statistik der Handwerke im Königreich Sachsen aus den Jahren 1849 und 1861 ermöglicht eine konkrete Anschauung. Danach gab es in Leipzig:

Jahr	Maurerhandwerk			Zimmerhandwerk		
	Meister	Gesellen und Lehrlinge	Gesellen und Lehrlinge auf 1 Meister	Meister	Gesellen und Lehrlinge	Gesellen und Lehrlinge auf 1 Meister
1849	10	344	34	19	289	15
1861	27	534	20	23	494	21



Mit dieser hohen durchschnittlichen Gehilfenzahl steht das Leipziger bez. das sächsische Baugewerbe überhaupt an erster Stelle. Wenn freilich in den Tabellen von 1861<sup>1</sup> ein Maurer- oder Zimmermeister in Württemberg 1—2, in Preußen 4—5, in Berlin 14—16 und in Sachsen 18—25 Gehilfen beschäftigt, so sind das nicht durchaus vergleichbare Zahlen, weil in den einzelnen Ländern infolge der Verschiedenheit der polizeilichen Vorschriften über das Meisterwerden teilweise die besondere Mittellasse zwischen Meister und Gesellen, die Flickarbeiter, ausgeschieden ist, teilweise nicht. In Württemberg z. B. fehlt dieser Unterschied; dort war überdies die Meisterprüfung niemals allzuschwer, daher auch die Zahl der Gesellen nicht viel stärker als die der Meister: ein Verhältnis, das noch durch andere Ursachen, die dort überhaupt auf einen kleinen Betrieb hinwirkten, unterstützt wurde.

Für die neuere Entwicklung des Baugewerbes muß Bezug genommen werden auf die im Deutschen Reich veranstalteten gewerbestatistischen Erhebungen in den Jahren 1875 und 1882. Danach gab es in Leipzig

im Jahre	in der	Haupt- betriebe	Neben- betriebe	beschäftigte Personen	Personen auf 1 Betrieb
1875	Maurerei	74	—	819	11
1882	=	122	2	2867	25
1875	Zimmerei	41	—	771	19
1882	=	65	—	734	11
1875	Bauunternehmung	26	2	144	5
1882	=	31	—	684	22

Es ist ohne weiteres klar, daß der Ziffer der in jedem Betriebe durchschnittlich beschäftigten Personen kein großer Wert beizumessen ist; es wurden nämlich bei der Gewerbezahlung von 1882 ermittelt:

Betriebe	Gehilfen	beschäftigte Personen
3	—	4
223	1—5	723
42	6—10	3769
68	11—50	
16	51—200	
1	200—1000	
—	mehr als 1000	
353		4496

<sup>1</sup> Bei Schmoller, a. a. O., S. 369 f.



Nach ihrer Stellung im Beruf waren nach der Berufsstatistik von 1882

in der	Inhaber und Geschäfts- leiter	Wissenschaftlich, technisch oder kaufmännisch gebildete Angestellte	Sonstige Gehilfen	Gesamtzahl der den Beruf ausübenden Personen	Gesamtzahl der Erwerbs- thätigen, Dienenden und Angehörigen
Maurerei . . . . .	121	5	1541	1674	3789
Zimmerei . . . . .	69	10	752	836	1710
Bauunternehmung u. =unterhaltung <sup>1</sup> . . .	120 <sup>2</sup>	198	723	1050	2426

Für die Stadt Leipzig liegen sodann noch die Ergebnisse der speciellen auf Grund des Volkszählungsmaterials von 1890 ausgearbeiteten Berufsstatistik vor. Danach wurden gezählt:

	Alt-Leipzig	Neu-Leipzig	zusammen
Maurer	1329	2301	3630
Zimmerer	658	1465	2143

Nach der obigen Tabelle gab es im Jahre 1890 in Leipzig 112 Maurermeister und 79 Zimmermeister, so daß also auf das Maurergeschäft durchschnittlich 32 und auf das Zimmergeschäft 27 beschäftigte Personen entfallen. Im übrigen ist die Betriebsgröße in den Baugewerben eine sehr schwankende, sie hängt eben von der Zahl und Größe der Bauaufträge ab, und selbst die soliden Baugeschäfte zeigen einen starken jährlichen Wechsel der Arbeiterzahl. Das Baugeschäft enthält sozusagen immer ein spekulatives Moment.

#### D. Anlage- und Betriebskapital.

Während bei anderen Gewerben das Anlage- und Betriebskapital in den verschiedenen Betriebsformen mit mehr oder weniger großer Sicherheit und Genauigkeit festgestellt werden kann, ist dies bei dem Baugewerbe so durchaus verschieden und von besonderen Umständen abhängig, daß eine auch nur annähernd richtige Durchschnittsgröße nicht angegeben werden kann. Eine einigermaßen richtige Bestimmung der Höhe des Kapitals, dessen ein Anfänger bedarf, um selbständig einen Baubetrieb, sei es Maurer- oder Zimmergeschäft, zu beginnen, ist wohl möglich, aber von problematischem

<sup>1</sup> Hoch-, Eisenbahn-, Weg- und Wasserbau.

<sup>2</sup> Darunter Baumeister, Bauinspektoren und Architekten. Vgl. über letztere oben S. 36.



Werte, weil er es thatsfächlich in vielen Fällen ohne das geringste eigene Vermögen beginnt, wenn er nur einen hinreichend großen Personalkredit genießt. Er beschränkt sich dann anfangs auf die Ausführung kleinerer Bauten, leiht sich das Geld zur Beschaffung der erforderlichen Gerüste und Geräte und ebenso die zur Auszahlung des Arbeitslohnes bis zur ersten Ratenzahlung seitens des Bauherrn erforderliche Summe. In früheren Zeiten, wo der private Bauherr regelmäßig vor Beginn des Baues den Meistern Vorschüsse leistete, war es weit einfacher, ohne Vermögen selbständig zu werden; heutzutage, wo eine solche Vorschußleistung (wenigstens in größeren Städten) zu den seltenen Ausnahmen gehört, ist der mittellose Anfänger auf fremde Hilfe angewiesen. In vereinzelten Fällen wird ihm diese von seinem früheren Meister gewährt; sonst aber hat er nur dann die Möglichkeit, sich ohne Vermögen selbständig zu machen, wenn er mit Hilfe von Baugeldern Spekulationsbauten ausführt. Manche unserer heutigen Meister mögen auf diese Weise ihr Geschäft begonnen, vom Glück begünstigt, einiges Vermögen erworben und sich dann größeren Bauten zugewandt haben.

Die Neuanschaffungskosten für das gesamte Rüstzeug, dessen der angehende Maurermeister bedarf, betragen etwa 550—600 Mk. (abgenutztes Gerüst ist schon für die Hälfte des Preises zu erwerben). Das Arbeitsgerät, als Taue, Ketten, Kalkzuber, Kalk- und Wassergefäße, Karren und Handwagen, kostet ungefähr 200 Mk. — zusammen also etwa 750—800 Mk. Bauwinden besitzt der Anfänger in der Regel nicht, diese würden etwa noch 350 Mk. kosten.

Dazu kommt der Arbeitslohn in den ersten 14 Tagen bis 3 Wochen. Nehmen wir an, daß an einem normalen mittleren Hausbau 14 Maurer-  
gesellen nebst 6 Handarbeitern und 5 Zimmergesellen beschäftigt sind, von  
je einem Polier geleitet, so würde die Berechnung des Arbeitslohnes für  
die Woche ergeben

bei den Maurern:

6 Poliertage	à 5,50 Mk. =	33 Mk.,
84 Gesellentage	à 4,50 =	378 =
36 Arbeitstage	à 3,50 =	126 =
Zusammen =		437 Mk.

bei den Zimmerern:

6 Poliertage	à 5,50 Mk. =	33 Mk.,
30 Gesellentage	à 4,50 =	168 =
Zusammen =		201 Mk.



Da nun der Bauherr die ersten Ratenzahlungen gewöhnlich erst nach 14 Tagen bis 3 Wochen leistet, so würde der Maurermeister 874 bez. 1311 Mk., der Zimmermeister 402 bez. 603 Mk. auslegen müssen.

Während sich demnach der Betrag des auszahlenden Arbeitslohnes beim Zimmermeister erheblich geringer stellt, als beim Maurermeister, etwa wie 1 : 3, steht die Einrichtung eines Zimmergeschäftes zu der des Maurergeschäftes im umgekehrten Verhältnis.

Zunächst bedarf der Zimmermeister in der Regel eines nach dem Umfange des Geschäftes größeren oder kleineren, gewöhnlich eingepflankten Zimmerplatzes für die Herrichtung der Hölzer, das Abbinden und die Zulage, ferner eines Lagerschuppens zum Schutz der etwa vorrätigen verarbeiteten oder unverarbeiteten Hölzer. Die Anlagekosten dafür setzen sich aus den Kosten für Ankauf oder Miete des Platzes und denjenigen für Herstellung des Lagerraumes zusammen. Der Maurermeister braucht dagegen erst im Winter einen kleinen überdachten Platz zur Aufbewahrung der Geräte und Gerüste.

Auch die Werkzeuge und Arbeitsgerätschaften des Zimmermeisters erfordern ein weit größeres Kapital als die des Maurermeisters. Die verschiedenen Schrotsägen, Bohrer, Hobel, Taue, Klobenzüge, Hobelbänke, Handkarren, Wagen u. a. m. erfordern ein Kapital von mindestens 1500 bis 2000 Mk.

Für ein solides Baugeschäft, das selbständig ohne fremde Hilfe größere Neubauten ausführt, die notwendigen Bauhölzer, Gerüste, Gerätschaften u. s. w. selbst besitzt, stellt sich das Kapitalerfordernis etwa folgendermaßen:

40 Stück	Rüststämme . . . . .	à 30	Mk. =	1200 Mk.,
120	= Karrenhölzer . . . . .	à 8	=	960 =
200	= Streckhölzer . . . . .	à 4	=	800 =
200	= Stempelhölzer . . . . .	à 1,50	=	300 =
500	= Pfosten . . . . .	à 1	=	500 =
500	= Schoßriegel . . . . .	à 0,50	=	250 =
10	= Kastenkarren . . . . .	à 40	=	400 =
40	= Mauerkasten . . . . .	à 3	=	120 =
40	= Eimer . . . . .	à 1,50	=	60 =
Knäcken, Klammern, Taue, Binden, Hebematerial				
und sonstiges Kleinzeug . . . . .				= 1500 =
Comptoireinrichtung . . . . .				= 1000 =

Insgesamt 8099 Mk.

Dazu kommt die für die Ablöhnung der Arbeiter in den ersten Wochen erforderliche Summe, die sich nach der Größe des Baues bez. der Zahl der beschäftigten Arbeiter bestimmt.



Demnach wird ein Kapital von 15—20 000 Mk. für einen soliden Bauhandwerksmeister nicht als zu hoch gegriffen bezeichnet. Und dieses Kapital erhöht sich noch etwa um die Hälfte, wenn er etwa gleichzeitig das Maurer- und Zimmergeschäft betreibt, wie dies heutzutage infolge des Rückganges des letzteren mehrfach der Fall ist.

In den Betrieben endlich, welche Sägewerke, Schneidemühlen, Hobelmaschinen u. dgl. eingeführt haben, erhöhen sich dementsprechend die Anlage- und Betriebskosten.

### E. Maschinenverwendung und technische Veränderungen.

Die Technik im Maurergeschäft hat sich, abgesehen von vervollkommenen Hebezeugen, Laufkrähnen, Kettenaufzügen, Kalk-, Stein-, Baumwinden u. dgl. zur Aufbringung von Baumaterial wenig geändert. Im allgemeinen wird auch für diesen Zweck der Vorteil maschineller Betriebsweise nicht hoch angeschlagen; bei gewöhnlichen Wohnhäusern lohnt sich der Kraftbetrieb nicht; ja viele für denselben eingerichtete Geschäfte verzichten darauf und befördern das Material anstatt durch Baumwinden durch Pferdekraft hinauf, was schneller von statten geht — freilich auf Kosten der Sicherheit der Arbeiter<sup>1</sup>.

Dagegen haben die Mörtelmischmaschinen selbst in den mittleren Betrieben fast durchweg Eingang gefunden, während solche mit Dampfbetrieb freilich selten sind. Bezüglich der Mörtelbereitung ist das sog. Mörtelwerk der Leipziger Westend-Bau-Gesellschaft erwähnenswert. Es ist inmitten ausgedehnter Sandlager an der Eisenbahn und am Plagwitzer Kanal angelegt, um alle Rohstoffe billig zuzuführen und das fertige Material leicht versenden zu können. Das Werk liefert mit vorzüglich eingerichteten Maschinen

<sup>1</sup> Die Stadt Leipzig hat deshalb jüngst ein Verbot erlassen, das die Gefährdung der Bauarbeiter durch Unfälle bei dem Aufziehen von Materialien durch tierische Kraft beseitigen will. Bei diesem Aufziehen muß sich nämlich oft der Lenker der Tiere mit diesen, die an ein langes Seil gespannt sind, zu weit vom Aufzugsort entfernen, als daß ihn Zurufe noch erreichen könnten. Verschiedentlich ist nun dadurch Unglück entstanden, daß bei zu straffem Anziehen das Material stürzte und die dabei Beschäftigten tödlich oder schwer verletzte. Die neue Leipziger Verordnung lautet: „Es hat das bei Neubauten übliche Aufziehen von Balken, Trägern, Sandsteinen, Cementstücken zc. durch Tiere sehr oft erhebliche Verkehrsstörungen verursacht und auch die Sicherheit der Straßenpassanten und der Bauarbeiter bisweilen gefährdet. Aus wohlfahrtspolizeilichen Gründen wird daher das Aufziehen von Baumaterialien jeder Art unter Benutzung von Zugtieren hiermit untersagt. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mk., eventuell entsprechender Haft, geahndet werden.“



für das Sieben und Mischen von Kalk und Sand einen zum Mauern und Verputzen gleich günstig zu verwendenden, sorgfältig hergestellten Mörtel und führt ihn in eisernen Kastenwagen den Bauten zu. Die Vorteile der maschinellen Mörtelbereitung, welche die meisten größeren Städte bereits besitzen, werden allgemein anerkannt.

Vorteile des Großbetriebes, entsprechend denen des Fabrikbetriebes im Vergleich zum sonstigen industriellen Kleinbetrieb, giebt es im Maurergewerbe nicht. Die moderne Beschleunigung der Bauarbeit ist nur zu einem geringen Teil den arbeitersparenden und arbeitfördernden Maschinen zuzuschreiben, sondern beruht in der Hauptsache auf einer Verstärkung der Arbeiterzahl. Auch künftighin wird dem Maurerhandwerk durch maschinellen Großbetrieb kaum ein unüberwindlicher oder auch nur gefährlicher Gegner erwachsen. Denn alle sogenannten Baumaschinen müssen derart beschaffen sein, daß sie ohne besondere Fundamente leicht aufgestellt werden können, weil beim Fortgang des Baues bei ihnen häufig eine Ortsveränderung vorkommt; sie müssen einfach und solide gebaut sein, selbst auf Kosten des Nutzeffektes, weil eintretende Reparaturen einerseits zu Betriebsstörungen Anlaß geben, andererseits auf der Baustelle, namentlich wenn sie etwas entlegen ist, meist nur mit größerem Zeitverlust ausgeführt werden können, und weil zur Bedienung und Reparatur solcher Maschinen nicht immer geübte und sachkundige Leute zur Verfügung stehen.

Seit etwa einem Jahrzehnt droht die massenhafte Verwendung des Glases, namentlich bei Bauten an den Verkehrsadern der Stadt, dem Maurergewerbe an seinem Arbeitsgebiet mehr und mehr Abbruch zu thun. Das Glas hat dort stellenweise die Mauer fast ganz verdrängt: bis tief unter das Niveau der Straße und bis in das zweite Stockwerk hinauf reichen mächtige Schaufenster. Diese Bauweise greift immer weiter um sich; waren es bis jetzt hauptsächlich Möbel- und Luxusgeschäfte, die auf diese Weise Käufer anzulocken suchten, und beschränkte sich diese Sitte auf die Hauptverkehrsstraßen der Stadt, so sehen wir, wie heute schon der Bäcker und Fleischer sich dieser Form der Reklame bedient und wie bis in die Vorstädte hinaus die Läden mit Schaufenstern ständig wachsen. Den Höhepunkt dieser Entwicklung dürfte die sog. amerikanische Bauweise bedeuten, die in Leipzig mit dem sog. Bismarckhause ihren Einzug gehalten hat. Dieses Gebäude ist durchweg aus Eisen erbaut und es findet sich daran weder eine tragende Steinwand noch ein stützender Balken. Eisen trägt und stützt alles; Stein ist überall nur zur Füllung oder Bekleidung verwendet worden; die Zwischenräume zwischen den einzelnen Stockwerken sind auf ein Minimum beschränkt.

Die weitere Ausbreitung dieser Bauweise würde in noch höherem Grade



für das Zimmerhandwerk verhängnisvoll werden, das ohnehin an seinem früheren Produktionsgebiet weit erheblichere Einbuße erlitten hat, als das Maurerhandwerk.

Eine Ursache seines Rückganges, die jedoch nur im Vergleich mit weiter zurückliegenden Zeiten in Betracht kommt, ist die Änderung der Betriebsweise, die dahin geht, daß das Bauholz nicht mehr vom Zimmermann behauen wird, sondern meistens gesägte Balken verwendet werden, die man fertig von der Säge bezieht. Wird das Holz noch ausnahmsweise auf dem Stamme gekauft, so läßt man es gegen Lohn auf der Säge schneiden.

In Sachsen ist diese Bearbeitung des Holzes vor allem in seinen gebirgigen Gegenden mit ansehnlichem Waldbreichtum fast überall längst verbreitet, am stärksten in dem Hauptproduktionsgebiete, dem Erzgebirge. Brett-, Sägemühlen und Holzschneidwerke finden dort und in den angrenzenden Gebirgen nicht nur den Rohstoff, sondern auch die Triebkraft des Wassers in reichlicher Menge; sie machen das zugerichtete Holz für den Verbrauch bei Bauten geschickter und erleichtern und verbilligen seinen Transport<sup>1</sup>. Wenn auch die Gebirgstäler die natürlichen Gebiete der Säge- und Schneidemühlen sind und sie sich infolgedessen dort am zahlreichsten vorfinden, so fehlen sie doch auch in den übrigen Teilen des Landes nicht, die größere und kleinere Waldbestände aufweisen und das nötige Gefälle für die Wasserkraft erzielen können. In neuerer Zeit findet auch die Dampfkraft vielfach Verwendung, teils ausschließliche für die Zeiten mangelnder oder zu schwacher Wasserkraft, teils für sich allein; besonders in der Nähe von Eisenbahnstationen hat die bequemere Beförderung der Balken, Pfosten, Latten u. s. w. sehr oft zur Anlage von Schneidemühlen geführt. Da solche Dampfsschneidwerke sind auch dort entstanden, wo zwar keine oder nur unbedeutende Wälder in der Nähe vorhanden sind, wo aber durch die Eisenbahn oder auf dem Wasserwege das Rohholz herbeigeführt werden kann.

In und bei Leipzig sind in den letzten Jahrzehnten neun solcher Dampfsgewerke (mit jetzt zusammen über 700 Arbeitern) gegründet worden. Ihre Entwicklung hängt mit der regen Bauhätigkeit in der Stadt und den stetig zunehmenden Vororten zusammen, die sich insbesondere seit den siebziger Jahren gezeigt und eine erhebliche Vergrößerung der Produktion geschnittener, für Bauten verwendbarer Hölzer, Balken, Bretter und Latten bedingt hat. Das hervorragendste unter ihnen wurde bereits im Jahre 1845 in unmittelbarer Nähe des Bahnhofes angelegt; es ist die erste Dampfsschneidemühle in Sachsen bez. Deutschland, die gleichzeitig mit dem ersten in Sachsen

<sup>1</sup> Vgl. Gebauer, Die Volkswirtschaft im Königreiche Sachsen, Bd. III S. 561 f. Kreuztam.



betriebenen Vollgatter versehen wurde. Im Jahre 1857 wurde eine zweite Schneidemühle mit 6 Gattern und 1864 neben dieser noch eine dritte mit 5 Vollgattern, einem Trenngatter und einigen Kreissägen erbaut<sup>1</sup>. Je nach dem Geschäftsgange sind mehr oder weniger Gatter im Betriebe und mehr oder weniger Arbeiter beschäftigt.

Der Bezug des Rohholzes erfolgt zum großen Teil aus Böhmen, geht bis Riesa die Elbe herunter und von dort auf der Eisenbahn bis auf den Lagerplatz, zum kleinen Teil aus Bayern und neuerdings auch aus Rußland. Das zugerichtete Holz findet sein Hauptabsatzgebiet in Leipzig und seiner Umgebung und wird gewöhnlich mit eigenem Fuhrwerk von der Fabrik nach den Baustellen gefahren.

An diese Betriebe schließen sich die sog. Bauabriken an, die neben Sägewerken noch andere Maschinen, wie Hobel- und Stemmmaschinen, besitzen und außer Balken und Brettern auch die übrigen beim Bau notwendigen Holzteile, wie Treppenstufen, Wangen, Leisten, Thürbekleidungen, Spindeln u. dgl. herstellen. Die erste Baufabrik wurde bereits im Jahre 1863 von mehreren Zimmermeistern gegründet<sup>2</sup>. Die Inhaber der Bauabriken sind jetzt entweder Zimmer- oder Baumeister.

Eine der bedeutendsten Anlagen auf diesem Gebiete ist die (im Jahre 1891 in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelte) „Leipziger Baufabrik“. Sie betreibt ein Dampfsäge- und Hobelwerk, Zimmerei, Bau- und Parkettischlerei; sie übernimmt nicht nur Rohbau, sondern insbesondere auch alle Ausbauarbeiten, wie Thüren, Fenster u. dgl., liefert als besonderes Erzeugnis Riemen-, Streifen- oder Stabfußböden, sowie eichene furnierte und massive Parkettböden, endlich auch Schränke, Bänke und andere Möbel für Militär, Schulen, Gerichtsgebäude, Bibliotheken und sonstige Anstalten, sie beschäftigt im Winter 200, im Sommer bei vollem Betriebe 400 Arbeiter. Das Werk besitzt ein umfangreiches Holzlager und ausgedehnte Trockeneinrichtungen. Zum Betriebe der vorhandenen 4 Bund- und 1 Horizontalgatter, 8 Kreissägen, 2 Pendel- und 4 Beschneidekreissägen, 2 Bundsägen und einer Dekupiersäge, einer Streichtisch- und 4 Abrichthobelmaschinen, 6 Fräs- und Nutmaschinen u. s. w. dienen 2 Dampfmaschinen,

<sup>1</sup> Da die Gatter vorwiegend mit dem Schneiden von Bauhölzern beschäftigt sind, so arbeiten gewöhnlich zwei zusammen, in der Weise, daß bei dem einen die Sägeblätter nach dem Höhenmaße, bei dem anderen nach dem Breitenmaße der Balken eingespannt sind. Nachdem der Block das erste Gatter verlassen hat, wird er auf dem zwischen beiden Gattern liegenden Hilfsgeleise zurückgefahren, dann gewandt, auf das zweite Gatter gebracht und auf diesem fertig geschnitten.

<sup>2</sup> Vgl. Jahresbericht der Handels- und Gewerbekammer, Jahrg. 1863, S. 163.



eine zu 100 und zur Reserve eine zu 45 Pferdekraften. Die Fabrik treibt auch Holzhandel.

In ähnlicher Weise sind einige andere Baufabriken kleineren Umfanges eingerichtet, die sich gleichfalls mit der Herstellung von Bauausführungen aller Art und Ausstattung von Bauten befassen, meistens jedoch mit Ausnahme von Tischen, Stühlen und Fußböden.

Die einfachen Fußböden werden in neuerer Zeit immer mehr von Parkettböden verdrängt, die vom Zimmermann mit seinem gewöhnlichen Werkzeuge nicht oder doch nur mit großem Zeitaufwande hergestellt und überdies billiger von Parkettfabriken bezogen werden können. Eine solche ist bereits im Jahre 1825 in Leipzig gegründet; anfänglich wurde sie in bescheidenen Verhältnissen ohne maschinelle Einrichtung betrieben, seit den siebziger Jahren ist sie jedoch, nachdem zum Betriebe der Fabrik Dampfkraft eingeführt war, immer mehr erweitert worden.

Sonach ist dem Zimmermann von seinem früheren Besitze im wesentlichen nur folgendes verblieben: die Zulage, d. i. Herrichtung der Hölzer auf dem Zimmerplatze und probeweise Zusammenstellung derselben, das Auf- und Abtragen der Balken, das Legen der Fußböden, das Verschalen der Dächer, das Anschlagen der Holzgesimse u. ä. Nicht einmal der Holztreppebau, die komplizierteste und am meisten Arbeit erfordernde Verrichtung des Zimmermanns, ist ihm ungeschmälert belassen, sondern teils durch die erwähnten Fabriken, teils durch die größeren Tischlereien, Möbelfabriken und damit zusammenhängende Betriebe abgerungen, die zunächst auf Kunstgewerblichem Gebiete thätig und mit Holzarchitektur und Bildnerei beschäftigt sind, aber auch die vollständige innere Einrichtung größerer Häuser übernehmen und selbst einzelne Ausbaubestandteile, als Treppen u. dgl. liefern. Immerhin ist der Holztreppebau noch nicht, wie in anderen größeren sächsischen Städten, fast gänzlich in Wegfall gekommen, seitdem dort die Bauordnungen für die zu ständig bewohnten Räumen führenden Haupttreppen feuer sichereres Material, Stein oder Eisen, vorschreiben.

Im allgemeinen hat dagegen der Prozeß der Verdrängung des Holzes durch Stein und insbesondere Eisen zum Schaden des Zimmerhandwerks auch im modernen Bauwesen Leipzigs immer größere Fortschritte gemacht. Während Eisenkonstruktionen an anderen Orten meist nur bei öffentlichen Bauten in bedeutenderem Umfange angewandt werden, finden sie hier auch beim Privatbau immer mehr Verwendung. Fast sämtliche Neubauten auf alter Baustelle, wie sie seit etwa zwei Jahren in großer Zahl in der inneren Stadt ausgeführt werden, insbesondere die Geschäfts- und Waren-



häuser, sind feuersicher aus Stein und Eisen hergestellt. Die Eisenkonstruktionen begegnen uns in der modernen Baupraxis in den verschiedensten Formen und Verwendungsweisen. Man denke nur an die eisernen Veranden, Balkons, Pavillons, Wintergärten, Gewächshäuser, Gartenzelte, Fenster, Treppen, Thore, Geländer, schmiede- und gußeisernen Säulen, Dächer u. s. f.! Durch die Eisenbedachung, die in letzter Zeit immer häufiger wird, erleiden die Zimmerleute einen empfindlichen Verlust an Arbeit, wodurch dagegen das Dachdeckerhandwerk an Bedeutung und Umfang viel gewonnen hat.

Ist so auch das Produktionsgebiet des Zimmermanns nach den verschiedensten Richtungen hin beschränkt, er wird in unserem Zeitalter solange eine immerhin hervorragende Stellung im Baugewerbe behaupten, als das Holz als Baustoff, und zwar als Material für Konstruktion wie für Ausbau, bei der großen Mehrzahl der Bauten unentbehrlich ist. In der letzten Saison haben die Bauten der sächsisch-thüringischen Industrie- und Gewerbeausstellung dem Leipziger Zimmergewerbe ein reiches Thätigkeitsfeld eröffnet, denn die Wahl der Baumaterialien für diese ergab sich aus dem Charakter der Bauten, als vorübergehender Schöpfungen, von selbst: die Holzkonstruktion ist vorherrschend, und sie gelangt gerade bei dieser Art von temporären Bauwerken wieder zu einer eigentümlichen und vielleicht, folgenreichen Entwicklung. Freilich hat sich das Leipziger Zimmergewerbe den außergewöhnlichen Anforderungen, die bei dieser Gelegenheit an dasselbe gestellt wurden, nicht vollständig gewachsen gezeigt. Gerade das Hauptgebäude der Ausstellung hat einer großen Frankfurter Baufabrik übertragen werden müssen, und an den Leistungen dieser Weltfirma ist vielleicht dem einheimischen Gewerbe zum erstenmal so recht zum Bewußtsein gekommen, welche Vorteile in solchen Fällen ein universeller kapitalistischer Großbetrieb zu bieten imstande ist.

## F. Der Gesellenstand im Baugewerbe.

Der Gesellenstand im Baugewerbe war zwar von jeher nicht in dem Maße ein Durchgangsstadium zum Meisterstande, wie sonst bei den Kunsthandwerken<sup>1</sup>, ist aber schon längst fast ausnahmslos zum Berufsstande geworden, von dem sich der Meisterstand gesellschaftlich und ökonomisch scharf abhebt.

<sup>1</sup> Daraus erklärt es sich auch, daß man bei noch bestehender strenger Kunstverfassung den Gesellen des Baugewerbes nach Beendigung der Wanderzeit gestatten mußte, zu heiraten und einen eigenen Hausstand zu gründen, und daß auch die Ledigen schon früh aufhörten, dem Hausstande ihrer Meister anzugehören. Vgl. Schanz, Zur Geschichte der deutschen Gesellenverbände, S. 5 Stahl, Das deutsche Handwerk, S. 274.



Die Anforderungen an den Meisterstand sind naturgemäß nach und nach immer höher gestiegen, je mehr die örtlichen Wohnungsansprüche, der Stagenbau, das öffentliche Bauwesen und der Großbetrieb sich im Baugewerbe entwickelten. Zu den Bildungserfordernissen gesellte sich als regulierende Schranke des Zubranges zur Meisterlaufbahn die Kostspieligkeit — ein nicht unerhebliches Moment überall da, wo die Herrschaft des Innungswesens fortbauerte. Eine Enquete, die im Jahre 1856 bei 56 Maurer- und 102 Zimmererinnungen im Königreich Sachsen aufgenommen wurde, hat ergeben, daß die durchschnittlichen Kosten betrugen

bei den	der Aufbdingung der Lehrlinge	der Losspredung der Lehrlinge	des Meister- werdens
Maurern	4 Thlr. 1 Ngr.	5 Thlr. 2 Ngr.	80 Thlr.
Zimmerleuten	4 = — =	4 = 8 =	73 =
und im Höchst- und Mindestbetrage:			
Maurern	11 Thlr. 18 Ngr. — Pf. 10 Thlr. 5 Ngr. — Pf. 289 Thlr. — Ngr. — Pf.		
"	— = 23 = — =	1 = 12 = 5 = 11 = — =	
Zimmerleuten	11 = — = — =	9 = 1 = 8 = 307 = — =	
"	— = 13 = 1 =	1 = 12 = 5 = 24 = 1 = 2 =	

Dabei sind die Erwerbskosten des für den selbständigen Gewerbebetrieb geforderten Bürgerrechts den Meistergebühren zugerechnet. Darüber hinaus waren noch mehr oder weniger erhebliche Nebenkosten durch die Sitte und Ansitte in der Regel erforderlich. Hatte der Geselle diese den Übertritt in den Meisterstand erschwerenden Hindernisse überwunden und seine Mittel erschöpft, so konnte er selbständiger Meister nur in ganz kleinen Verhältnissen sein, und wenn er es zu einer bescheidenen Selbständigkeit gebracht hatte, fand er sich auf einen so engen Erwerbspielraum beschränkt, daß er es je nach der Konjunktur vorzog, in das Lohnverhältnis zurückzukehren. Als Geselle hat er ja aus seinen eigenen Mitteln nur das Handwerkszeug (Geschirr) zu liefern, dessen Wert für den Zimmergesellen<sup>1</sup> 1865 auf mindestens

<sup>1</sup> Zur vollkommenen Ausrüstung eines Zimmergesellen gehört folgendes Geschirr:

1 Satz Sägen . . . . .	8,00 Mk.
1 = Hobel . . . . .	25,00 =
verschiedene Stemmeisen, Loch- und Stechbeutel . . . . .	10,00 =
verschiedene Hohlseilen, Klopsholz, Handbeil, Hammer, Zange, Bohrwinde . . . . .	8,00 =
verschiedene Bohrer . . . . .	3,00 =
Raspel, Holz- und Sägenfeilen . . . . .	2,00 =
Holzwinke, Ziehklänge, Senkflüße, Schrenkeisen, Streichschale, Schraubenzieher, Zirkel, Streichmaß . . . . .	4,00 =
Zusammen	60,00 Mk.



7 Thaler, gegenwärtig auf mindestens 40—50 Mk., für den Maurer<sup>1</sup> auf 15—25 Mk. geschätzt wird und die Unterhaltskosten während der ersten Arbeitswoche bis zum Lohnzahlungstermine, am Sonnabend, zu bestreiten.

Das Baugewerbe ist in der Entwicklung seiner Lohnarbeiterklasse den meisten Handwerkszweigen vorausgeeilt. Als keine reinen Lohnarbeiter könnte man heute vielleicht nur noch die Maurer und Zimmerleute aus den umliegenden Dörfern der Stadt bezeichnen. Sie sind meistens Söhne von kleinen Ackerstellenbesitzern und haben das Maurer- oder Zimmerhandwerk gelernt, um sich damit solange ihr Brot zu verdienen, bis sie selbst in den Besitz einer Stelle gelangen; dabei fahren sie aber fort, bei ihren Angehörigen zu wohnen und ihnen in der Ackerarbeit und im Hause zu helfen. Glückt es ihnen nicht, kleine Stellenbesitzer zu werden, so müssen sie allerdings zeitlebens beim Handwerk bleiben und bringen es dann meistens bis zum Polier. Übernehmen sie die väterliche Stelle bez. heiraten oder erwerben sie eine solche mit ihren Ersparnissen, und ist sie nicht groß genug, um sie vollständig zu beschäftigen und zu ernähren, so betreiben sie die Maurerei oder Zimmererei als Nebenberuf weiter; sie stehen aber keineswegs in Gefahr, gleich Not zu leiden, wenn sie ein zu niedriges Lohnangebot des Maurer- oder Zimmermeisters zurückweisen, während andererseits die Meister nicht in der Lage sind, sich durch Lohndruck um alle diese zuverlässigen Leute zu bringen. Beide bedürfen einander und stehen wirtschaftlich so ziemlich auf gleichem Fuße; nur als Betriebsleiter ist der Meister der Vorgesetzte, wenn man will, der Herr der Gesellen. Unter diesen Umständen beanspruchen diese Gesellen denn auch vielfach, wenigstens in Preußen, eine Lohnzulage von etwa 10 0/0,

<sup>1</sup> Zur Ausrüstung eines Maurergesellen gehört:

1 Kelle . . . . .	0,80 Mk.
1 Richtscheit . . . . .	1,00 "
1 Mauerhammer . . . . .	1,20 "
1 Bruchsteinhammer . . . . .	3,50 "
1 Häufel . . . . .	2,00 "
3 verschiedene Stahlseilen . . . . .	4,50 "
1 Glätteisen . . . . .	1,50 "
1 Wassermage . . . . .	2,50 "
1 Anneker . . . . .	1,00 "
1 Winkel . . . . .	2,00 "
1 Schnurlot . . . . .	1,25 "

Diese Werkzeuge werden beim eigentlichen Mauern benutzt, die nächsten zum Verputzen:

1 Kartätsche . . . . .	1,00 "
Übertrag	22,25 Mk.



den sogenannten Landgrofchen, auch Landzulage genannt. Von den Leipziger Maurern und Zimmerern mag ſich vielleicht ein Drittel in einer ſolchen wirtschaftlich bevorzugten Lage befinden.

Der Meiſter verkehrt ſchon längſt mit ſeinen Gefellen nicht mehr perſönlich, ſondern durch Vermittlung des ſogenannten Poliers, eines durch Tüchtigkeit, Zuverlässigkeit und Umſicht ausgezeichneten älteren Gefellen, der häufig den Kurſus einer Fachſchule durchgemacht hat. Er vermittelt gewöhnlich die Anwerbung, Löhnung und Entlaſſung der Gefellen, vertritt den Meiſter dem Bauherrn gegenüber, bereitet die Arbeit vor, ordnet und überwacht ſie (freilich pflegt der Meiſter trotz dieſer Vertretung täglich wenigſtens einmal auf dem Bau zu erſcheinen). Auch die größeren Meiſter haben meiſtens nur einen Polier, auch wenn ſie mehrere kleinere Bauten gleichzeitig ausführen. In kleineren Betrieben, etwa bis zum achten Gefellen, thut der Polier auch Gefellenarbeit mit, auf einem großen, aber nicht ſehr weitläufigen Bau beaufſichtigt der Maurerpolier 30—40 Gefellen. In den größeren Betrieben iſt dem Polier in der Regel ein Poſtenpolier untergeordnet, der auf die Anordnung und Aufſicht über ein engeres Arbeitsgebiet beſchränkt iſt; er wird entweder mit der Geſamtleitung eines kleineren oder mit der teilweiſen Leitung eines größeren Baues oder mit einem ſchwierigeren Arbeitspoſten, z. B. der Ede des Baues, betraut. Der Zimmerpolier hat wegen der Trennung des Zimmer- und Bauplatzes je einen Poſtengeſellen zur Aufſicht über 4—6 Gefellen zur Verfügung.

Der Maurermeiſter beſchäftigt zur Bedienung ſeiner Gefellen eine etwas geringere Zahl von Handarbeitern zum Kalklöſchen, Sandschippen, Waſſer-, Kalktragen u. dgl. m. Meiſtens werden auch die Erdarbeiter vom Maurermeiſter geſtellt, die einem Obmann, dem Schachtmeiſter, unterſtehen. Eine beſondere Berufsclaſſe bilden endlich in Sachſen die ſogenannten Steinetreiber, die unter einem Kolonnenführer von Bau zu Bau ziehen und Steine und Ziegel von Stockwerk zu Stockwerk befördern. Weibliche Arbeiterinnen, die in einigen ſchleſiſchen und bayriſchen Gegenden im Maurerhandwerk eine nennenswerte Rolle ſpielen, finden in Sachſen nur vereinzelt

	Übertrag	22,25 Mk.
1 Tünchſcheibe . . . . .	1,00	=
1 Tünchauſziehbrett . . . . .	0,75	=
2 Reibebretter . . . . .	0,75	=
1 Filzſtock . . . . .	0,40	=
1 Modelliereiſen . . . . .	0,75	=
1 Dugend Putzhaken . . . . .	1,50	=
Zuſammen		27,40 Mk.



Verwendung, so in Zwickau und in den Gebirgsorten an der böhmischen Grenze.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Baugewerbe wurden bis vor kaum einem Menschenalter durch Landes- und Taxordnungen bez. durch den Rat der Stadt festgesetzt, nach jedesmaliger Anhörung der Meister; erfreuten sich doch die Baugewerbe einer ganz besonderen Beaufsichtigung durch die städtischen Behörden.

Nach der kurfürstlichen Landesordnung von 1482 verdiente der „gemeine werckman“, d. h. der Maurer und Zimmermann, wenn er die Kost erhielt, die Woche nicht über 14 Gr., ohne Kost nicht über 23 Gr., der Tagelöhner 9 bez. 16 Gr. Aus den Maurerordnungen späterer Zeit, denen auch die der Zimmerleute angepasst waren, wissen wir, daß der Tagelohn im Jahre 1542 auf  $2\frac{1}{2}$  gute Gr., 1544 auf 3 Gr. im Sommer,  $2\frac{1}{2}$  Gr. im Winter, 1614 auf  $4\frac{1}{2}$  Gr. festgesetzt war<sup>1</sup>. Ein Ratspatent vom 24. April 1647 setzte den Lohn auf 6 Gr., ausschließlich des Meistergroßschens, eine Taxordnung von 1766 auf 10 Gr. im Sommer und  $8\frac{3}{4}$  Gr. im Winter fest. Eine Ratsordnung vom 1. Oktober 1776 schrieb für die Maurer im Sommer, bei einer Arbeitszeit von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends, 8 Gr., im Winter von 7 Uhr früh bis 5 Uhr abends, 7 Gr. vor.

Spätere Modifikationen wurden durch die Bekanntmachungen vom 3. Februar 1791, 24. April 1799 und 20. April 1803 eingeführt, die

<sup>1</sup> Falke (bei Viedermann, Deutschland im 18. Jahrhundert, Bd. I, S. 66) stellt über die Löhne im Leipziger Maurer- und Zimmergewerbe folgende Berechnung auf: im 15. Jahrhundert verdiente ein Maurergeselle im Durchschnitt wöchentlich 14 Gr. = 1 Thlr. 14 Sgr. 4 Pfg., ebensoviel der Zimmergeselle, täglich also 2 Gr. 4 Pf. = 7 Sgr. 4 Pfg. Ein Scheffel Korn kostete damals durchschnittlich 6 Gr. 4 Pf. = 20 Sgr., also konnte der Geselle durchschnittlich mit 3 Arbeitstagen den Wert eines Scheffels Korn verdienen, in teureren Jahren, wo der Scheffel Korn 9 Gr. kostete, mit  $4\frac{1}{2}$  Tagen. In der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts verdiente der Maurer- und Zimmergeselle täglich im Durchschnitt 2 Gr. 6 Pf. = 6 Sgr. 8 Pf. und wöchentlich 15 Gr. = 1 Thlr. 10 Sgr. Damals kostete das Korn im Durchschnitt 20 Gr. = 1 Thlr. 23 Gr. 7 Pf., in teureren Jahren 29 Gr. = 3 Thlr. 14 Sgr., also konnte er erst mit 8 Arbeitstagen einen Scheffel Korn nach dem Durchschnittspreis mit  $15\frac{3}{5}$  Tagen, in teureren Jahren mit 200 Arbeitstagen nach dem Durchschnittspreis nur den Wert von 25 Scheffeln Korn = 100 Thlr. verdienen. Sonach waren die Lohnverhältnisse in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts um 1,66 % günstiger, als im 15. Jahrhundert. Der Durchschnittspreis des Kornes stieg in der zweiten Hälfte bis zu 24 Gr. 6 Pf. = 1 Thlr. 27 Sgr., während der Arbeitslohn nur 3 Gr. = 7 Sgr. täglich betrug. Beide brauchten also wieder 8 Arbeitstage, um den Wert eines Scheffels Korn zu verdienen. Für die erste und zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts blieben also die Lohnbedingungen dieselben.



den Lohn nach und nach auf 9 Gr. 6 Pf. erhöhten<sup>1</sup>. In den Jahren 1807 und 1808 wurde der Stundenlohn eingeführt und auf 1 Gr. ausschließlich des Meistergroschens festgesetzt. Am 2. März 1824 verordnete der Rat „zu angemessener Ausgleichung des seit einiger Zeit fühlbar gewordenen Mißverhältnisses zwischen den Preisen der allgemeinen Lebensbedürfnisse und dem unverändert gebliebenen Arbeitslohn der Maurer- und Zimmergesellen, daß der Tagelohn, mit Einschluß des Meistergroschens, im Sommer — vom 15. März bis 15. Oktober — bei 11 Arbeitsstunden 12 gute Gr. und im Winter — vom 15. Oktober bis 15. März — bei 8 Arbeitsstunden 9 Gr. betragen solle“. Jede höhere Bezahlung der Gesellen war ausdrücklich verboten und hatte, wenn sie doch „wider Erwarten“ vorkam, nachdrückliche Geld- und Gefängnisstrafe zur Folge. Das Jahr 1848 brachte hierin eine gewaltige Änderung zuwege; zuerst wurde in einer Bekanntmachung vom 2. November der „freien Vereinbarung“ Raum gegeben, dann ein Maximalarbeitstag von 12 Stunden eingeführt und endlich der Stundenlohn von 1 Gr. (= 1½ Ngr.) wegen der gestiegenen Preise der Lebensbedürfnisse auf 2 Ngr. erhöht. Die Bekanntmachung vom 2. März 1824 hob man ausdrücklich auf und bestimmte, daß die neue Verordnung vom 1. Januar 1849 an in Kraft treten solle. In Wirklichkeit ist sie nie angewendet, sondern schon am 16. Februar 1849 zurückgenommen worden, angeblich auf Antrag der Ausschüsse der Maurer- und Zimmergesellen.

Erst im Jahre 1853 stoßen wir auf eine Neuordnung, indem der Rat festsetzte, daß der Stundenlohn 1½ Ngr. betragen solle und zwar in der Weise, daß Frühstücks- und Vesperzeit, je eine halbe Stunde, als Arbeitszeit angesehen würden. Die Arbeitszeit war gegenüber der Verordnung von 1849 um eine Stunde erhöht. In der Bekanntmachung von 1853 war jedoch, und das ist an ihr die Hauptsache, der freie Arbeitsvertrag, den man schon 1848 wollte, nunmehr endgültig zugelassen und festgestellt, daß, mit Vorbehalt freier Vereinbarung zwischen Bauherrn und Baumeister über höheren oder geringeren Lohn nach Beschaffenheit der Leistungen, der Stundenlohn bei gewöhnlicher Arbeitszeit mit Einschluß des Meistergeldes (1 Pf. für die Stunde) in der Zeit von März bis Oktober 1 Ngr. 4 Pf., in der übrigen Jahreszeit 1 Ngr. 5 Pf. betragen solle. In dieser Bekanntmachung fehlen alle Strafbestimmungen für etwaige Zuwiderhandlungen; unter diesen Umständen war der Lohnfestsetzung durch den Rat überhaupt kein großer Wert mehr beizumessen und es war nur noch eine Frage der Zeit, daß der Rat sich dieses Rechtes begeben würde. Das that er durch

<sup>1</sup> Vgl. L.-H.-N., Alta, Verschiedenes die Maurer (auch Zimmerleute), besonders deren Arbeitslohn betr., LXIV, 336.



eine Bekanntmachung vom 12. Januar 1860, in der es heißt: „Vom 1. Februar dieses Jahres an treten bei hiesiger Maurer- und Zimmererinnung die Tare der Gesellenlöhne und die dermaligen Bestimmungen über die Meistergebühr außer Kraft und es bleibt die Feststellung der Arbeitslöhne der Poliere und Gesellen sowohl wie für die Bemühung der Meister freier Vereinbarung überlassen.“

So war nach mehr als 300jähriger Festsetzung der Löhne durch den Rat die freie Vereinbarung an deren Stelle getreten<sup>1</sup> und sie besteht noch, allerdings mehr zwischen Verbänden, als zwischen Personen.

Über den Stand der Löhne der 60er und 70er Jahre liegen nur einzelne Notizen vor: nach Roscher<sup>2</sup> verdiente ein Leipziger Maurer- und Zimmergeselle in den 60er Jahren während des Sommers 20 Silbergroschen bis 1 Thaler, in den 70er Jahren nach Falkes<sup>3</sup> Angabe durchschnittlich wöchentlich 4 Thaler, also den Wert eines Scheffels Korn, mit 200 Tagen demnach  $33\frac{1}{3}$  Scheffel =  $133\frac{1}{3}$  Thaler, d. h. um ein Drittel mehr, als im 16. Jahrhundert und um die Hälfte weniger, als im 15. Jahrhundert.

In der neueren Zeit bildet beim Maurer- und Zimmerhandwerk in Sachsen der Stundenlohn für Gesellen, Handarbeiter, Poliere, Postengesellen und Lehrlinge die weitaus überwiegende Lohnart, während sich in Preußen und anderen Ländern der Accordlohn mehr und mehr eingebürgert hat. In Sachsen ist, abgesehen von Putzarbeiten, die vielfach in Accord erfolgen, bei Maurerarbeit nur für Erdarbeiter Accord üblich, die durch den Schachtmeister und für Steinetreiber, die durch den Kolonnenführer accordieren. Für Zimmermannsarbeit kommt nur beim Verschalen der Decken und Legen der Fußböden Accord vor.

Die Stundenlohnsätze der Innung und des Verbandes der Bauarbeitgeber für Leipzig und Umgegend bewegten sich seit den 80er Jahren bis 1895 zwischen 38 Pf. im Mindest-, bis 45 Pf. im Höchstbetrage. Im Juli 1895 hat das zur Beilegung einer unter den Leipziger Maurern entstandenen Lohnbewegung, die einen Stundenlohn von 45 Pf. erstrebte, angerufene Einigungsamt des Gewerbegerichtes durch Schiedsspruch den Mindestlohn zunächst für die Maurer folgendermaßen normiert: vom 18. Juni bis 28. September 1895: 42 Pf., von da ab bis 31. März

<sup>1</sup> In ähnlicher Weise verlief die Entwicklung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Baugewerbe auch an anderen Orten z. B. in Berlin, die gleichfalls die starken Wechselfälle zeigt, denen dies Gewerbe in besonderem Maße unterliegt. Vgl. Oldenberg, Handw. der Staatsw., Suppl.-Bd., S. 103.

<sup>2</sup> System der Volkswirtschaft, Bd. I, § 168, Anm. 7; mit ihm stimmt Viebahn a. a. O. überein.

<sup>3</sup> A. a. O.



1896: 43 Pf., und vom 1. April 1896 bis dahin 1897: 45 Pf. Der Schiedsspruch, der auch auf die Zimmerer Anwendung fand, ist um deswillen erfreulich, weil man nicht nur auf eine momentane Vereinbarung Bedacht genommen, sondern sich bestrebt hat, gleich für das folgende Jahr und möglicherweise darüber hinaus feste Normen und damit eine gewisse Stabilität für das Baugewerbe zu schaffen<sup>1</sup>.

Poliere und Postengesellen erhalten einen Vorzugslohn, nämlich 50—55 Pf., Bauhandarbeiter, an denen in Leipzig großer Überfluß ist, einen geringeren Lohn, und zwar 32—35 Pf. Die Lohnzahlung erfolgt in der Regel alle 8 Tage und zwar beim Wochenschluß.

Im Jahre 1884 erkämpften die Maurer durch langandauernden Streik den zehnstündigen Arbeitstag; in den einzelnen Monaten wird im übrigen folgende Arbeitszeit eingehalten:

von Anfang Januar bis Mitte Februar	7	Std.
= Mitte Februar bis Mitte März	8	=
= Mitte März bis Ende März	9	=
= Anfang April bis Ende September	10	=
im Monat Oktober	9	=
= = November	8	=
= = Dezember	7	=

Nach Einbruch der Dämmerung und am Sonntage wird nur ausnahmsweise und auch in der Woche nur selten über den Normalarbeitstag hinaus in Überstunden gearbeitet; für alle drei Ausnahmefälle tritt ohne Unterschied eine Erhöhung des Lohnes um 20—25 % ein.

Die Bauarbeiter müssen ihre Thätigkeit in der kalten Jahreszeit einstellen und sind daher darauf angewiesen, von ihrem Verdienst während der Saison soviel zurückzulegen, daß sie in der Zeit der Arbeits- und Verdienstlosigkeit von ihren Ersparnissen leben können. Der Lohn, den sie während der Saison verdienen, ist aber nicht so hoch, daß sie davon genug erübrigen könnten, wenigstens dann nicht, wenn sie etwa infolge Arbeitsmangels, ungünstiger Witterung, Streiks längere Zeit feiern mußten. Die Ledigen sind freilich zum Teil auch nicht wirtschaftlich genug, um in ausreichender Weise vorzusorgen.

<sup>1</sup> Angeblich hat neuerdings der Verband der Bauarbeitgeber aus freiwilliger Entschließung den Minimalstundenlohn von 45 Pf., auf die Zeit vom 1. April dieses Jahres bis zum 1. April 1899, für Maurer- und Zimmergesellen auf 48 Pf. erhöht, unter der Voraussetzung, daß sich die Gesellen auf diese Zeitdauer ebenfalls an diesen Beschluß binden.



Winter für Winter bringen daher Klagen über das Elend der Bauarbeiter an die Öffentlichkeit, das seinen Gipfel erreicht, wenn wenig Schnee fällt, und so auch noch das kärgliche Einkommen aus Schneeabräumarbeiten verloren geht, auf das sie zu rechnen pflegen. Denn bei der großen Masse der in Betracht kommenden Personen ist ein auch nur annähernd genügender Ersatz für den Verdienstausfall nicht zu finden. Nur ein geringer Teil derselben findet temporäre Beschäftigung in der Hauseschlächtereier, die sich etwa von Martini bis Lichtmeß erstreckt. Auch die Beschäftigung in Zuckerfabriken kann nicht in Anschlag gebracht werden, da die Campagne im September oder Anfang Oktober beginnt und bereits im Januar ihr Ende erreicht. In der Landwirtschaft, wo früher ein guter Teil der Bauarbeiter beim Ausdreschen des Getreides benötigt wurde, sind sie infolge der umfangreichen Anwendung der Dreschmaschine fast ganz entbehrlich geworden. Endlich ist auch die Zahl derer nicht von Belang, die als Scheitschläger, Gelegenheitsmusiker, Kellner, Markthelfer, Heizer in Schulen und öffentlichen Gebäuden, Kohlen- und Holzträger und bei der Gewinnung und Aufspeicherung des Eises einen zeitweisen Erwerb finden. Daß unter diesen Umständen die Frauen zum Unterhalt der Familie durch Mäthen, Waschen, Nähen, Zeitungsausstragen u. dgl. beitragen müssen, versteht sich von selbst.

Für eine große Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter giebt es demnach keinen anderen Ausweg, als die etwaigen Ersparnisse aufzuzehren, ihre Sachen zu verpfänden, Schulden zu machen und schließlich Betteln zu gehen — harrend des Augenblicks, wo sie wieder auf ihrem Handwerk arbeiten können. Und doch, wer giebt ihnen die Sicherheit, daß sie beim ersten lauen Frühlingswetter gleich wieder Arbeit finden?

Leider besaßen wir bis jetzt bei der Rückständigkeit unserer Arbeitsstatistik keinerlei ziffermäßige Unterlage über den wirklichen Umfang der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe, geschweige denn, daß wir über die persönlichen und nebenberuflichen Verhältnisse der Bauarbeiter irgendwie genauer unterrichtet wären. Die bisherigen arbeitslosenstatistischen Erhebungen waren meist privater Natur und konnten infolge ihrer unzureichenden Resultate kaum zur Gewinnung von Anhaltspunkten für die Schätzung der Arbeitslosen dienen. So hat im Februar 1893 auch das Leipziger Gewerkschaftskartell eine Arbeitslosenstatistik aufgenommen, deren Resultate folgende sind:

	überhaupt	Bauhandwerker
Arbeitslose	8820	2870
Verheiratete	5227	2122
Zahl der Angehörigen	9536	4252



	überhaupt	Bauhandwerker
Ledige	?	744
Arbeitslos durch Krankheit	?	146
Arbeitslos durch Berufswechsel	?	172
Durchschnittswochenzahl der Arbeitslosigkeit	14 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	?
Zusammen arbeitslos	?	687 Jahre 24 Wochen 2 Tage
Lohnausfall nach ortsüblichem Tageslohn	?	428 988 Mk.

Auf Genauigkeit der Aufnahme erhebt die statistische Kommission in ihrem Berichte, der in der Zeitung der „Wähler“ niedergelegt ist, selbst keinen Anspruch und beklagt, daß die sich als etwas besser dünkenden Personen zum größten Teil die Auskunft verweigert hätten. Angst, falsche Scham, Egoismus und Gleichgültigkeit werden als Motive vermutet.

Bei Gelegenheit der Berufszählung am 14. Juni 1895 und der Volkszählung am 2. Dezember 1895 wurde zum erstenmal der Versuch gemacht, über den Umfang der Arbeitslosigkeit im ganzen Deutschen Reiche Nachweisungen zu gewinnen und die Zahl der Arbeitnehmer zu erfassen, die an den Zählungstagen weder in ihrem gelernten Berufe noch sonst in einem Arbeitsverhältnis standen.

Danach entfielen von den im Juni und Dezember überhaupt Beschäftigungslosen (299 351 bez. 771 005) auf die Baugewerbe 33 008 bez. 179 797, mithin von je 100 Beschäftigungslosen 13,59 bez. 27,29 %. Im Vergleich zur Gesamtzahl der Arbeitnehmer betrugen die Beschäftigungslosen im Baugewerbe 2,87 und bez. 15,61 %. Was den Familienstand der Beschäftigungslosen im Baugewerbe angeht, so fiel der überwiegende Teil (57,16 bez. 55,55 %) den Verheirateten zu<sup>1</sup>.

In Straßburg<sup>2</sup> stellte das Baugewerbe mit den Maurern und Zimmerern u. s. w. die höchste Prozentziffer unter den Arbeitslosen, indem es mehr als ein Sechstel, nämlich 17,33 %, zur Gesamtzahl und nahezu den vierten Teil (21,24 %) der männlichen Arbeitslosen lieferte.

Im Hamburgischen Staate<sup>3</sup> kamen von den 11 636 bez. 14 785 über-

<sup>1</sup> Vgl. Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs (Jahrgang 1896), Ergänzung zum vierten Heft, S. 3, 19.

<sup>2</sup> Vgl. Beiträge zur Statistik der Stadt Straßburg i. G., Heft I, Die Erhebungen über die Arbeitslosigkeit am 2. Dezember 1895, S. 14.

<sup>3</sup> Vgl. Statistik des Hamburgischen Staates, Heft XVIII, VI. Abteilung, Die beschäftigungslosen Arbeitnehmer am 14. Juni sowie am 2. Dezember 1895, S. 5, 26.



haupt Beschäftigungslosen auf die Maurer 637 im Sommer und 1383 im Winter, mithin 5,47 bez. 9,35 %, auf die Zimmerer 233 und 492, also 2 bez. 3,32 %.

Wesentlich ungünstiger liegen die Verhältnisse in Dresden<sup>1</sup>. Es waren nämlich arbeitslos wegen vorübergehender Arbeitsunfähigkeit (a) und aus anderen Gründen (b):

	am 14. Juni		am 2. Dez.	
	a.	b.	a.	b.
Maurer, Zimmerleute, Dachdecker,				
Steinmeker, Steinseher	82	66	213	400
Maler, Lackierer, Anstreicher	34	55	71	253
Bau- und Erdarbeiter	119	107	220	404
Zusammen	235	228	504	1057

Die Zahl der im Winter außer Arbeit befindlichen arbeitsfähigen Bauhandwerker erscheint also gegenüber der Sommerzählung mehr als vervierfacht, die der vorübergehend arbeitsunfähigen aber auch verdoppelt.

In Jahren regerer Bauhätigkeit und, wenn etwa Frostwetter eine frühzeitigere Unterbrechung der eigentlichen Bauaison geboten hätte, als es im Jahre 1895 der Fall war, würden die Bauhandwerker gewiß mit einer weit höheren Ziffer an der Arbeitslosigkeit beteiligt gewesen sein, was auch in den Publikationen von Straßburg und Dresden ausgeführt wird. Die Ziffern der Winterzählung entsprechen überhaupt um deswillen nicht annähernd der Wirklichkeit, weil bekanntlich viele Bauarbeiter nach dem Aufhören der Bauzeit die Stadt verlassen, um in ihre Heimat zurückzukehren oder sich einem anderen Berufe zuzuwenden und erst im Frühjahr, wenn die Bauhätigkeit aufs neue beginnt, wiederkommen.

## G. Lehrlingsverhältnisse.

Im Baugewerbe ist auch ein nicht unerheblicher Lehrlingslohn üblich, der mit 8 Pf. für die Stunde beginnt, mit jedem ablaufenden Lehrjahre steigt und etwa ein Drittel des gewöhnlichen Gesellenlohnes erreicht.

Die nächste Ursache des Lehrlingslohnes liegt darin, daß die Baulehrlinge nicht zum Hausstande ihrer Meister gehören, dann aber auch in ihrem hohen Durchschnittsalter. Im Maurerhandwerk wenigstens kommen Lehrlinge, die das 20. und selbst das 25. Lebensjahr überschritten haben,

<sup>1</sup> Vgl. Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Dresden, 6. Heft, S. 12.



ja noch ältere, nicht selten vor; sie gehen zum Teil aus den Bauhandarbeitern hervor, die bei ihrer ersten Berufswahl mehr auf die Schnelligkeit als auf die dauernde Höhe des Verdienstes gesehen und sich später eines Besseren besonnen haben, zum anderen Teil aus dem ländlichen Arbeiterstande und einen dritten Teil der ältlichen Lehrlinge liefern die verschiedenen gelernten und ungelernten Handwerke. Diese Erscheinung hat tiefere Ursachen. Zunächst kommt es dem Lehrling sehr zu statten, wenn er einige Geschicklichkeit und Fertigkeit für einen anderen Erwerbszweig, in dem er während der arbeitslosen Wintermonate Unterkommen finden kann, gleich mitbringt; vor allem halten aber die Anstrengungen des Maurer- und Zimmererberufes überhaupt von frühzeitigem Eintritt in die Lehre ab, und die höhere körperliche Leistungsfähigkeit des ausgewachsenen Lehrlings beansprucht einen gewissen Entgelt.

Ein großer Teil unserer heutigen Maurer hat eine eigentliche Lehrzeit niemals durchgemacht, sondern sich darauf beschränkt, die notdürftigen alltäglichen Handgriffe sich anzueignen<sup>1</sup>. Ja die Ausbildung der Baulehrlinge bleibt selbst dann vielfach mangelhaft, wenn sie die übliche dreijährige Lehrzeit durchmachen; werden sie doch, mehr als in anderen Gewerben, als billige Arbeitskraft und Ersatz für die teuren Handarbeiter angesehen, zu allerlei untergeordneten Arbeiten verwandt und oft genug erst im zweiten und dritten Lehrjahre in den eigentlichen Handwerksarbeiten unterwiesen. Die theoretische Ausbildung der Lehrlinge beschränkt sich in der Regel auf den Besuch der Fortbildungsschule, wozu sie zwei Jahre lang nach der Entlassung aus der Volksschule verpflichtet sind; einige nehmen auch an der von der Polytechnischen Gesellschaft eingerichteten Sonntags-Gewerbeschule teil. Die bei den Innungsmeistern aufgedungenen Lehrlinge müssen die von der Innung gegründete Fachschule besuchen, wo sie in architektonischem Zeichnen, Modellieren u. dgl. unterrichtet und befähigt werden, selbstgefertigte Zeichnungen z. B. von Holzverbänden, Dachstühlen, Treppen u. s. w. plastisch wiederzugeben. Von dem Besuch dieser Fachklasse sind diejenigen ausgenommen, welche eine Baugewerbe- oder Fortbildungsschule besuchen oder besucht haben. Die Aufbaugegebühren betragen 10, die Losspreegebühren 20 Mk.<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Die Maurer stehen deshalb vielfach den ungelernten Arbeitern sehr nahe, und das geringe Maß technischer Vorbildung, zusammen mit dem unreinlichen Charakter des Maurerhandwerks, ist ohne Zweifel auf das sittliche Niveau des Standes nicht ohne Einfluß geblieben und an seiner vielgescholtenen Verrohung schuld geworden.

<sup>2</sup> In dem Zeitraum von Ostern 1876 bis Michaelis 1895 wurden bei der Innung insgesamt 2954 Lehrlinge aufgedungen, mithin im Durchschnitt jährlich 155. Von diesen sind 2237 zu Gesellen gesprochen, 415 vor beendigter Lehrzeit aus der Lehre ausgetreten, 302 lernen noch.



Baulehrlinge, bei deren Vermögen und Lebensstellung sich die Meisterlaufbahn in Aussicht nehmen läßt, — die sog. Herren- oder Staatsburschen, — werden neben praktischer Handarbeit theoretisch zu der Anfertigung von Baurissen, Ansätzen u. dgl. angeleitet und zwar entweder in dem Bureau eines Architekten oder in der Baugewerkschule<sup>1</sup>. Diese nimmt die Schüler nach vollendetem 16. Lebensjahre auf, sofern sie mindestens zwei Halbjahre praktisch in einem Baugewerbe thätig gewesen sind und das Ziel der Volksschule erreicht haben; erwünscht ist der vorausgegangene Besuch einer Fortbildungsschule oder Vorbereitungsanstalt. Der Unterricht nimmt vier aufeinanderfolgende Winterhalbjahre in Anspruch. Die Fächer, welche besonders gepflegt werden, sind: Freihandzeichnen, architektonisches Zeichnen, Projektionslehre, Konstruieren und Entwerfen. Das Schulgeld beträgt für jeden Kursus 30 Mk., kann aber bedürftigen Schülern erlassen werden<sup>2</sup>. Seit den 80er Jahren finden infolge des starken Andranges von Bauschülern nur noch sächsische Staatsangehörige Aufnahme; ihre Zahl betrug im Jahre 1889: 176; 1893: 251 und gegenwärtig 255.

#### H. Interessenverbände und ihre Bestrebungen.

Von den Maurer- und Zimmermeistern der Stadt Leipzig und der umliegenden Vororte gehört etwa die Hälfte keiner Organisation an. Von den übrigen sind etwa zwei Drittel Mitglieder einer neuen Innung, während der Rest sich zu einer sogenannten Gewerkschaft zusammengethan hat.

Am 10. Februar 1879 konstituierte sich ein Verein geprüfter Maurer- und Zimmermeister, aus dem 1882 die jetzige Innung geprüfter Maurer- und Zimmermeister zu Leipzig und Umgegend hervorging. Mitglied dieser Vereinigung kann werden, wer das Maurer- und Zimmergewerbe innerhalb des Innungsbezirkes selbständig betreibt und eine Prüfung bei einer der in Sachsen bestehenden Prüfungskommissionen oder bei einer anderen von der Innung anerkannten Stelle bestanden oder sich vor der Innung einer solchen mit Erfolg unterzogen hat. Letztere entspricht dem Inhalt und Umfange nach in der Hauptsache den Vorschriften, welche

<sup>1</sup> Die Leipziger königliche Baugewerkschule wurde im Jahre 1837 gleichzeitig mit denen in Dresden, Chemnitz, Bittau und Plauen gegründet.

<sup>2</sup> Der Gesamtaufwand der Schule stellte sich im Jahre 1894 auf 23 475 Mk., die Einnahme nur auf 4890 Mk., so daß ein Zuschuß von 18 585 Mk. aus der Staatskasse erforderlich wurde.



in der Verordnung vom 14. Januar 1842 für die unter staatlicher Aufsicht noch jetzt in Sachsen fakultativ bestehenden Prüfungen für Baugewerke festgesetzt sind. Der Bezirk der Innung umfaßt sämtliche zur Amtshauptmannschaft Leipzig gehörigen Orte.

Die Innung ist bestimmt, die gemeinsamen Interessen ihrer Mitglieder zu fördern. Außer den nach § 97 der Gewerbeordnung ihr obliegenden Aufgaben verfolgt sie nachstehende Zwecke: a) die Abhaltung von Gesellenprüfungen und Ausstellung von Zeugnissen darüber; b) die Einrichtung einer Kranken-, Sterbe- und Unterstützungskasse für die Innungsmeister und deren Angehörige; c) die Errichtung eines Schiedsgerichts für die in § 120 a der Gewerbeordnung bezeichneten Streitigkeiten zwischen den Innungsmeistern und ihren Gesellen; d) die Errichtung einer Herberge und Arbeitsnachweisung für die Gesellen.

Fremd zureisende Gesellen, die sich als solche legitimieren, erhalten innerhalb der Wintermonate eine Unterstützung, deren Höhe von der Innungsversammlung festgesetzt wird, zu der aber Gesellen keinen Beitrag zu leisten haben. Für die bei den Innungsmeistern in Arbeit stehenden und für die zuwandernden Maurer- und Zimmergesellen hatte die Innung nach ihren Statuten die Errichtung zweier für ihre Rechnung zu verwaltenden Herbergen in Aussicht genommen, die jedoch nicht zustande gekommen ist.

Dagegen besteht bei der Innung eine Arbeitsnachweistelle, die von einem Beauftragten der Innung geleitet wird; sie wird aber weder von den Innungsmeistern noch von den Arbeit suchenden Gesellen häufig in Anspruch genommen.

Die von der Innung erlassenen Bestimmungen über das Lehrlingswesen wurden im wesentlichen im vorigen Abschnitt erörtert. Die Annahme eines Lehrlings erfolgt durch Abschluß eines schriftlichen Lehrvertrages nach einem in den Hauptpunkten von der Innung festgestellten Formular und durch Einschreiben in die Lehrlingsrolle der Innung.

Am 15. Juli 1891 hat die Innung eine Hilfskasse errichtet zu dem Zweck, die durch Krankheit, Unfall, Altersschwäche oder sonst hilfsbedürftig gewordenen Mitglieder bez. deren Angehörige und Hinterlassene durch Geldbeträge zu unterstützen und aus Anlaß des Todes eines Mitgliedes seinen Angehörigen eine Beihilfe in Höhe von 300 Mk. zu gewähren.

Die Zahl der Innungsmeister hat in dem Zeitraum von 1888—93 erhebliche Schwankungen gezeigt und seitdem fortgesetzt abgenommen. Die nachstehende, vom Sekretär der Innung aufgestellte Tabelle ergibt:

Kreuzlam.

6



Jahr	Meister	
	Anfang	Ende
	des Jahres	
1888	88	95
1889	95	102
1890	102	103
1891	99	101
1892	96	98
1893	96	97
1894	90	93
1895	86	87
1896	?	80

Die zweite Organisation bildet die Gewerkschaft praktischer Maurer- und Zimmermeister für Leipzig und Umgegend. Ihr Zweck ist die Förderung der gemeinsamen gewerblichen Interessen der Mitglieder sowie Hebung ihrer Bildung in geistiger, technischer und praktischer Beziehung. Sie hat sich speciell die Aufgabe gestellt:

- a. das Lehrlingswesen zu regeln und auszubilden;
- b. die Gesellen zum Beitritt zu einer Krankenkasse anzuhalten;
- c. ihren Beruf im allgemeinen zu heben und
- d. ein gutes Einvernehmen der Mitglieder unter sich sowie derselben mit den Gesellen und Lehrlingen zu erhalten.

Zur Mitgliedschaft ist jeder Maurer- und Zimmermeister berechtigt, sowie jeder, der das Maurer- oder Zimmergewerbe selbständig betreibt, eine Meisterprüfung irgend einer anerkannten Bauschule nachweisen kann, 1—2 Semester irgend eine Bauschule besucht oder mindestens einen Bau von 200 qm Grundfläche, massiv, aus mehreren Geschossen bestehend, als Polier oder Bauführer praktisch geleitet hat oder sich einer ihm vom Vorstande aufzuerlegenden Prüfung unterwirft. Jedes Mitglied hat seinen Lehrling durch die Generalversammlung aufdingen zu lassen. Mit dem aufzunehmenden Lehrlinge wird ein schriftlicher Lehrvertrag abgeschlossen, den auch der Vater oder Vormund des Lehrlings zu unterzeichnen hat. Die Aufnahmegebühren betragen 5 Mk., die Lehrzeit beträgt 3 Jahre, nach deren Beendigung der Lehrling seine Fertigkeiten durch eine Probearbeit nachzuweisen hat. Die Gebühren der Losprechung betragen 10 Mk.

Die Gewerkschaft hat gegenwärtig 34 Mitglieder.

Neben diesen beiden Organisationen und zum Teil dieselben umfassend besteht eine dritte: der Verband der Bauarbeitgeber für Leipzig und Umgegend. Sie ist aus der Innung hervorgegangen



und im wesentlichen eine Vereinigung für den socialen Kampf. Nach ihren Statuten verfolgt sie den Zweck, die gemeinsamen Interessen der Bauarbeitgeber und des Baugewerbes möglichst zu schützen und zu fördern, das Baugewerbe zu heben und das Standesbewußtsein zu stärken.

Die Mitgliedschaft des Verbandes erlangen die Mitglieder der Innung und die Mitglieder der Gewerkschaft praktischer Maurer- und Zimmermeister sowie alle sonstigen Bauarbeitgeber durch unterschriftliche Anerkennung der Satzungen.

Die zur Erreichung der Zwecke des Verbandes erforderlichen Mittel sind von den Verbandsmitgliedern aufzubringen und zwar durch ordentliche Beiträge, die von allen Mitgliedern gleichmäßig zu entrichten sind, oder durch außerordentliche Beiträge, die je nach Bedarf und nach Verhältnis der von den einzelnen Mitgliedern im Vorjahre gezahlten Löhne erhoben werden. Der Vorstand des Verbandes besteht aus 12 Mitgliedern, von denen 6 der Innung, 3 der Gewerkschaft und 3 den übrigen Bauarbeitgebern angehören. Die wesentlichen Bestimmungen des Verbandes sind folgende:

A. Die Verbandsversammlung hat die Höhe der Beiträge, der Löhne, die Dauer der Arbeitszeit und die einzuhaltenden Rechnungssätze festzusetzen. Diese Festsetzungen sind für alle Verbandsmitglieder bindend. Der Vorstand ist berechtigt, hierauf bezügliche Prüfungen vorzunehmen, und jedes Verbandsmitglied ist verpflichtet, auf Verlangen die Lohnlisten und Rechnungsbücher vorzulegen.

B. Die Verbandsmitglieder machen sich verbindlich, ihre Arbeiter nur unter der ausdrücklichen Bedingung anzustellen, daß der Arbeitsvertrag beiderseits jederzeit ohne Kündigung aufgehoben werden kann, was die Arbeiter unterschriftlich anerkennen haben.

C. Die Verbandsmitglieder sind verpflichtet, solche Arbeiter, — gleichviel ob Maurer, Zimmerer oder Tagelöhner —, die ihre Mitarbeiter aufwiegeln oder an der Weiterarbeit zu verhindern suchen, dem Vorstande unverzüglich anzuzeigen. Die betreffenden Arbeiter sind einer diesbezüglichen Aufforderung des Vorstandes gemäß sofort zu entlassen und dürfen von keinem Verbandsmitgliede wieder in Arbeit genommen werden.

D. Hat eine Verbandsversammlung wegen teilweiser Arbeitseinstellung seitens der Arbeiter oder aus anderen Gründen allgemeine Arbeitseinstellung beschlossen, so haben die Mitglieder ihre Arbeiter mit Ausnahme der Poliere, Lehrlinge und, je nachdem es beschlossen wird, auch mit Ausnahme der alten Leute binnen drei Tagen nach Mitteilung des Verbandsbeschlusses zu entlassen und dieselben nicht eher wieder anzustellen, als bis diese allgemeine Arbeitseinstellung durch Beschluß der Verbandsversammlung wieder aufgehoben ist. Liegen bei dem einen oder anderen Verbandsmitgliede besonders dringliche Arbeiten vor oder beschäftigt er von außerhalb herangezogene Arbeiter, die sich nicht am Streik beteiligen, so ist der Vorstand hiervon in Kenntnis zu setzen.

Über Beschwerden gegen Entscheidungen des Vorstandes, ferner über Beschwerden eines Verbandsmitgliedes gegen das andere, sowie über alle Streitfragen



betreffs Befolgung der Satzungen entscheidet ein aus 8 Mitgliedern bestehendes Schiedsgericht, das aus 4 Mitgliedern der Innung, 2 Mitgliedern der Gewerkschaft und 2 anderen Arbeitgebern besteht.

Gehen aus Arbeitnehmerkreisen Anträge ein, die auf einen höheren als den festgesetzten Lohn, auf Verkürzung der Arbeitszeit oder sonstige Abänderungen ortsüblicher Gebräuche im Bauhandwerk hinielen, so wird, wenn die Anträge nicht durch Beschluß der Verbandsversammlung ihre Erledigung finden, ein zu gleichen Teilen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetztes Schiedsgericht berufen und hierzu ein Vertreter der städtischen Behörde als Vorsitzender erbeten. Die Bildung eines solchen Schiedsgerichts erfolgt jedoch nur, wenn der Antrag von mindestens 30 Arbeitnehmern gestellt ist, die bei Verbandsmitgliedern in Arbeit stehen, in Leipzig oder nächster Umgebung ihren Wohnsitz haben und sich verpflichten, für die ordnungsmäßige Wahl der Schiedsgerichtsmitglieder aus den Arbeitnehmerkreisen einzustehen. Die Mitglieder des Schiedsgerichts müssen ebenfalls bei Verbandsmitgliedern in Arbeit stehen.

Der Verband, der 1890 mit 160 Mitgliedern ins Leben trat, zählt gegenwärtig nur noch 95 Mitglieder.

Im Jahre 1885 hat sich ein Verband deutscher Baugewerksmeister gebildet, der das ganze Deutsche Reich umfaßt.

In den Statuten, die unter dem 15. September 1885 vom Reichskanzler genehmigt wurden, wird als Zweck des Vereins angegeben: die Hebung und Förderung des Baugewerbes in socialer, technischer und materieller Beziehung, die Förderung und Erhaltung des Gemeinns, die Organisation des Baugewerbes nach übereinstimmenden Grundsätzen, die Schaffung und Erhaltung eines tüchtigen, angesehenen Meisterstandes, die Aufstellung gemeinschaftlicher Grundsätze über das Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen, um deren Beziehung zu einander nach Möglichkeit zu bessern, und schließlich die einheitliche Regelung des Lehrlingswesens.

Die Mitgliedschaft kann jede Baugewerksinnung erwerben, deren Sitz sich in dem Verbandsbezirke befindet, und deren Statuten genehmigt worden sind. Auch selbständigen Baugewerksmeistern kann der Beitritt gestattet werden, wenn sie wegen ihres Wohnortes einer Verbandsinnung nicht betreten können.

Im Anschlusse an den Verband deutscher Baugewerksmeister hat sich im Königreich Sachsen ein Bezirksverband Sächsischer Baugewerksinnungen gebildet. Derselbe umfaßt alle innerhalb des Königreichs Sachsen bestehenden, dem Innungsverbande angehörigen Bau-, Maurer- und Zimmererinnungen sowie die geprüften Baugewerksmeister, denen die Rechte alleinstehender Genossen zuerkannt sind.

Der Zweck des Verbandes geht dahin, eine Vereinfachung der Geschäftsordnung des Verbandes herbeizuführen, sowie eine engere Verbindung unter



den benachbarten Verbandsinnungen und Verbandsbaugewerksmeistern herzustellen, die Durchführung der Verbandsbeschlüsse zu erleichtern und dadurch die Erfüllung der Aufgaben des Innungsverbandes, unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse der einzelnen Bezirke, möglichst zu sichern. Es ist deshalb die Aufgabe des Bezirksverbandes, die innerhalb desselben ansässigen Innungen und selbständigen geprüften Baugewerksmeister zu vereinigen, um durch gemeinsames Zusammenwirken die den örtlichen und sonstigen Verhältnissen entsprechenden Interessen des Bezirksverbandes an sich und dem Innungsverbande gegenüber einheitlich zu vertreten. Insbesondere ist vorgesehen:

1. die materielle, sociale und technische Lage des Baugewerksstandes zu fördern und diejenigen Einrichtungen zu treffen, die zur Hebung desselben geeignet sind, sowie dementsprechende auf Aufbesserung gerichtete Anträge bei den zuständigen Behörden zu stellen (Gew.-Ordn. §§ 97<sup>1</sup>, 97 a<sup>2</sup>, <sup>4</sup>);
2. den Gemeingeist zu pflegen, sowie auf Aufrechthaltung und Stärkung der Standesehre unter den Gewerbsgenossen hinzuwirken;
3. das Arbeitsverhältnis zwischen Meistern und Gefellen nach gemeinsamen Grundsätzen zu regeln (Gew.-Ordn. § 97<sup>2</sup>);
4. das Lehrlingswesen erspriesslich und möglichst einheitlich zu ordnen;
5. diejenigen Klassen einzurichten bez. zu überwachen, welche zur Unterstützung des Gewerbsgenossen, deren Gefellen oder Lehrlinge entweder gesetzlich angeordnet sind oder für zweckmäßig erachtet werden;
6. Anträge für die Innungsverbands-Versammlung (Delegiertenversammlung) vorzubereiten und die Beschlüsse derselben zur Ausführung zu bringen.

Mitglied des Bezirksverbandes wird jede innerhalb desselben ansässige Baugewerkinnung und nach § 18 des Verbandsstatuts die alleinstehenden Baugewerksmeister, wenn sie Mitglieder des Innungsverbandes geworden sind.

Ihm gehören außer der Innung geprüfter Maurer- und Zimmermeister zu Leipzig und Umgegend mehrere einzelne Baugewerksmeister an.

In eigentümlichem Gegensatz zu dieser Überfülle von Unternehmerverbänden im Baugewerbe steht die auffallende Thatsache, daß es eine fachgewerbliche Organisation der Bauarbeiter in Leipzig nicht giebt. Die Ursache dafür liegt im wesentlichen in der Stellung der sächsischen Gesetzgebung und Verwaltung zu den Arbeiterverbindungen. Das Vereinsgesetz von 1850 ist es vornehmlich, das ihre Entwicklung in einschneidender Weise verhindert. Unter anderen politischen und socialen Verhältnissen gegeben, besteht es bis heute unverändert fort, gewährt der Polizeibehörde die weitestgehenden diskretionären Befugnisse, berechtigt sie zur Aufhebung von Vereinen und läßt über das Vorhandensein der hierzu erforderlichen Voraussetzungen lediglich ihr Ermessen entscheiden.



Eine Organisation der Maurer mit 2800 Mitgliedern wurde zum erstenmal im Jahre 1887 polizeilich aufgelöst, als die Maurer die Forderung durchsetzten, daß Kalkkasten und Wassereimer<sup>1</sup> von den Meistern gestellt werden sollten. Im August 1890 gelang es den Maurern, einen Fachverein zu gründen, der aber schon im September 1891 der Auflösung verfiel, weil ein Mitglied desselben wegen fortgesetzter Überstundenarbeit ausgeschlossen worden war. Ein Fachverein der Zimmerer bestand von 1884 bis 1892.

Seitdem haben weder die Maurer noch die Zimmerer den Versuch gemacht, eine geschlossene gewerkschaftliche Organisation zu schaffen, sondern sich auf das Vertrauensmännersystem beschränkt. Etwa 2000 Maurer gehören dem Centralverbande der deutschen Maurer und etwa 1000 Zimmerer dem Verbande deutscher Zimmerleute an. Diese Verbände bezwecken im wesentlichen die Vertretung ihrer Mitglieder behufs Erlangung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen und bedienen sich zur Erreichung dieses Zweckes aller gesetzlich gestatteten Mittel, welche Belehrung der Mitglieder durch Schrift und Wort, möglichst weite Ausbreitung der Organisation, Leitung und Unterstützung der Ausstände, endlich besondere Unterstützung der wegen dieser Bestrebungen gemäßregelten und verfolgten Verbandsmitglieder ermöglichen. Die oberste Behörde ist die Generalversammlung, die alle zwei Jahre zusammentritt.

### Schlußbetrachtung.

Länger als die meisten anderen Handwerke hat das Baugewerbe die Betriebsform des Lohnwerks festgehalten, bei der dem Bauherrn die Lieferung der Baumaterialien, dem Bauhandwerksmeister nur die Gestellung der Gerätschaften oblag, und der Meister, als Arbeitsvermittler, in gleichem direkten Lohnverhältnis zum Bauherrn stand, wie der Geselle. Aber heute hat es diesen Charakter fast ganz verloren, wenngleich auch jetzt noch eigentliche Lohnarbeiten vorkommen. Seit der Mitte unseres Jahrhunderts trat regel-

<sup>1</sup> In keiner größeren Stadt, außer Leipzig, bestand damals noch die Einrichtung, daß diese Geräte von den Gesellen gehalten werden mußten. Die Maurer führten zur Begründung ihrer Forderung aus, daß es ein unbilliges Verlangen seitens der Arbeitgeber sei, wenn sie neben der Unterhaltung auch den Transport der genannten Geräte nach der oft stundenweit entlegenen Baustelle übernehmen sollten. Ueberdies hatten die Arbeitgeber schon bei dem Streik, der im Jahre 1884 in Leipzig und Umgegend ausgefochten wurde, die von auswärts herbeigeholten Fremden (Böhmen und Italiener) davon entbunden.



mäßig der Architekt zwischen den Bauherren und den Bauhandwerksmeister; der letztere übernahm die Materiallieferung und die Auszahlung des Gesellenlohnes und verwandelte als Arbeitgeber den Gesellen in seinen Lohnarbeiter. Dadurch, daß dem Handwerksmeister die Materiallieferung und die Lohnauslage zufiel, gelangte zuerst ein kapitalistisches Element in das Baugewerbe, das ihm ursprünglich fehlte.

Infolgedessen hat sich ein Bestreben nach Vergrößerung der Betriebe geltend gemacht, das durch die Zunahme der Bauten bez. die Vermehrung der Bevölkerung veranlaßt wurde. Denn mit der Vermehrung der Bevölkerung wurde immer mehr die vierstöckige Mietkaserne herrschend, nicht wenig gefördert durch die kurzfristige Bodenpolitik der Leipziger Stadtverwaltung.

Dazu kam die rasche Vermehrung der öffentlichen Bauten seit den 30er Jahren, die bis dahin im Vergleich zu anderen kleineren Städten zurückgetreten waren. Da nun überall mit der Bauarbeit die Lieferung der Baumaterialien verbunden war, die Materialpreise aber wesentlich stiegen, da ferner für die Übernahme größerer Bauausführungen ein vermehrter Arbeiterstand zur Verfügung stehen mußte, so machte sich eine Vermehrung der Betriebsmittel notwendig.

Die Betriebsvergrößerung hat aber nicht dazu geführt, den Kleinbetrieb unmöglich zu machen. Dieser findet vielmehr noch immer beim Bau einfacher Wohnhäuser, bei Umbauten und Reparaturen u. dgl. seinen Platz; ja die Leiter großer Betriebe klagen bisweilen über die Konkurrenz der selbständig arbeitenden Kleinmeister. Die Technik im Baugewerbe hat keine wesentliche Veränderung erfahren, wenigstens nicht im Maurerhandwerk, während freilich das Zimmerhandwerk schon lange Centralisationsbestrebungen auf dem Gebiete der Vereinigung von Zimmerei, Tischlerei und Holzhandel mit Großbetriebstechnik gezeigt hat, die sich aber in Leipzig bislang nicht sehr erfolgreich erwiesen haben.

Eine einheitliche Betriebsform hat sich im Baugewerbe nicht zu gestalten vermocht. Weder ist die Generalentreprise zu einer nennenswerten Entwicklung gelangt, noch hat sich das Bauhandwerk an der spekulativen Vorratsproduktion von Wohnhäusern in hervorragendem Maße beteiligt. Allerdings hat auch in Leipzig die Bauspekulation Unberufener den Bevölkerungszuwachs für sich auszunützen versucht, aber unter ihrem unsoliden Geschäftsgebahren hat doch das Maurer- und Zimmerhandwerk bedeutend weniger gelitten, als diejenigen Bauhandwerke, deren Tätigkeit in die späteren Teile der Bauherstellung fällt. Seit der Verlangsamung der Bevölkerungszunahme, wie sie sich seit etwa einem Jahrzehnt bemerklich gemacht hat, ist sie zudem ziemlich in den Hintergrund getreten, so daß



sich die Bauthätigkeit gegenwärtig in der Hauptsache auf die Ausführung von Neubauten auf alter Baustelle im Inneren der Stadt beschränkt, die sich fast durchweg als Bestellungsbauten charakterisieren. Die zunehmende Unbeliebtheit der alten Wohnungen und Geschäftslokale und der stetig wachsende Drang nach neuzeitlicher, den Fortschritten der Bautechnik entsprechender Ausstattung weist die Hausbesitzer unwiderstehlich darauf hin, ihre Häuser einem gänzlichen Neubau zu unterziehen, wobei die an den Verkehrsadern liegenden Gebäude gewöhnlich zu Geschäftslokalen umgebaut werden. Da nun erfahrungsgemäß jede bauliche Umgestaltung wohl oder übel die Nachbarschaft nach sich zieht, so ist mit diesen Neubauten das Signal zu einer Umbau- und Ausmerzungs-campagne überhaupt gegeben, — eine Art von großstädtischem Mauserungsprozeß, der um so weiter um sich greift und sich um so rascher vollzieht, je höher die Grundrente steigt und das Kapital für eine intensivere Ausnutzung der Geschäftskonjunkturen flüssiger wird.

Dies dürfte jedoch nicht verhindern, daß die Bausppekulation unter günstigeren Zeitverhältnissen wieder stolz das Haupt erhebt.



## Lebenslauf.

---

Ich, Theodor Kreuzkam, katholischer Konfession, wurde am 13. Juli 1868 als Sohn des inzwischen verstorbenen Gutsbesizers Heinrich Kreuzkam und seiner Ehefrau Wilhelmine, geb. Veizen, zu Ufel bei Hildesheim geboren. Ich besuchte zunächst das Gymnasium Josephinum in Hildesheim, das ich mit dem Zeugnis der Reife verließ. Darauf studierte ich zuerst Rechtswissenschaft an den Universitäten Göttingen, Marburg, Leipzig und Berlin, hörte aber in Berlin gleichzeitig nationalökonomische Vorlesungen bei Herrn Geheimrat Wagner. Später wandte ich mich ausschließlich dem Studium der Nationalökonomie zu, besuchte in Straßburg i. E. die Vorlesungen der Herren Professoren Knapp, v. Mayr und Merkel und war auch Mitglied des von den Herren Professoren Knapp und v. Waltershausen geleiteten staatswissenschaftlichen Seminars. Im Oktober 1894 kehrte ich nach Leipzig zurück und besuchte hier die Vorlesungen der Herren Professoren Bücher und Geheimrat von Miaszkowski. Während meines fünfsemestrigen Aufenthaltes an der Universität Leipzig gehörte ich dem volkswirtschaftlich-statistischen Seminar des Herrn Professor Bücher und dem statistischen Praktikum des Herrn Professor Haffe an. Außerdem beteiligte ich mich noch an den von Herrn Geheimrat Fricker geleiteten öffentlich-rechtlichen Übungen. Beim Abgang von der Universität drängt es mich, all den genannten Herren, insbesondere aber dem Herrn Professor Bücher, für die wohlwollende Förderung meiner Studien den verbindlichsten Dank auszusprechen.

---



Pierersche Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co. in Altenburg.







